Die Entstehung der SDP/SPD in den Bezirken Magdeburg und Halle. Die Entwicklung der Ortsvereine in Dessau, Halle, Magdeburg und Stendal bis zur Gründung des SPD-Landesverbandes Sachsen-Anhalt 1990

Magisterarbeit

zur Erlangung des Grades Magister Artium in den Fächern Geschichte und Politikwissenschaft an der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg

eingereicht von:

Udo Krause

12. Semester Geschichte/Politikwissenschaft

Matrikelnummer: 172019

Westring 15

39108 Magdeburg

Email: UdoKrause84@aol.com

Erstgutachter:

Prof. Dr. Mathias Tullner

Zweitgutachterin:

Dr. Roswitha Willenius

Magdeburg, den 15. Juni 2010

Danksagung

Mein Dank gilt allen, die mir bei der Umsetzung des zu bearbeitenden Themas mit Rat und Tat zur Seite standen. Dazu gehören in erster Linie meine Betreuer Herr Prof. Dr. Tullner und Frau Dr. Willenius. In besonderer Hinsicht gilt mein Dank den Gedankengebern zu meinem Thema, Dr. Rüdiger Fikentscher und Elmar Heisterkamp. Weiterhin danke ich der Historischen Kommission der SPD in Sachsen-Anhalt für Anregungen und Tipps. Auch möchte ich dem SPD-Landesverband Sachsen-Anhalt dafür danken, dass ich in den Räumlichkeiten des altehrwürdigen „Ernst-Reuter-Hauses“ meine Magisterarbeit nicht nur abfassen durfte, sondern auch ein harmonierendes Umfeld sowie gute technische Möglichkeiten zur Bearbeitung der Arbeit vorfand.

Dank gilt allen Archiven in den in Frage kommenden Städten sowie dem *Archiv der Sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung* in Bonn, dem *Archiv der Bundeszentrale für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU)* mit ihren Außenstellen Halle und Magdeburg für die Möglichkeit, diese zu nutzen.

Darüber hinaus möchte ich natürlich auch meinen Interviewpartnern Dank aussprechen, dass sich diese, ob in schriftlicher oder mündlicher Form, Zeit genommen haben, um mir meine Fragen zu beantworten. Diese Antworten bildeten einen Quell für die Aufarbeitung der Geschehnisse der Jahre 1989/90.

Mein letztes Dankeswort gilt meiner Familie und meinen Freunden, die mich durch diese, manchmal schwierige Zeit begleitet haben. In dieser Hinsicht möchte ich besonders meinen Großeltern Hannelore und Heinrich Neumann danken, die mir nicht fachlich, sondern zwischenmenschlich die größte Stütze bildeten.

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung 4

2. Der Untergang der DDR und die Gründung der Sozialdemokratischen Partei in der DDR .. 9

2.1 Vorbedingungen: Die DDR in ihrer Endphase 9

2.1.1 Der Beginn der friedlichen Revolution – Die Kommunalwahlen vom Mai 1989 9

2.1.2 Die Flüchtlingswellen – Ausreise als Mittel der Oppositionellen 11

2.1.3 Die Massendemonstrationen – Eine Protestwelle unkalkulierbaren Ausmaßes 12

2.2 Die Gründung der Sozialdemokratischen Partei in der DDR 16

2.2.1 Die Initiativgruppe zur Gründung einer sozialdemokratischen Partei in der DDR . 16

2.2.2 Die Gründung der SDP am 7. Oktober 1989 in Schwante 18

2.2.3 Die Programmatik und der Aufbau der Partei 20

2.2.4 Der Berliner und Leipziger Parteitag vom Januar und Februar 1990 22

3. Die Gründung der SDP/SPD in den Bezirken Magdeburg und Halle am Beispiel einzelner Ortsvereine 27

3.1 Dessau – Sozialdemokratie in der Stadt des Bauhauses 27

3.1.1 Die Gründung der SDP in Dessau 28

3.1.2 Die Entwicklung/Kontinuitätslinien der SDP/SPD im Einheitsjahr 1990 30

3.1.3 Der Einfluss von „Außen“ - Die Kirche, Westkontakte und eintrittswillige ehemalige SED-Mitglieder 32

3.1.4 Zwischenfazit 33

3.2 Halle – Die sozialdemokratische Diaspora 34

3.2.1 Die Gründung der SDP in Halle 34

3.2.2 Die Entwicklung/Kontinuitätslinien der SDP/SPD im Einheitsjahr 1990 37

3.2.3 Der Einfluss von „Außen“ - Die Kirche, Westkontakte und eintrittswillige ehemalige SED-Mitglieder 39

3.2.4 Zwischenfazit 40

3.3 Magdeburg – Einstige Hochburg der Sozialdemokratie 41

3.3.1 Die Gründung der SDP in Magdeburg 42

3.3.2 Die Entwicklung/Kontinuitätslinien der SDP/SPD im Einheitsjahr 1990 45

3.3.3 Der Einfluss von „Außen“ - Die Kirche, Westkontakte und eintrittswillige ehemalige SED-Mitglieder 47

3.3.4 Zwischenfazit 48

3.4 Stendal – Sozialdemokratie in der „schwarzen“ Altmark 49

3.4.1 Die Gründung der SDP in Stendal 50

3.4.2 Die Entwicklung/Kontinuitätslinien der SDP/SPD im Einheitsjahr 1990 52

3.4.3 Der Einfluss von „Außen“ - Die Kirche, Westkontakte und eintrittswillige ehemalige SED-Mitglieder 53

3.4.4 Zwischenfazit 55

4. Epilog: Die Gründung des SPD-Landesverbandes in Quedlinburg am 25. August 1990 57

5. Schlussfolgerungen/Fazit 59

6. Abkürzungsverzeichnis 63

7. Quellen- und Literaturverzeichnis 65

8. Anhang 73

1. Einleitung

Nach Ende des Zweiten Weltkrieges wurde im Bereich der Sowjetischen Besatzungszone aus der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) und der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) zwangsvereinigt. Seit diesem Zusammenschluss im Jahr 1946 gab es in der Sowjetischen Besatzungszone und der späteren Deutschen Demokratischen Republik (DDR) keine sozialdemokratische Partei mehr. Im Parteienspektrum der DDR existierten neben der ca. 2,2 Millionen Menschen umfassenden mitgliederstärksten Partei der SED die sogenannten Blockparteien. Im einzelnen waren das: die CDU (die 1945 gegründete Christdemokratische Union im Osten), die LDPD (die 1945 gegründete Liberaldemokratische Partei Deutschlands), die DBD (Demokratische Bauernpartei Deutschlands, 1948 auf Betreiben der SED gegründet um die Landbevölkerung in ihrem Sinne zu binden), die NDPD (1948 auf Betreiben der SED gegründet, um nationale und patriotische Kräfte an sich zu binden). In der Nationalen Front schlossen sich alle DDR-Parteien zusammen und agierten bei Wahlen auf einer gemeinsamen Liste.[1]

Ein wichtiger Ansatz für die Aufarbeitung des Forschungsgegenstandes ist hierbei die Parteienforschung. Sie bezieht sich auf die Entstehung, Entwicklung und Veränderungen politischer Parteien. Die Parteienforschung fragt auch nach theoretischen bzw. ideologischen Grundlagen einer Partei und nach deren Wirkung und gesellschaftlicher Einordnung. Eine politische Partei ist hierbei ein auf verschiedener Weise organisierter Zusammenschluss von Menschen, der danach strebt, politische Macht zu erlangen. In einem Mehrparteiensystem konkurrieren dabei politische Parteien, um Entscheidungspositionen zu besetzen. Eine Partei trägt der politischen Willensbildung bei und verfolgt dabei ihre sachlichen oder ideellen Ziele. Auch sollte sie eine Verbindung zwischen dem Staat und seinen Bürger sein. Zu unterscheiden sind Parteien von politischen Bewegungen. Eine Bewegung umfasst dabei unterschiedliche Organisationsformen und versucht mit unterschiedlichen Mobilisierungs- und Handlungsstrategien, auf den gesellschaftlichen Wandel einzuwirken. Es wird versucht parteiübergreifend zu agieren und eine Plattform zum Meinungsaustausch zu bilden.[2]

Zum 40. Jahrestag der DDR am 7. Oktober 1989, wurde in Schwante die Sozialdemokratische Partei in der DDR (SDP) gegründet. Zudem war diese Gründung die erste und eine der wenigen Parteineugründungen in der Phase des Herbst 1989 und der sog. „Wendezeit“. Kaum

[1] Vgl. „Deutsche Demokratische Republik“. In: Der Brockhaus in fünfzehn Bänden; Bd. 3. Leipzig/Mannheim 1997, S. 203 ff.
[2] Vgl. „Partei“. In: Der Brockhaus in fünfzehn Bänden; Bd. 10. Leipzig/Mannheim 1998, S. 397 f.

eine andere Zeit der Deutschen Demokratischen Republik ist interessanter als die Spätphase der DDR. Mit ihr verbunden ist die Zeit der großen Ausreisewellen, welche im Sommer des Jahres 1989 stattfanden. Diese und Ereignisse wie die Fälschung der Kommunalwahlen im Mai bildeten den Auftakt einer Zeit der Umwälzungen in der DDR, welche schließlich zu deren Untergang führen sollten.

Ein interessantes Phänomen bezüglich der Neugründung dieser sozialdemokratischen Partei ist die Tatsache, dass sie aktiv durch die evangelische Kirche forciert wurde. Vielfach wurde deshalb die SDP scherzhaft auch als „Pastorenpartei“ bezeichnet. Oft waren Pastoren und andere Kirchenvertreter die Gründer oder Gründungsmitglieder einzelner Ortsvereine. Daher spielen in der Betrachtung dieser Parteigründung auch religiöse Ansichten eine Rolle.

Bezogen auf das Gebiet des heutigen Sachsen-Anhalts, wurde bisher noch nichts Vergleichbares veröffentlicht. Lediglich einzelne von mir betrachtete Orts- und Stadtverbände erstellten selbst Chroniken und Festschriften jeweils zu deren Jubiläen. Beispiele hierfür sind die vorliegenden Materialien des Ortsvereins Stendals sowie des Stadtverbandes Dessau: „10 Jahre SPD Stendal“ und „Von der SDP zur SPD. Gründungsgeschichte der SPD in Dessau vom Herbst 1989 bis Ende 1990“. Weiterhin existiert, die vom Stadtverband Halle, herausgegebene Publikation „Wende.Punkt Halle. 20 Jahre SPD in Halle“. Darüber hinaus gibt es eine Vielzahl von Publikationen, welche sich mit dem Forschungsgegenstand auf DDR-Ebene befassen und die Entwicklung der Gesamtpartei reflektieren. Beispiel hierfür ist das von Wolfgang Gröf verfasste Werk „In der frischen Tradition des Herbstes. Die SDP/SPD in der DDR. Von der Gründung über die Volkskammerarbeit zur deutschen Einheit“. Des Weiteren erscheinen in regelmäßiger Abfolge von jeweils zwei Jahren, herausgegeben von der Historischen Kommission des SPD-Landesverbandes Sachsen-Anhalt, die „Beiträge zur Geschichte der Sozialdemokratie in Sachsen-Anhalt“.

Ziel dieser Arbeit soll es sein, exemplarisch darzustellen, wie- von den ersten Ortsvereinsgründungen ausgehend bis hin zur Gründung des SPD-Landesverbandes- eine Partei entstanden ist. Dabei wird versucht anhand einzelner Ortsvereine die Entwicklung der SPD Sachsen-Anhalts der Jahre 1989/90 aufzuzeigen. Es ist zweifelsohne nicht möglich, das gesamte Gebiet des heutigen Sachsen-Anhalts flächendeckend zu analysieren. Bei der Auswahl der einzelnen Fallbeispiele wurde versucht, u.a. nach Traditionslinien zu suchen. Magdeburg stellt hierbei historisch gesehen eine ehemalige Hochburg der Sozialdemokratie dar. Halle hingegen kann als ein klassisches Gegenbeispiel angesehen werden. Hier kann man aus historischer Perspektive eher von einer sozialdemokratischen Diaspora reden. Der Stadtverband Dessau wurde zum Teil aufgrund seiner sehr guten Quellenlage ausgewählt.

Wie erwähnt existiert hier eine Chronik, welche durch ausgezeichnete Quellenarbeit charakterisiert wird. Aus geographischer Perspektive ist der Ortsverein Stendal in den Kanon aufgenommen worden. Dieser im Norden Sachsen-Anhalts gelegene Ortsverein liegt mitten im ländlichen Raum, zudem in einer struktur- und einwohnerschwachen Region.

Als Quellen liegen für diese Arbeit in gedruckter als auch handschriftlicher Form Plakate, Wahlaufrufe, Gründungsdokumente, Wahlwerbung, Parteikommunikation, Flugblätter usw. vor. Diese Archivalien stammen aus den jeweiligen Stadtarchiven der betreffenden Fallbeispiele, aus dem *Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung* in Bonn und dem Archiv des SPD-Landesverbandes Sachsen-Anhalt in Magdeburg. Weiterhin soll auch auf Quellenmaterial aus dem *Archiv der Bundeszentrale für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU)* mit seinen Außenstellen Magdeburg und Halle zurückgegriffen werden. Ein zu erwähnender Umstand, der die Quellenlage betrifft, ist der, dass ein beträchtlicher Teil leider noch heute nicht zur Verfügung steht. Dieser befindet sich entweder in unerschlossenem Privatbesitz oder noch in der Archivauswertung.

Als zusätzliches Quellenmaterial wurden Interviews erstellt, welche mit Zeitzeugen der betreffenden Ortsvereine oder Stadtverbände geführt wurden. Im Sinne der Zeitgeschichte haben Zeitzeugenberichte eine besondere Bedeutung. Die „Oral History“ ist zu einem festen Bestandteil der Forschung geworden. Bei einer schlechten Quellenlage können die Berichte mitunter die einzige Quelle sein. Jedoch ist die Zeitzeugenbefragung nicht unproblematisch. Jeder Mensch hat eine eigene Wahrnehmung der Ereignisse. Folglich ist immer ein subjektiver Faktor vorhanden. Dennoch ist für die Aufarbeitung des darzustellenden Untersuchungsgegenstandes eine Befragung von Zeitzeugen unablässig und stellt eine Belebung der Geschichte dar. Die Fragen, die den Zeitzeugen gestellt wurden, fließen dabei in die Analyse eines jeden Ortsvereins/Stadtverbandes ein. Aufbauend auf die den Zeitzeugen gestellten Fragen ergaben sich verschiedene Parameter. Diese sollen zur besseren Vergleichbarkeit der jeweiligen Fallbeispiele führen. Im einzelnen ergaben sich folgende Kriterien:

Zunächst ist es wichtig zu hinterfragen welche Gründe dazu führten, in dem gewählten Ort eine sozialdemokratische Partei zu gründen. Hierbei ist zu klären, ob diese Gründe einen traditionellen Hintergedanken hatten, wie man in Magdeburg aufgrund seiner sozialdemokratischen Geschichte vor der Machtübernahme der Nationalsozialisten vermuten könnte. Ein weiteres, eher praktisches Kriterium ist jenes, nach dem organisatorischen Ablauf der Gründung des einzelnen Beispiels zu fragen. Darin inbegriffen ist auch die persönliche

Betrachtung der Gründungsmitglieder des Ortsvereins. Darauf aufbauend ist es interessant zu beobachten, wie sich die Partei in den zu analysierenden Orten entwickelt und welchen Wandel diese im Einheitsjahr 1990 vollzogen hat. Auch ist es von Interesse, auf die Außeneinwirkung der Partei einzugehen. Hierbei stellen die Hilfe und der Einfluss sowohl der Kirchen als auch vorhandener Westkontakte eine große Bedeutung dar. Letztendlich erfolgt auch ein Einblick im Umgang mit ehemaligen SED-Mitgliedern, welche in die neugegründete SDP/SPD eintreten wollten.

In einem allgemeinen Teil wird zunächst ein Einblick über die Vorbedingungen erfolgen, die die Endphase der DDR kennzeichneten. Die Ereignisse werden ausgehend von der Kommunalwahl im Mai 1989 in der DDR betrachtet. Bei dieser regte sich zum ersten Mal ein großer oppositioneller Widerstand. Dieser Widerstand kann als Beginn des politischen Niedergangs der DDR gewertet werden und bringt zum ersten Mal den Unmut der sich mit der Lage innerhalb des Staates lebenden Bürger zum Ausdruck. Daran anschließend kam es im Sommer 1989 zu den großen Flüchtlingsströmen, in diesen sich mit dem System unzufriedenen Bürger mittels verschiedener Möglichkeiten einen Ausweg aus der DDR suchten. Als Beispiele sind hier u.a. die Flucht über Ungarn und die mehrmalige Besetzung der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Prag anzusehen. Als Höhepunkt des politischen Protests sind hingegen die Massendemonstrationen im Herbst 1989 zu werten.

Weiterhin wird auf die Gründung der SDP in ihrer Gesamtheit auf der Ebene der DDR einzugehen sein. Dazu wird anfangs auf die Initiativgruppe zur Gründung einer sozialdemokratischen Partei eingegangen. Diese schon im August des Jahres 1989 existierende Initiativgruppe bereitete schließlich die Gründung der SDP am 7. Oktober 1989 in Schwante, im heutigen Brandenburg gelegen, vor. Weiterer Punkte der Betrachtung werden neben den Zielen der Partei auch deren Programmatik und die wichtigsten Parteitage in Berlin und Leipzig sein.

Im analytischen Teil der Betrachtung wird auf die Fallbeispiele in den einzelnen Bezirken mit den aufgeführten Kriterien einzugehen sein. Jedes Beispiel endet hierbei mit einem zusammenfassenden Zwischenfazit. Ein Bezirk war eine Verwaltungseinheit in der Deutschen Demokratischen Republik. Die Bezirke bildeten zwischen 1952 und 1990 die mittlere Ebene der staatlichen Verwaltung. Durch die Verwaltungsreform von 1952 wurde die DDR in 14 Bezirke eingeteilt, die die Aufgaben der Landesregierungen übernahmen. Sie gliederten sich weiter in Land- und Stadtkreise. Die Bezirke waren nach Bevölkerungszahl, Fläche und Status mit den bundesdeutschen Regierungsbezirken vergleichbar. Sie hatten allerdings weder politische Autonomie wie ein Bundesland der Bundesrepublik Deutschland, noch hatten sie

Selbstverwaltungsrechte.[3] Die beiden Bezirke, mit denen sich die Arbeit beschäftigt, sind die Bezirke Magdeburg und Halle. Hierbei stellte der Bezirk Magdeburg, mit einer Gebietsfläche von 11.526 km² (gegenüber Halle mit 8.771 km²), die größere Verwaltungseinheit dar. Demgegenüber war der Bezirk Halle jedoch mit ca. 1.776.500 Menschen (im Vergleich zu ca. 1.249.500 Menschen), der einwohnerstärkere Bezirk. Aus beiden Bezirken entstand im Zuge der Deutschen Einheit das Bundesland Sachsen-Anhalt.[4]

Der Endpunkt der Abfassung fällt in den August 1990. Dort formierte sich mit der Zusammenführung der beiden SPD-Bezirksverbände Halle und Magdeburg der SPD-Landesverband Sachsen-Anhalt. Als Abschluss der Betrachtung dient ein Epilog über die Gründungsveranstaltung, welche in Quedlinburg stattfand. Dies erfolgt in Verbindung mit einem Ausblick über weitere die SPD betreffenden Ereignisse des Jahres 1990 und darüber hinaus.

Die Arbeit mündet abschließend in das Fazit und in die sich daraus ergebenden Schlussfolgerungen. Zusammenfassend sollen hier die wichtigsten Erkenntnisse miteinander verglichen werden und Anregungen bezüglich weiterer Arbeiten im Sinne der Parteienforschung erfolgen.

[3] Vgl. „Bezirk“. In: Der Brockhaus in fünfzehn Bänden; Bd. 2. Leipzig/Mannheim 1997, S. 110 f.
[4] Vgl. „Sachsen-Anhalt“. In: Der Brockhaus in fünfzehn Bänden; Bd. 12. Leipzig/Mannheim 1998, S. 135 ff.

2. Der Untergang der DDR und die Gründung der Sozialdemokratischen Partei in der DDR

2.1 Vorbedingungen: Die DDR in ihrer Endphase

2.1.1 Der Beginn der friedlichen Revolution – Die Kommunalwahlen vom Mai 1989

Die politische Krise der SED und damit einhergehend der Niedergang der DDR hat ein langes Vorspiel, welches seine Kulmination erst im Jahre 1989 zeigte. So bewiesen die 1980er Jahre endgültig, dass die SED reformunfähig war. Allenfalls bestätigte diese auf den Parteitagen von 1981 und 1986 ihre führende Rolle in Politik und Gesellschaft und wollte ihre Hegemonie gesichert wissen. Auch wirtschaftlich steuerte die DDR ihrem Ende entgegen. So gab es beispielsweise 1982 Engpässe innerhalb der Versorgung, weil die Importe zugunsten der Exporte gedrosselt wurden, um so die große Auslandsverschuldung abzubauen. Zusätzlich zur Stagnation der Wirtschaft war die DDR dauerhaft belastet durch ein Ausbreiten von Umweltkatastrophen, das Fehlen von tiefgreifenden Innovationen und dem Ausbau des Überwachungsstaates. Die Unzufriedenheit vieler Bürger spiegelte sich nicht zuletzt in Ausreisewellen wider. In dieser Hinsicht siedelten im Jahre 1984 ca. 35.000 DDR-Bürger in die Bundesrepublik über. Auch kam es vor den Ereignissen des Jahres 1989 schon zu vereinzelten Demonstrationen. Beispiel hierfür ist eine Kundgebung im Sommer 1983 in Jena und im gleichen Jahr eine Mahnwache der unabhängigen DDR-Friedensbewegung in Ost-Berlin. Eine Zunahme von Aktivitäten von kleinen Oppositions- und Menschenrechtsbewegungen war überall zu verzeichnen. Die Krise der DDR entstand aber vor allem, weil sie sich von der politischen Ausrichtung Michail Gorbatschows, der *Glasnost* (Transparenz) und *Petrestroika* (Umgestaltung), und damit ihrer Schutzmacht der UdSSR entsagte. Zwar folgte die DDR der Sowjetischen Grundlinie in der Außenpolitik, doch blieb sie was innere Reformen anbetraf ohne jeglichen Realitätsbezug und in ihren verkrusteten Herrschaftsstrukturen, der einer Gerontokratie, verhaftet.[5]

Mit der Kommunalwahl vom 7. Mai 1989 trat nun zum ersten Mal großer, offener politischer Widerstand auf. Nicht weil die Wahlen- wie immer- gefälscht waren, sondern weil

[5] Vgl. Weber, Herrmann: Die DDR 1945-1990 (= Oldenbourg Grundriss der Geschichte; Bd. 20). München 2006, 4. Aufl., S. 96 ff.

oppositionelle Kreise aus Friedens- und Ökologiegruppen das Gegebene nicht mehr einfach hinnehmen wollten. Dem Wähler wurde hier eine Einheitsliste vorgelegt. Auf dieser Liste waren alle Kandidaten der Parteien und verschiedener Massenorganisationen aufgeführt. Eine Abwahl war nicht möglich. Der eigentliche Wahlakt war es, den unveränderten Stimmzettel ohne Aufsuchen der Wahlkabine gefaltet in die Wahlurne zu werfen. Nach offiziellen Angaben entfielen auf den „gemeinsamen Wahlvorschlag der Nationalen Front 98,85 Prozent, bei einer Wahlbeteiligung von 98,78Prozent. Beide Zahlen lagen zwar etwas unterhalb der Ergebnisse der Wahl aus dem Jahre 1984, waren aber dennoch geschönt. Nur diesmal, so z.B. in Ost-Berlin „[...] hatten Vertreter oppositioneller Friedens- und Ökologiegruppen die Wahlen sowie die Auszählungen beobachtet und bis zu 20 Prozent Gegenstimmen errechnet.“[6] Aufgrund dieser Fälschungen kam es republikweit zu Protesten und Demonstrationen. Es erfolgten Strafanzeigen wegen Manipulation und Wahlfälschungen. An diesen Reaktionen zeigte sich das gewachsene Selbstbewusstsein der Bürger. Diese kritische Haltung wurde durch ein ökumenisches Treffen von christlichen Kirchen der DDR in Dresden noch gestärkt. Hier wurde ausdrücklich eine Reformierung und Demokratisierung des Wahlrechts gefordert. Die Proteste zeigten aber auch den Unmut gegenüber dem System aufgrund der mangelhaften wirtschaftlichen Versorgung sowie das Unbehagen über die Abschottung der DDR gegenüber der fortschreitenden Reformen innerhalb der Sowjetunion.[7]

Die sich formierenden Oppositionsgruppen traten meist unter dem Schutzdach der Kirche auf. Dies war der Ort, an dem man sich relativ frei und ohne Repressalien aufhalten konnte. Was im Umkehrschluss jedoch nicht bedeutete, dass Kirchen nicht durch Inoffizielle Mitarbeiter der Staatssicherheit durchsetzt waren. Es entstand in den 1980er Jahren auch eine grün-alternative Opposition, die sich vor allem mit der schon erwähnten Umweltzerstörung auseinandersetze. Ein Beispiel hierfür ist die Mitte der 1980er Jahre in Ost-Berlin gegründete „Umweltbibliothek“. Aus den eben genannten informellen Gruppierungen erwuchs 1989 die Keimzelle der Opposition in der DDR.[8]

Durch die sich an die Kommunalwahl anschließenden Ereignisse erreichte der innergesellschaftliche Konflikt in der DDR eine neue Dimension. Die Glaubwürdigkeit der SED-Führung wurde mit der Manipulation dieser Wahl untergraben und förderte durch diese mehr und mehr eine Koordination der Bürgeropposition. Die Allmacht von Partei und Staat wurde von den oppositionellen Kräften von da an konsequent in Frage gestellt.[9]

---

[6] Ebenda, S. 107.
[7] Vgl. ebenda, S. 107 f.
[8] Vgl. Mählert, Ulrich: Kleine Geschichte der DDR (=Beck´sche Reihe; 1275). München ³ 2001, S. 153 ff.
[9] Vgl. Grünbaum, Robert: Deutsche Einheit (= Beiträge zur Politik und Zeitgeschichte). Berlin 1999, S. 40 ff.

2.1.2 Die Flüchtlingswellen – Ausreise als Mittel der Oppositionellen

Zwei Gründe bestimmten die Fluchtbereitschaft der Ostdeutschen in der Phase des Untergangs der DDR. Zum einen die schon erwähnten innenpolitische Zwänge und Verfolgungen sowie eine wachsende Anziehungskraft der BRD. Alles nahm seinen Anfang mit der Öffnung des „eisernen Vorhangs“ durch die ungarische Regierung. Am 2. Mai 1989 begann Ungarn mit dem Abbau seiner Grenzsperren zu Österreich. Damit wurde ein bisher unvorstellbarer Fluchtweg geschaffen und die DDR-Führung war seit dieser Zeit nicht mehr Herr der Lage.[10] Dabei gefährdeten die Massenausreisen die innere Stabilität der DDR. Gleichzeitig verlor sie mit jedem Flüchtling wirtschaftliche Faktoren, sowie an Individualität. Am 10./11. September gewährten die ungarischen Behörden- offiziell und ohne vorheriger Absprache mit der DDR-Regierung- allen sich im Land aufhaltenden Fluchtwilligen die Ausreise.[11]

Die zweite Art der Ausreise von DDR-Bürgern war mittels Besetzungen bundesdeutscher Botschaften möglich. Beispiele hierfür sind u.a. die ständige Vertretung der Bundesrepublik in Ost-Berlin sowie die BRD-Botschaften in Warschau, Budapest und vor allem in Prag. Dies führte soweit, dass die genannten Botschaften im August zeitweise komplett geschlossen werden mussten, da sie durch Flüchtlinge überfüllt waren. Berühmt geworden ist in erster Linie die Besetzung der Botschaft in Prag. Diese im Palais Lobkowitz befindliche Vertretung war der Ausgangspunkt zu einer der größten Massenfluchten von DDR-Bürgern. Ein intensives Bemühen um die Verbesserung der Lage in den Botschaften und der grenzüberschreitenden Flucht ist auch der Bundesrepublik zuzurechnen. Anfang Oktober durften Tausende Bürger der DDR mit Sonderzügen über das Gebiet der DDR nach Westdeutschland fahren. Aufsehen erregte diese Maßnahme vor allem durch die Ereignisse der Durchfahrt des Zuges durch Dresden. Bei dem Versuch der Demonstranten auf dem Dresdner Hauptbahnhof, auf die durchfahrenden Züge aufzuspringen und ebenfalls zu entfliehen, kam es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen mit den Sicherheitskräften. Der Grund, dass DDR-Bürger den Weg der Ausreise über eine Botschaft der BRD wählten, beruhte auf der Tatsache, dass aus der Sicht der BRD jeder DDR-Bürger automatisch auch BRD-Bürger war. Ohne diesen Fakt wären solche Botschaftsbesetzungen des Jahres 1989 gar nicht erst möglich gewesen.

---

[10] Vgl. Mählert, Ulrich: Kleine Geschichte der DDR (Anm. 8), S. 159.
[11] Vgl. Weber, Herrmann: Die DDR 1945-1990 (Anm. 5), S. 108.

Abschließend kann man zu der Erkenntnis kommen, dass die Besetzungen diplomatischer Botschaften eine der konsequentesten Formen des Protestes gegen das Regime waren.[12] Betrachtet man die Fakten, gelangten rundgerechnet insgesamt 10.000 DDR-Bürger über die BRD-Botschaft in Budapest, 17.000 Menschen über die in Prag und nahezu 5.000 über die in Warschau in den Westen.[13] Auf der anderen Seite steht die Massenflucht direkt über die ungarische Grenze. Diese wurde begünstigt durch den reformerischen Kurs der Regierung in Budapest. Der Exodus aus der DDR verzeichnete allein bis zum Fall der Mauer eine Zahl von über 100.000 Flüchtlingen, die über die Grenze nach Österreich flohen. In absoluten Zahlen gesehen gelangten von Januar bis Oktober 1989 ca. 167.000 DDR-Bürger in die Bundesrepublik.[14] Auch war eine Beteiligung der westlichen Medien zu verzeichnen. Ohne die zahlreichen Berichterstattungen von ARD und ZDF wären viele DDR-Bürger ahnungslos gewesen und der entscheidende Impuls einer Massenflucht wäre ausgeblieben.

Letztlich hat die Symbiose aus Massenflucht über die Botschaften der BRD und der Massenflucht über Ungarn genauso zum Zusammenbruch des SED-Regimes geführt, wie auch die Massendemonstrationen im Herbst 1989. In dieser Verkettung von Ereignissen, egal ob Grenzflucht oder Botschaftsbesetzung, ist festzuhalten, dass ein politischer Sprengstoff gebildet wurde, welcher das politische Ende der DDR weiter vorantrieb. Es war eine „Abstimmung mit Füßen“. Dies war letztendlich ein Indiz für die Krise der staatlichen Autorität. Danach erst folgten die großen Massendemonstrationen wie beispielsweise jene in Berlin und Leipzig.[15] Man kann feststellen, dass die Ausreisewellen der Prolog für die Massendemonstrationen waren.

2.1.3 Die Massendemonstrationen – Eine Protestwelle unkalkulierbaren Ausmaßes

Zu den eben erwähnten Massendemonstrationen kam es im Herbst des Jahres 1989 flächendeckend in vielen größeren als auch kleineren Städten der DDR. Aus den beschriebenen Fluchten über Bundesdeutsche Botschaften sowie der Österreichisch-Ungarischen Grenze ergaben sich beispielsweise Lücken in Betrieben, Versorgungsunternehmen oder Kliniken. Dies betraf und verärgerte in zunehmender Weise auch Personengruppen, welche ursprünglich nicht an systemkritischen Diskussionen

[12] Vgl. Mayer, Wolfgang: Flucht und Ausreise. Berlin 2003, S. 460.
[13] Vgl. Maier, Charles S.: Das Verschwinden der DDR und der Untergang des Kommunismus. Frankfurt/M. 2002, S. 221.
[14] Vgl. Grünbaum, Robert: Deutsche Einheit (Anm. 9), S. 43 ff.
[15] Vgl. Mayer, Wolfgang: Flucht und Ausreise (Anm. 12), S. 450 f.

interessiert waren. Bürgerforen und politische Gruppierungen konnten so zunehmend aus einem immer größer werdenden Reservoir an Interessenten schöpfen.[16]

Im September 1989 kam es zur Gründung des *Neuen Forums*- die erste Formierung einer Bürgerbewegung auf dem Boden der DDR. In seinem Gründungsaufruf forderte das Neue Forum u.a. einen demokratischen Dialog über den Rechtsstaat, Wirtschaft und Kultur. Obwohl die Zulassung dieser Bewegung nicht gestattet wurde, wuchs deren Mitgliederzahl rasch an. Eine weitere Oppositionsgruppe mit dem Namen *Demokratie Jetzt* formulierte ihren Gründungsaufruf am 12. September 1989. Hierbei wurden Thesen für eine demokratische Umgestaltung der DDR angeregt. Auch die noch nicht gegründete SDP formierte sich in diesen Tagen. Diese gründete sich erst am 7. Oktober des Jahres. Die Initiatoren wie Markus Meckel, Martin Gutzeit oder Arndt Noack warben aber bereits am 24. Juli 1989 für eine Initiativgruppe zur Gründung einer sozialdemokratischen Partei, bevor am 26. August der Aufruf zur Gründung der SDP erfolgte. Die Partei forderte im Herbst des Jahres 1989 als erste Oppositionsgruppe den Machtverzicht der herrschenden SED und darüber hinaus eine parlamentarische Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und soziale Marktwirtschaft.[17] Letztendlich gründete sich im Oktober der *Demokratische Aufbruch*.

Die großen Zentren der Massendemonstrationen waren indes die Städte Leipzig und Ost-Berlin. In Leipzig begannen die schon bald über die Stadtgrenzen bekannten *Montagsdemonstrationen*; die von der Nikolaikirche ausgehenden Friedensgebete wurden bald zum Inbegriff der friedlichen Revolution. Am 4. September begannen diese Demonstrationen und hatten zu diesem Zeitpunkt nur ca. 1.200 Teilnehmer. Nach nur einem Monat, am 2. Oktober fanden sich schon 20.000 Menschen zu einer Demonstration zusammen. Während der Massenproteste fanden immer wieder Forderungen wie freie Wahlen oder die Abschaffung der DDR-Diktatur Eingang in die Proteste. Doch zeigte sich die Führungsriege der DDR angesichts der Demonstration anfangs noch nicht beeindruckt. Im Nachklang der Leipziger Montagsdemonstration vom 16. Oktober 1989, an der diesmal 120.000 Menschen teilnahmen, reagierte die Parteispitze. Auf der Politbürositzung der SED, entschied man sich am darauffolgenden Tag, Erich Honecker abzusetzen und durch Egon Krenz zu ersetzen. Krenz übernahm somit alle Ämter Honeckers und prägte in einer seiner ersten Reden den Begriff der „Wende“. Dieser heute in der Literatur oft verwendete Ausdruck sah jedoch nur kleinere Korrekturen am alten System vor, nicht aber eine grundsätzliche Erneuerung, wie es die Demonstranten forderten.[18]

---

[16] Vgl. Weber, Herrmann: Die DDR 1945-1990 (Anm. 5), S. 108.
[17] Vgl. ebenda, S. 109.
[18] Vgl. ebenda, S. 109 ff.

Der Höhepunkt der Demonstrationswelle erfolgte auf dem Ost-Berliner Alexanderplatz am 4. November 1989. Dort nahmen ca. 1 Million Menschen an dem Protestzug teil und forderten Presse-, Reise-, Meinungs- und Versammlungsfreiheit. In Leipzig kam es am 6. November 1989 zur Kulmination der Ereignisse, dort versammelten sich ca. 450.000 Menschen um ihren Unmut auszudrücken. Interessanterweise lässt sich an den Demonstrationen des Herbstes der Meinungswandel in der Bevölkerung ablesen. So wurde aus dem anfänglichen Protestruf der Ausreisewilligen „Wir wollen raus!“ der Protestruf der Demonstranten mit „Wir bleiben hier!“. Im weiteren Verlauf der Ereignisse hieß es weiterhin „Wir sind das Volk!“ und nach dem Mauerfall am 9. November 1989 „Wir sind ein Volk!“. Dieser letzte Ausspruch kam im Dezember 1989 auf und wies tendenziell auf eine mögliche Einheit der beiden Deutschen Staaten hin.[19]

Die Proteste entwickelten eine nun nicht mehr aufzuhaltende Dynamik. Es wurde jetzt vollkommen offen eine Pluralisierung von Staat und Gesellschaft mit sozialer Ausrichtung gefordert. Neben den vier oben genannten oppositionellen Gruppierungen gründeten sich ab November 1989 weitere, wie z.B. die *Grüne Partei*, die *Vereinigte Linke* und der *Unabhängige Frauenverband*. Der Unterschied zwischen allen genannten Gruppen bestand aber darin, dass einige Parteien waren, während andere Bewegungen bleiben wollten. Doch um ein dauerhaftes Mitspracherecht zu erkämpfen reichte es nicht aus, nur reine Plattform zum Meinungsaustausch zu bleiben, wie es beim Neuen Forum der Fall war. Nur die Gründung einer Partei führte dazu, bei einer Wahl den Machtanspruch der führenden SED in Frage zu stellen. In Folge der weiteren Ereignisse fiel am 9. November 1989 die Mauer. Wenige Zeit später, am 1. Dezember, strich die Volkskammer den Führungsanspruch der SED aus der Verfassung. Auch traten am 3. Dezember das Politbüro sowie das Zentralkomitee geschlossen zurück. Somit endete die nur kurze Amtszeit des Egon Krenz. Der demokratische Weg der DDR war von nun an frei und fand seinen Höhepunkt in den im darauffolgenden Jahr stattfindenden, ersten freien und auch letzten Wahlen zur DDR-Volkskammer am 18. März 1990.[20]

Die eben aufgeführten Ereignisse bewirkten eine tiefgreifende Veränderung der DDR, die schließlich ihr Ende bedeuteten und in die spätere Deutsche Einheit führten. Seit dem Beginn der Proteste durch die gefälschte Kommunalwahl von Mai 1989 kam es zu einer Verkettung der Geschehnisse und brachten ein seit 40 Jahren bestehendes Regime zum Einsturz. Dennoch, so friedlich wie sich die Revolution gestaltete, hätte sie auch in einem blutigen

[19] Vgl. Mählert, Ulrich: Kleine Geschichte der DDR (Anm. 8), S. 160 ff.
[20] Vgl. Grünbaum, Robert: Deutsche Einheit (Anm. 9), S. 47 ff.

Umsturz enden können. Die Gefahr einer Niederschlagung existierte noch bis zur Leipziger Kundgebung des 9. Oktober 1989. Erst hier entschied sich die Führung, auf die Anwendung von Gewalt zu verzichten. So kam es vorher zwar zu zahlreichen Verhaftungen und vereinzelten Körperverletzungen durch die Sicherheitskräfte, aber eine „Chinesische Lösung“ blieb aus. Die Rede ist von der gewaltsamen Niederschlagung der chinesischen Studentenproteste des Jahres 1989, welche die DDR-Führung in offenen Verlautbarungen zuvor verteidigt hatte. Grund für die ausbleibende Gewalt der Machthaber ist vor allem das Fehlen der sowjetischen Unterstützung seitens der Moskauer Führung. Diese hatte kein Interesse mehr daran, die Staats- und Parteiführung der DDR mit Panzern zu schützen, wie es beispielsweise beim Arbeiteraufstand des 17. Juni 1953 in Berlin und anderen Orten der Fall war.[21] Auch blieb es friedlich, weil die Demonstranten friedlich blieben, sich weder haben provozieren lassen noch selbst provoziert haben. Der Herbst 1989 brachte eine der bedeutendsten Oppositionsgruppen hervor- die SDP, welche im Folgenden näher betrachtet werden soll.

[21] Vgl. Weber, Herrmann: Die DDR 1945-1990 (Anm. 5), S. 111 ff.

2.2 Die Gründung der Sozialdemokratischen Partei in der DDR

2.2.1 Die Initiativgruppe zur Gründung einer sozialdemokratischen Partei in der DDR

Der Gründung zur Initiativgruppe ging eine lange Vorgeschichte voraus, auf die hier nicht im Einzelnen eingegangen werden kann. Wie viele andere Bewegungen des Herbstes 1989, geht der Gründerkreis der SDP auf die seit Mitte der 1970er Jahre unter dem Schutzdach der evangelischen Kirche engagierten oppositionellen Gruppen zurück. Festzuhalten ist, dass Markus Meckel und Martin Gutzeit die geistigen Urväter der Parteigründung waren. Ihnen war klar, dass einer Opposition nur durch Gründung einer Partei eine Stimme verliehen werden konnte. So reifte zu Beginn des Jahres 1989 die Idee, eine sozialdemokratische Partei ins Leben zu rufen. Im Juli des selben Jahres wurde die Fassung eines Textes entworfen, die später den Gründungsaufruf der SDP („*Aufruf zur Bildung einer Initiativgruppe mit dem Ziel, eine sozialdemokratische Partei in der DDR – SDP – ins Leben zu rufen*“) darstellte. Zu dieser Gründergruppe stieß während eines am 25./26. August abgehaltenen Menschenrechtsseminars in der Golgatha-Kirche in Ost-Berlin auch Arndt Noack, damals Studentenpfarrer in Greifswald, dazu. Des Weiteren erklärte sich auch Ibrahim Böhme der spätere Vorsitzende der SDP, bereit, den Gründungsaufruf zu unterschreiben. Markus Meckel verlas am Ende des Seminars, den Aufruf und die Anwesenden legten fest, dass die SDP am 7. Oktober 1989 gegründet werden sollte.[22] Der 26. August war ein symbolträchtiger Tag, an dem sich die Erklärung der Menschenrechte in der Französischen Revolution zum 200. Mal jährte.

Die im Entstehen begriffene Partei definierte sich von Beginn an als „[...] sich um die Entmonopolisierung, Demokratisierung und Teilung der Macht in Staat und Gesellschaft mit dem Ziel des Aufbaus einer ökologisch orientierten sozialen Demokratie [...]“[23] bemühende Kraft. Der Gedanke einer Parteigründung war zu dieser Zeit etwas qualitativ vollkommen Neues. Den Initiatoren war klar, dass nur so das Machtmonopol der SED in Frage gestellt werden konnte. Zu fragen ist allerdings, warum man gerade eine sozialdemokratische Partei gründen wollte? Dabei spielte die Ostpolitik des ehemaligen SPD-Bundeskanzlers Willy Brandt eine nicht ganz unerhebliche Rolle. In gewisser Hinsicht stellte Brandt eine politische Leitfigur dar. Weiterhin stellten die Begriffe *sozial* und *demokratisch* einen direkten Angriff

[22] Vgl. Meckel, Markus; Gutzeit, Martin: Opposition in der DDR. Zehn Jahre kirchliche Friedensarbeit. Kommentierte Quellentexte. Köln 1994, S. 349 ff.
[23] Schroeder, Klaus: Der SED-Staat. Geschichte und Strukturen der DDR. München ² 1999, S. 315.

auf das Selbstverständnis der SED dar. Nach ihrer Entstehung beanspruchte diese, einzig und allein das Erbe der Sozialdemokratie in Deutschland fortführen zu wollen. Auch stellten sich die Gründerväter der SDP damit in eine deutsche und europäische sozialdemokratische Tradition.[24]

Die Initiativgruppe befürchtete im Vorfeld der Gründung jedoch ein vorzeitiges Eingreifen durch die Staatssicherheit. Aus diesem Grund wurden am 18. September 1989 acht weitere Persönlichkeiten in die Pläne und Konzeptionen eingeweiht. Dazu zählten: Angelika Barbe, Gotthard Lemke, die Studentenpfarrer Dankward Brinksmaier, Konrad Elmer, Rainer Hartmann, Pfarrer Jochen Goertz, Diakon Rainer Rühle und der Pfarrer Steffen Reiche.[25] Auch hier lässt sich wieder einmal der kirchliche Einfluss erkennen. Von den eben genannten Personen entstammen sechs dem kirchlichen Umfeld. Mit dieser Maßnahme hätte im Falle einer Verhaftung des Gründerkreises die Parteigründung dennoch vollzogen werden können.

Eine weitere Vorsichtsmaßnahme wurde getroffen, indem man in der Nacht vom 1. zum 2. Oktober 1989 eine erste Gründungsurkunde verfasste. Diese wurde von den oben genannten elf Personen unterzeichnet und bei unbeteiligten Vertauenspersonen deponiert. Im Falle des Scheiterns des eigentlichen Gründungsaktes, hätte diese die Urkunde an westliche Medien weitergeleitet werden können. Als Ort der Gründung standen mehrere Lokalitäten zur Debatte. Zum einen das Sprachenkonvikt in Berlin. Diese Idee wurde schnell verworfen, da man die Partei weder in Berlin gründen noch die Hochschule in Schwierigkeiten bringen wollte. Das Gemeindehaus von Christinendorf bei Potsdam schied ebenfalls aus, da Pfarrer Steffen Reiche durch seine Aktivitäten schon zu sehr in der Öffentlichkeit aktiv war und sein Haus daher ein Sicherheitsrisiko dargestellt hätte. Die Wahl fiel auf das Gemeindehaus in Schwante bei Oranienburg, welchem Pfarrer Joachim Kähler vorstand. Das Haus hatte den Vorteil einer guten Lage- man konnte einsehen, ob es beispielsweise observiert wurde und bot gute Fluchtmöglichkeiten. Außerdem fand am Tag der Gründung ein Sandbahnrennen statt, so dass die Anreise der Gründer nicht sofort auffallen musste. Aus Rücksicht auf mögliche Abhöranlagen durch die Staatssicherheit, wurde der Name des Ortes an dem die Partei gegründet werden sollte auf einen Zettel geschrieben und dieser herumgereicht.[26]

Mit der eben beschriebenen Initiative zur Gründung der Partei hatte man den Raum der Kirchen verlassen und ist aus dessen Schutzraum getreten. In diesem Umfeld reiften die

---

[24] Vgl. Mühlen, Patrik von zur: Die Opposition gegen die SED und die Gründung der Sozialdemokratie in der DDR. In: Partei und soziale Bewegung. Hrsg. v. Dieter Dowe. Bonn 1993, S. 107 f.

[25] Vgl. Mühlen, Patrik von zur: Die Gründungsgeschichte der Sozialdemokratie in der DDR. In: Auf den Anfang kommt es an. Sozialdemokratischer Neubeginn in der DDR 1989. Interviews und Analysen. Hrsg. v. Wolfgang Herzberg und Patrick von zur Mühlen. Bonn 1993, S. 45.

[26] Vgl. Mühlen, Patrik von zur: Die Opposition gegen die SED und die Gründung der Sozialdemokratie in der DDR (Anm. 24), S. 110.

Ideen, die zur Gründung der SDP führten. Mit der im Folgenden zu beschreibenden Parteigründung begann der Versuch, die Staatsmacht in politischer Manier herauszufordern.

2.2.2 Die Gründung der SDP am 7. Oktober 1989 in Schwante

Zur Gründung der SDP fanden sich am Sonnabendmorgen, dem 7. Oktober 1989 im Gemeindesaal ca. 40 bis 50 Personen in der schon erwähnten Dorfkirche zu Schwante ein. Vertreter aus dem Raum Berlin dominierten zwar, jedoch waren auch andere Interessierte aus dem gesamten Gebiet der DDR anwesend. Die parteigründende Sitzung begann um 10 Uhr und wurde durch Konrad Elmer geleitet. Da jedoch kein einziger Teilnehmer über politische Erfahrung verfügte, stellte es sich als Vorteil heraus, dass der Großteil der Anwesenden Person aus dem kirchlichen Umfeld entstammte. Durch die Praxis der Synoden waren diese von jeher mit demokratischen Abstimmungen, Rede und Gegenrede sowie formalen Abstimmungen vertraut. Zunächst begann Markus Meckel mit seinem *„Programmatischen Vortrag zur Gründung der Sozialdemokratischen Partei in der DDR (SDP)“*. In diesem wies er auf die gegenwärtigen Herausforderungen zur Parteigründung hin und stellte den Grundcharakter der Partei vor. Im letzten genannten Punkt herrschte Einvernehmen: die Partei sollte eine Volkspartei darstellen und auf eine ökologisch soziale Demokratie hinwirken. Da Meckel jedoch bemerkte, dass jeden Moment die Staatssicherheit eingreifen könne, wurde der Gründungsakt schnell vollzogen und manche Fragen daher ausgeklammert. Darüber sollte später debattieren werden. Unstrittig debattiert wurden Fragen zur Umweltproblematik und zu Drittweltproblemen. Unterschiedlich wurden die künftige Wirtschaftsform und die deutsche Frage gedeutet.[27]

Nach der Gründung trug die Urkunde die Unterschrift von 38 Teilnehmern. Nicht jeder der Anwesenden unterschrieb sie, da einige sich noch bedenklich zeigten und über einen Beitritt erst später entscheiden wollten. Die Gründungsurkunde wurde anschließend von Steffen Reiche nach Berlin gebracht. Zusammen mit dieser wurde eine Videoaufzeichnung über den Gründungsakt sowie Briefe an die SPD in Bonn und an die Sozialistische Internationale, als auch Presseerklärungen einem Korrespondenten der Süddeutschen Zeitung übergeben. Dieser informierte nach Ankunft in West-Berlin die Nachrichtenagenturen. Bereits am Abend wurde in den Nachrichten des RIAS über den vollzogenen Gründungsakt der SDP berichtet.[28]

Am selben Abend wurden in Schwante Vorstandswahlen und die erste Vorstandssitzung abgehalten. Über die neu entstandene Partei wurden umgehend Materialien und

[27] Vgl. ebenda, S. 111 f.
[28] Vgl. ebenda, S. 112 f.

Kontaktadressen in Pfarrhäusern, Gaststätten und Betrieben ausgelegt. Der erste frei gewählte Vorstand bestand aus 15 Mitgliedern. Darunter der erste Sprecher Stephan Hilsberg, die zweiten Sprecher Markus Meckel und Angelika Barbe, Ibrahim Böhme fungierte als Geschäftsführer und Gerd Döhling als Schatzmeister.[29] Die westdeutsche Sozialdemokratie wurde allerdings über die geplante Gründung nicht informiert. Die Reaktionen der SPD waren daher sehr unterschiedlich. Da die Gründung der SDP die Bonner SPD völlig unvorbereitet traf, gingen die Reaktionen von abwartenden Positionen bis eindeutiger Ablehnung oder völliger Zustimmung. Große Zustimmung kam u.a. von Willy Brandt persönlich. Brandt, als Initiator der Ostpolitik ermöglichte im Rahmen seines Vorsitzes in der SI die Aufnahme in diese Organisation. Andere, wie beispielsweise der regierende Oberbürgermeister von West-Berlin Walter Momper, zählten zu den Kritikern der Parteigründung. Vertreter dieser Meinung hätten es lieber gesehen, dass man mit den reformbereiten Kräften innerhalb der SED kooperierte. In dieser Hinsicht wurde das Dilemma der westdeutschen SPD klar - hatte diese erst zwei Jahre zuvor, am 27. August 1987 ein gemeinsames Papier mit der SED veröffentlicht, in welchem die beiden Parteien ihren gemeinsamen Willen zur friedlichen Koexistenz zweier deutscher Staaten niederschrieben.[30]

Fraglich ist letztendlich die Informationslage der Staatssicherheit. Der zum Geschäftsführer und später zum Parteivorsitzenden gewählte Ibrahim Böhme wurde ein halbes Jahr nach Gründung als Inoffizieller Mitarbeiter enttarnt. Dies bedeutete im Umkehrschluss, dass die Staatssicherheit von Anfang an in das Geschehen involviert war. Böhme wurde bereits 1984 auf Markus Meckel und Martin Gutzeit angesetzt. Spätere Vorwürfe, dass die Gründungsgeschichte von der Stasi gesteuert wurde, kann man aber ausschließen. Böhme hatte mit der konzeptionellen und inhaltlichen Erarbeitung des Programmes nichts zu tun. Weiterhin entwickelte er weder Statut oder Geschäftsordnung. Auch bleibt die Frage, warum die Staatsmacht nicht eingriff? Hier ergeben sich mehrere Möglichkeiten. Entweder war der Staat zu sehr auf die Unterdrückung der Ausreisewelle und den Demonstrationen fixiert. Oder man schätzte die Gefahr dieser Partei als zu gering ein, so dass man sie mehr oder weniger an der „langen Leine“ laufen lassen wollte. Möglich wäre auch, dass man die Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag der DDR nicht stören wollte. Letztlich ist es vorstellbar, dass man die Absicht hatte, die Partei von innen her zu unterwandern und somit zu blockieren.[31]

---

[29] Vgl. Gröf, Wolfgang: "In der frischen Tradition des Herbstes 1989". Die SDP/SPD in der DDR. Von der Gründung der Volkskammerarbeit zur deutschen Einheit . Bonn 1996, S. 16.

[30] Vgl. Walter, Jens: Von der Gründung der SDP in der DDR zum SPD-Vereinigungsparteitag. 356 Tage ostdeutsche Sozialdemokratie im Spannungsfeld der Deutschen Einheit. In: Revolution und Transformation in der DDR 1989/90. Hrsg. v. Günther Heydemann. Berlin 1999, S. 411 ff.

[31] Vgl. Mühlen, Patrik von zur: Die Gründungsgeschichte der Sozialdemokratie in der DDR (Anm. 25), S. 49 ff.

Grundsätzlich befand sich die Staatsführung in dieser Sache in einer Zwickmühle. Sie war sich selbst nicht im Klaren wie sie handeln solle. Zum einen hätte eine Verhaftungswelle der Gründer eine Solidarisierungswelle auslösen können. Zum anderen bedeutete Nichtstun, dass sich eine politische Kraft gründete, die den Machtanspruch der SED in Frage stellen würde.
Grundsätzlich entstand mit dieser Gründung eine unabhängige Partei, die auf den Blockmechanismus der anderen Parteien verzichtete und Kernthemen in sich vereinte, die die Staatstragende SED für sich beanspruchte. Gleichzeitig wollte die SDP keine „Ostfiliale“ der westdeutschen SPD sein. Eine Partei mit Programmatik und Zielen ist entstanden, von der natürlich zur Zeit der Gründung noch niemand der Beteiligten absehen konnte, welche Konsequenzen ihr Handeln haben würde.

2.2.3 Die Programmatik und der Aufbau der Partei

Die Programmatik der Partei lässt sich in groben Zügen schon im Aufruf zur Gründung der Initiativgruppe aus den Augusttagen ableiten. Das in Schwante verabschiedete Parteiprogramm, welches sich im Statut der Partei unter den Paragraphen 1 bis 10 wiederfindet, enthält im Wesentlichen folgende Grundaussagen: die Forderung nach strikter Gewaltenteilung sowie Trennung von Staat und Partei, ein Bekenntnis zur parlamentarischen Demokratie und Parteienpluralismus, eine ökologisch orientierte soziale Marktwirtschaft mit demokratischer Kontrolle der ökonomischen Macht, das Recht auf Bildung freier Gewerkschaften sowie das Streikrecht, die Reisefreiheit und das Auswanderungsrecht, letztlich die Anerkennung der Zweistaatlichkeit Deutschlands, gleichzeitig aber eine Option für mögliche Veränderungen im Rahmen einer europäischen Friedensordnung.[32] All diese Forderungen stellen die Verfassung der DDR in Frage und haben das übergeordnete Ziel einer Neuordnung der DDR nach demokratischem Vorbild vor Augen. Bezogen auf die angesprochene Forderung der anerkennenden Zweistaatlichkeit Deutschlands, kam es innerhalb der Partei am 3. Dezember 1989 zu einer Kehrtwende. Durch die veränderte politische Lage, u.a. dem Fall der Mauer am 9. November 1989, distanzierte sich die Partei in einer *„Erklärung der SDP zur Deutschen Frage“*. Dort wurde von einer eigenstaatlichen DDR abgesehen und man sprach sich für die Einheit der Deutschen Nation aus. Jedoch wurde eine schnelle Vereinigung im Sinne eines Anschlusses an die BRD abgelehnt. Vielmehr sprach man sich darin für eine Konföderation aus, um die Vereinigung vorzubereiten.[33]

[32] Vgl. Schroeder, Klaus: Der SED-Staat (Anm. 23), S. 315.
[33] Vgl. Gröf, Wolfgang: "In der frischen Tradition des Herbstes 1989" (Anm. 29), S. 16 f.

Vergleicht man die genannten Forderungen mit anderen oppositionellen Gruppen, stellt man feststellen, dass die geforderte parlamentarische Demokratie, Parteienpluralismus, Gewaltenteilung, als auch das Bekenntnis zur sozialen Marktwirtschaft z.T. originell waren und ein Alleinstellungsmerkmal darstellten.

Betrachtet man die SDP näher, so versteht es sich von selbst, dass differenzierter auf die Parteistruktur, Aufbau der Partei und deren weitere Entwicklungsgeschichte einzugehen. Die innerparteiliche Struktur wird im Statut der SDP in den Paragraphen 11 bis 29 geregelt. Hier sind u.a. Fragen zur Mitgliedschaft, Wahlen, Parteitagen und Finanzen festgelegt.[34] Rein praktisch gesehen kam es zur ersten Gründung eines Ortsvereines auf dem Boden der DDR schon am 7. Oktober 1989 in Sangerhausen. Einzelne Mitglieder bildeten mit Hilfe ihrer Kontaktdaten eine Nahtstelle zu Interessierten in der Öffentlichkeit. Zwischen Herbst 1989 und der Volkskammerwahl im März 1990 bildeten sich landesweit Basisgruppen der SDP, Kreis- und Bezirksverbände. Die ersten großen Ortsverbände wurden am 5. November 1989 in Berlin, am 7. November in Leipzig und Gera sowie am 9. November in Rostock und Jena gegründet. Als erster Landesverband konstituierte sich noch vor der Ländergründung im Januar 1990 der Landesverband Thüringen. Gründungsorte waren in erster Linie Kirchengemeinden, welche ihre Räumlichkeiten zur Verfügung stellten. Der Parteiaufbau gestaltete sich als sehr schwierig. Zum einen betrat man in dieser Hinsicht völliges Neuland, zum anderen war der Aufbau auch durch mangelnde Kommunikationsmöglichkeiten innerhalb der DDR geprägt.[35] Schätzungsweise hatte die Partei im Januar/Februar 1990 eine Mitgliederzahl von ca. 60.000 Personen erreicht. Diese Zahl scheint eher unrealistisch zu sein, da es keine zentralen Karteien und Verzeichnisse gab und die Mitgliederzahlen nur auf Schätzungen basierten. Man muss davon ausgehen, dass eine Mitgliederzahl von ca. 20.000 Personen realistischer Natur ist.[36]

Der Parteivorstand richtete sich indes in der Berliner Otto-Grotewohl-Straße, den früheren Amtssitz der Nationalen Front, ein. Im Februar 1990 erfolgte dann der Umzug in das ehemalige Gebäude der SED-Hochschule in der Rungestraße. Büroleiter wurde der aus Jena stammende, frühere Studentenpfarrer Ulrich Kasparick. Zum Pressesprecher wurde Steffen Reiche berufen.[37]

---

[34] Vgl. Schuh, Petra; Weiden, Bianca M. von der: Die deutsche Sozialdemokratie 1989/90. SDP und SPD im Einigungsprozeß (=Schriftenreihe der Forschungsgruppe Deutschland; Bd. 9). München 1997, S. 59.

[35] Vgl. Walter, Jens: Von der Gründung der SDP in der DDR zum SPD-Vereinigungsparteitag (Anm. 30), S. 415 f.

[36] Vgl. Mühlen, Patrik von zur: Die Gründungsgeschichte der Sozialdemokratie in der DDR (Anm. 25), S. 53.

[37] Vgl. ebenda, S. 53.

Im weiteren Verlauf der Ereignisse ist festzuhalten, dass am 1. Dezember die Führungsrolle der SED aus Artikel 1 der DDR-Verfassung gestrichen wurde. Somit wurde eine der wesentlichen Forderungen, nicht nur der SDP, sondern auch anderer Oppositionsgruppen erfüllt. Das Machtmonopol sowie der Alleinvertretungsanspruch der SED war somit gebrochen. Fortan nahm die SDP an den sowohl auf zentraler als auch regionaler Ebene stattfindenden *Runden Tischen* teil. Diese sollten für einen kontrollierten Übergang zu einer neuen Gesellschafts- und Staatsordnung sorgen. Diese Mitwirkung nahm für die Sozialdemokraten eine Schlüsselstellung bei der weiteren politischen und organisatorischen Entfaltung der Partei ein. Gleichzeitig nahm die eben geschilderte Beteiligung die junge Partei voll in Anspruch. Der Vorstand musste nicht nur die eigene Organisation aufbauen, sondern auch Pressekonferenzen abhalten, Verhandlungen führen, wichtige Entscheidungen treffen und dergleichen mehr.[38] Eine wirkliche Besserung trat erst ab Mitte Januar ein, als sich materielle, organisatorische und logistische Hilfe aus Westdeutschland durch die Bundes-SPD langsam einstellte.

2.2.4 Der Berliner und Leipziger Parteitag vom Januar und Februar 1990

Zur abschließenden Betrachtung ist etwas ausführlicher auf die ersten beiden Partei-Großveranstaltungen der SDP einzugehen. Hierbei zu nennen sind die Delegiertenkonferenz im Januar 1990 in Berlin, wie auch der erste Parteitag der noch jungen Partei im Februar des gleichen Jahres. Die Delegiertenkonferenz in der Ost-Berliner Kongresshalle am Alexanderplatz fand vom 12.-14. Januar 1990 statt. Wichtigstes Anliegen dieser Konferenz war die Umbenennung der Partei in Sozialdemokratische Partei Deutschlands. Dies geschah am 13. Januar, dem zweiten Tag der Veranstaltung. Auch war es das erste Mal, dass die Parteibasis auf den Gründerkreis von Schwante traf. Mit Hans-Jürgen Vogel, Walter Momper, Johannes Rau und Egon Bahr waren zudem auch sozialdemokratische Spritzenvertreter aus Westdeutschland anwesend. In der Presse wurde die Partei zudem erstmals in ein großes Licht gesetzt.[39]

Insgesamt nahmen 505 Delegierte an dieser Konferenz teil. Das Hauptziel war, die Umbenennung von SDP in SPD. Weiterhin sollte das Organisationsstatut festgeschrieben und über das Wahlprogramm zur Volkskammerwahl gesprochen werden. Mit ihrer zweiten *„Erklärung zur Deutschen Frage“* bekräftigte die nun SPD heißende Partei abermals ihre

[38] Vgl. Walter, Jens: Von der Gründung der SDP in der DDR zum SPD-Vereinigungsparteitag (Anm. 30), S. 416 f.

[39] Vgl. Fink, Hans Jürgen: Die SPD in der DDR. In: Deutschland Archiv. Zeitschrift für das vereinigte Deutschland. Jg. 23 (1990), H. 1, S. 180 ff.

Vorstellung von einer Deutschen Einheit.[40] Grundsätzlich kam es im Dezember 1989 zum ersten Mal zu einer Diskussion über eine Umbenennung der Partei. Damals befürchtete man, dass sich die SED auf ihrem Parteitag den Namen „Sozialistische Partei Deutschlands“ geben könnte. Somit wäre das Kürzel SPD besetzt und die SED hätte in diesem Fall sozialdemokratische Werte und Traditionen für sich beanspruchen können. Eine Umbenennung hatte auch weitere Vorteile, so z.B. Wahlkampfvorteile, da viele DDR-Bürger mit dem alten Kürzel nichts anfangen konnten. Andernfalls konnte man so auf eine problemlose Materialhilfe der SPD-West, in finanzieller als auch wahlwerbetechnischer Basis hoffen, da Plakate beispielsweise einfach übernommen werden konnten. Auch hatte der neue Name SPD den Vorteil, dass man nun Rechtsansprüche in Bezug auf den früheren Besitz der SPD stellen konnte, welcher im Zuge der Zwangsvereinigung der SED zugeschlagen wurde. Mit großer Mehrheit wurde dieser wichtigste Tagesordnungspunkt angenommen und die Partei hatte einen neuen Namen.[41] Nach 44 Jahre existierte wieder eine SPD in Ostdeutschland.

In Bezug auf die Diskussion zum Organisationsstatut und Wahlprogramm, kamen auch politisch-symbolische Fragen zur Sprache. So wurden mehrere Anträge gestellt, das Wort *Genosse* aus Statut und Wahlaussagen zu streichen. Auch wurde verlangt, den Begriff *Demokratischer Sozialismus* aus dem Statut zu entfernen. Hintergrund dieser Anträge war, dass diese beiden Begrifflichkeiten im Empfinden Vieler zu sehr durch die DDR-Diktatur missbraucht wurden und daher in einem schlechten Licht standen. Man entschied sich auf dem Parteitag allerdings, dass diese Anträge erst später geklärt werden sollten.[42] Die angesprochene Umbenennung signalisierte auch eine stärkere Zusammenarbeit mit der SPD-West. Alles in allem stellte dieser Parteitag einen ersten Schritt in Richtung der Volkskammerwahlen im März 1990 dar. Alle weiteren Themen sollten auf dem folgenden Parteizusammentreffen in Leipzig besprochen werden.

An dieser Konferenz ist das gestiegene Selbstbewusstsein der Partei zu erkennen. Lautete das Parteitagsmotto am Anfang der Konferenz noch: *„Vieles spricht für uns – SDP“*, so wurde der Spruch am Ende der Veranstaltung durch einen neuen ersetzt: *„Alles spricht für uns – SPD“*. Auf dem Parteitag ist aber auch die Differenz zwischen Parteibasis und dem in Schwante gewählten Vorstand erkennbar. Viele Vorstellungen des Gründerkreises stießen auf Ablehnung der Basis. Zum ersten Mal konnten Parteimitglieder hier ihre teilweise vom

---

[40] Vgl. Gröf, Wolfgang: "In der frischen Tradition des Herbstes 1989" (Anm. 29), S. 18.

[41] Vgl. Walter, Jens: Von der Gründung der SDP in der DDR zum SPD-Vereinigungsparteitag (Anm. 30), S. 418.

[42] Vgl. Sturm, Daniel Friedrich: Uneinig in die Einheit. Die Sozialdemokratie und die Vereinigung Deutschlands 1989/90. Bonn 2006, S. 266 f.

Vorstand abweichenden Vorstellungen formulieren und sich in Mitbestimmung üben. Diese Konferenz wird teilweise auch als eigentliche Geburtsstunde der Sozialdemokratie in der DDR angesehen und als eine Art Gründungsparteitag gewertet.

Der erste ordentliche Parteitag der SPD fand vom 22. bis 25. Februar 1990 in Leipzig-Markkleeberg statt. An diesem zugleich Wahl- und Programmparteitag nahmen diesmal 524 Delegierte teil. Oberstes Ziel des Zusammentreffens war die Neuwahl des Vorstandes. Außerdem stand alles ganz im Zeichen der Volkskammerwahlen. Zudem wurden abermals Diskussionen zur deutschen Frage geführt. Die Wahl für den Austragungsort Leipzig wurde bewusst gefällt. Dem Ausgangspunkt der friedlichen Revolution und der Demokratiebewegung sollte eine Würdigung zukommen. Der Parteitag lief dieses Mal unter dem Motto: *„Die Zukunft hat wieder einen Namen – SPD*“. Auch die Wahl des Datums hatte einen bewussten Hintergrund, denn der 22. Februar 1990 war der Tag des 150. Geburtstages August Bebels.[43] Man kann sagen, dass in der Wahl dieser beiden Elemente die alte SPD-Tradition mit der neueren Geschichte zielgerichtet verbunden wurde.

Zum Parteivorsitzenden und Spitzenkandidaten für die bevorstehende Volkskammerwahl wurde Ibrahim Böhme gewählt. Die Wahl Böhmes verlief hierbei nicht ohne Aufsehen. Für das Amt des Vorsitzenden wollte gleichzeitig Markus Meckel kandidieren. Meckel war in den eigenen Reihen jedoch unpopulär und wirkte weniger charismatisch als Böhme. Daher verzichtete Meckel auf eine Kandidatur und Böhme trat ohne Gegenkandidaten an. Zu den drei Stellvertretern Böhmes wählten die Delegierten Markus Meckel, Angelika Barbe und Karl-August Kamilli. Das Amt des Geschäftsführers bekleidete fortan Stephan Hilsberg und zum neuen Schatzmeister wählte man Hinrich Kuessner. Der übrige Vorstand bestand aus 27 weiteren Mitgliedern. Willy Brandt wurde zum Ehrenvorsitzenden auf Lebenszeit gewählt und nahm somit die künftig angestrebte Vereinigung beider Parteien, der SPD-West und der SPD-Ost, symbolisch vorweg. Brandt war auf dem Parteitag der unumstrittene „Star“. Er wurde unter Jubel in der Tagungshalle begrüßt, Meckel hielt sogar eine Laudatio auf den früheren Bundeskanzler. Abermals waren in Leipzig viele Spitzenpolitiker der bundesdeutschen SPD anwesend. Diesmal war auch Oskar Lafontaine, der Spitzenkandidat der West-SPD für den Bundestagswahlkampf, zugegen.[44]

Die weiteren Tagesordnungspunkte des Parteitages hatten allerdings mehr Konfliktpotential. Die Rede ist hier von der Festlegung eines Wahlprogramms, die Beschlussfassung über die künftige SPD-Programmatik und das Parteistatut. Zentrales Thema war nun das

---

[43] Vgl. Walter, Jens: Von der Gründung der SDP in der DDR zum SPD-Vereinigungsparteitag (Anm. 30), S. 419.

[44] Vgl. Sturm, Daniel Friedrich: Uneinig in die Einheit (Anm. 42), S. 282 ff.

Wahlprogramm *„Ja zur deutschen Einheit –Eine Chance für Europa. Wahlprogramm der SPD zum ersten frei gewählten Parlament der DDR“*. Dieses Programm enthielt auch den *„Fahrplan zur deutschen Einheit“*. In diesem setzte die Partei ihre Eckpunkte zur Einheit fest. Dazu gehörten z.B. die Einführung der D-Mark bis spätestens zum 1. Juli 1990, die Umstellung der Ersparnisse von Ost- auf Westmark zum Verhältnis 1:1. Weiterhin wurde hier eine Unternehmensbeteiligung westdeutscher Firmen in der DDR befürwortet. Mit diesem Fahrplan machte die SPD erstmals konkrete Aussagen und Vorschläge für die künftige deutsche Einigung. Das weiterführende *„Programm für eine freiheitliche und solidarische Gesellschaft“* zeigt die sozialdemokratischen Vorstellungen für eine künftige Wirtschaft und Gesellschaftsordnung. Unmittelbar nach der Volkskammerwahl sollten demnach beide deutschen Regierungen Verhandlungen aufnehmen. Das Konzept, welches ausgegeben wurde, war: *„Einheit ja, aber mit Gestaltung“*.[45]

Das Grundsatzprogramm der Partei, um welches es im Folgenden geht, bestand aus sechs übergeordneten Themenfeldern. Das erste Kapitel umriss die politischen Grundlagen der Partei. Hier bekannten sich die Sozialdemokraten zu einem geeinten Deutschland und zu den Leitlinien der internationalen Sozialdemokratie. Im zweiten Teil wurden die Vorstellungen eines demokratischen Rechtsstaates mit einer freiheitlichen und pluralistischen Gesellschaft beschrieben. Teil drei handelte von Markt und Wettbewerb. Hierbei sollte der Markt demokratisch, sozial und auch ökologisch orientiert sein. In einem Kapitel zur Sozialpolitik wurde die Solidarität in den Mittelpunkt gestellt. Die Kultur kam im fünften Abschnitt zum Tragen. Dieser wurde die Bedeutung eines Menschenrechts zugesprochen. Das sechste Kapitel beschäftigte sich mit der Deutschland- und Außenpolitik. Dabei sollte die deutsche Einheit in den europäischen Integrationsprozess eingebunden werden.[46] Das eben erläuterte SPD-Grundsatzprogramm wurde letztendlich mit großer Mehrheit von den Delegierten angenommen.

Abschließend fällt der Blick auf das in Leipzig beschlossene Organisationsstatut. Hierin fanden sich Regelungen zu Mitgliedschaft, Gliederungen, Parteiorganen, Ämtern und Mandaten. Vorrangestellt wurde hier eine Präambel, in der sich die SPD als eine Volkspartei deklarierte, die für eine ökologisch und sozial orientierte Demokratie eintritt. Bei der Diskussion zum Statut kamen abermals Begriffsfragen zu Parteianrede und dem Begriff Demokratischer Sozialismus auf. Beide Streitpunkte wurden jedoch nicht in das Statut

[45] Vgl. Schuh, Petra; Weiden, Bianca M. von der: Die deutsche Sozialdemokratie 1989/90 (Anm. 34), S. 110 ff.
[46] Vgl. ebenda, S. 116 ff.

aufgenommen. Eingang fand dagegen u.a. eine 30-Prozent-Quote für Frauen in Parteigremien.[47]

Mit diesem Parteitag legitimierte die SPD ihre Parteiführung und schrieb ihre organisatorische Ausrichtung fest. Auch wurde der Hauptgegner der anstehenden Wahlen klar umrissen: die Nachfolgepartei der SED, die Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS). Weiterhin wurde die enge Verbindung zur West-SPD betont und durch die Wahl Willy Brandts zum Ehrenvorsitzenden symbolisiert. Mit den angeführten Beschlüssen und der Wahl des Parteivorstandes kann man sagen, dass die Entwicklungsphase der SPD in der DDR ihren Abschluss fand. Es ist ein deutlicher Wandel der Anfangsvorstellungen, welche die Gründer von Schwante hatten und den Vorstellungen in Leipzig erkennbar. Im weiteren historischen Verlauf schlug das ernüchternde Ergebnis bei der Volkskammerwahl zu Buche. Hier errangen die Sozialdemokraten, entgegen ihren Hoffnungen, nur knappe 22 Prozent der Wählerstimmen. Auch die folgenden Kommunal- und Landtagswahlen im Mai bzw. Oktober 1990 zeigten keine Stärkung der Partei. Dennoch entschied sich die SPD für eine Regierungsbeteiligung nach der Volkskammerwahl, um so ihren Gestaltungseinfluss auf die deutsche Einheit zu erhalten. Mit der Vereinigung der beiden Parteien der BRD und der DDR am 26./27. September 1990 hörte die ostdeutsche Sozialdemokratie auf, als eigenständige Partei zu existieren. Es lässt sich festhalten, dass die SDP/SPD eine große Anteilnahme bei der Wiedergeburt von freiheitlichen Werten und dem Aufbau der Demokratie im Osten Deutschlands gebührt.[48]

[47] Vgl. ebenda, S. 136 ff.
[48] Vgl. Mühlen, Patrik von zur: Die Gründungsgeschichte der Sozialdemokratie in der DDR (Anm. 25), S. 57 ff.

3. Die Gründung der SDP/SPD in den Bezirken Magdeburg und Halle am Beispiel einzelner Ortsvereine

3.1 Dessau – Sozialdemokratie in der Stadt des Bauhauses

Im Ersten Fallbeispiel erfolgt die Schilderung des anhaltischen Dessaus. Zu erläutern ist, wie in der Stadt des Bauhauses die Sozialdemokratie in Folge der friedlichen Revolution 1989 wiederbelebt wurde. Dessau, eine mittelgroße Stadt im Süden des heutigen Sachsen-Anhalts, konnte vor der Zwangsvereinigung zur SED immerhin ca. 1.600 SPD-Mitglieder aufweisen. In Dessau, wie auch in anderen folgenden Beispielen, gab es schon vor dem Zweiten Weltkrieg bekannte Persönlichkeiten. Eine bekannte Größe stellt hierbei Friedrich Polling (1818-1886) dar. Dieser gilt als erster Arbeiterführer in Dessau und gründete 1848 den ersten Arbeiterverein in Dessau. Ein weiterer Sozialdemokrat, der die Geschicke in Dessau entschieden lenkte, war der aus Berlin stammende Heinrich Peus. Von 1892 bis 1933 vertrat er die SPD maßgeblich in Dessau und Anhalt.[49] Eine dritte zu nennende Dessauer Persönlichkeit ist Gerhart Seger. Dieser war Reichstagsabgeordneter für den Wahlkreis Anhalt I (Stadt Dessau und Region) und galt ab 1928 als prominentester Politiker in Anhalt. Er konnte aber nicht mehr gegen das Ermächtigungsgesetz der Nationalsozialisten stimmen, da er bereits vorher inhaftiert wurde. Nach seiner Flucht aus dem Konzentrationslager Oranienburg, verfasste er die bedeutende Broschüre „Oranienburg“[50]. Diese Veröffentlichung stellte den ersten Bericht eines aus einem Konzentrationslager Geflüchteten dar.[51] Für die SPD zu erwähnen ist natürlich auch Heinrich Deist (1874-1963). Der in Dessau geborene Politiker war von 1919 bis 1932 Ministerpräsident Anhalts und war maßgeblich am Ausbau und der Ansiedlung neuer Industrien in der Region beteiligt. Hier zu nennen sind u.a. die Junkerswerke. An diesen Schilderungen ist zu erkennen, dass in Dessau zwar nie eine sozialdemokratische Mehrheit vorhanden war, aber dennoch bedeutende Vertreter sowohl auf Provinz- als auch auf Reichsebene existierten.

---

[49] Vgl. Hartmann, Helmut: Friedrich Polling (1818-1886). Erster Arbeiterführer in Dessau. In: SPD-Geschichte in Sachsen-Anhalt. Altes und Neues. Hrsg. v. Historischen Kommission des SPD Landesverbandes Sachsen-Anhalt (= Beiträge zur Geschichte der Sozialdemokratie in Sachsen-Anhalt; Heft 3). Magdeburg 2006, S. 44 ff.

[50] Seger, Gerhart: Oranienburg. Erster authentischer Bericht eines aus dem Konzentrationslager Geflüchteten. Karlsbad 1934.

[51] Vgl. Hartmann, Helmut: Der Sozialdemokrat Gerhart Seger (1895-1967) widerstand den Nazis. In: SPD-Geschichte in Sachsen-Anhalt. Anfänge, Widerstand, Neuaufbau. Hrsg. v. Historischen Kommission des SPD Landesverbandes Sachsen-Anhalt (= Beiträge zur Geschichte der Sozialdemokratie in Sachsen-Anhalt; Heft 4). Magdeburg 2008, S. 32 ff.

3.1.1 Die Gründung der SDP in Dessau

Zu den Gründern der SDP in Dessau gehören u.a. Horst Leischner, Roger Voigtländer, Joachim Volger, Silke Umlauft (heute Wallstein) und Albrecht Anspach.[52] Es gelang, Horst Leischner (geboren 1958, Theologe) und Joachim Volger (geb. 1947, Dipl.-Ing. für Elektrolokbau) für ein Interview zu gewinnen. Weiterhin wurde der nur kurze Zeit nach der vollzogenen Gründung eingetretene Hans-Georg Otto, der spätere Dessauer Oberbürgermeister, interviewt.

Der Pfarrer Horst Leischner hegte großes Interesse für Politik und verfolgte mit reger Anteilnahme die Nachrichtensendungen aus der Bundesrepublik. Darüber hinaus entsprachen die Absichten der im Oktober entstandenen SDP seinen Überzeugungen. Auch hatte er aus dem Elternhaus bereits erste Berührungen mit der Sozialdemokratie erfahren. Für ihn tat sich, verbunden mit der sich entwickelnden friedlichen Revolution in der DDR, eine Chance auf, sich politisch einzubringen und mitzuwirken. Diese Chance wollte er trotz möglicher Repressalien seitens des Staates nutzen.[53]

Joachim Volger genoss im Elternhaus eine humanistische Erziehung, dies war für ihn gleichbedeutend mit einer sozialdemokratischen Denkweise. Aus dieser Sichtweise beurteilte er stets politische Ereignisse innerhalb der DDR. Für ihn war es nach der Gründung der SDP in Schwante folgerichtig, nach Gleichgesinnten in Dessau zu suchen, um auch hier einen Stadtverband zu gründen. Sehr schnell begriff er, dass das Neue Forum zwar in Opposition zum System der DDR stand, aber keine wirkliche Option für eine Gegnerschaft zur SED bildete. Daher war für ihn die Gründung einer Partei zwingend notwendig. Zudem gab es weitere Gründe eine sozialdemokratische Partei ins Leben zu rufen. Beispielsweise musste dem alten System ein neues, funktionierendes Gesellschaftssystem entgegengesetzt werden. Auch sah er einen funktionierenden Staat nur möglich, wenn in ihm ein freiheitliches Wirtschaftssystem entstand. Dies bedeutete die Einführung einer sozialen Marktwirtschaft wie sie in der BRD vorherrschte.[54]

Hans-Georg Otto hatte den Glauben an eine deutsche Wiedervereinigung nie aufgegeben und wollte somit in der Phase des Herbst 1989 eine solche aktiv herbeiführen. Da er aus einer Familie stammt, deren Vorfahren SPD-Mitglieder waren und er darüber hinaus ein Verehrer Helmut Schmidts und seiner Politik war, suchte er den Kontakt zu der sich im Aufbau

---

[52] Vgl. Von der SDP zur SPD. Die Gründungsgeschichte der SPD in Dessau vom Herbst 1989 bis Ende 1990. Hrsg. v. SPD-Stadtverband Dessau-Roßlau. Dessau-Roßlau 2009, S. 7 ff.
[53] Vgl. Leischner, Horst: Interview am 1. April 2010.
[54] Vgl. Volger, Joachim: Interview am 9. Januar 2010.

befindlichen SDP in seiner Stadt. Seiner Meinung nach bedurfte es neuer politischer Kräfte, um einen politischen Wandel in der DDR zu gestalten und darüber hinaus die Wiedervereinigung voranzubringen.[55]

Die Gründungsinitiative einer SDP in Dessau ist verbunden mit der Person Horst Leischners. Der evangelische Vikar Leischner traf im Rahmen seines Studiums in Berliner Paulinum im August auf den Mitbegründer der SDP, Konrad Elmer. Von ihm angesprochen erklärte er sich bereit, als Kontaktperson in Dessau zu fungieren. In dieser Hinsicht verteilte er in Dessau bereits im September den Gründungsaufruf der Partei und deren späteres Statut. Der kirchliche Raum, in welchem u.a. für die Partei geworben wurde, stellte die Georgenkirche in Dessau dar. Hier und in der Johanniskirche fanden ab dem 13. Oktober 1989 die Gebete für Frieden, Gerechtigkeit und Demokratie[56] statt. Interessenten für die Gründung in Dessau konnten fortan in Leischners Privatwohnung kommen und Informationen erhalten. Am Abend des 20. Oktober stellte Leischner in der Johanniskirche erstmals die auf DDR-Ebene neugegründete SDP vor.[57]

Am 25. Oktober 1989 fanden im Gemeinderaum der evangelischen Kirche St. Peter in Törten (Ortsteil von Dessau) weitere Gespräche mit SDP-Interessenten statt. Inzwischen gab es auch erste Parteieintritte. Am 27. Oktober wurde in jener Kirche die SDP in Dessau gegründet. Hierzu versammelten sich ca. 12 Personen und wählten einen fünfköpfigen Sprecherrat. Dieser Rat bestand aus den oben genannten Personen: Horst Leischner, Silke Umlauft, Roger Voigtländer, Albrecht Anspach und Joachim Volger[58]. Dabei wurde Horst Leischner zum Ersten Sprecher gewählt. Von da an fanden jeden Mittwoch regelmäßige Treffen der SDP im Törtener Gemeinderaum statt.[59] Es begannen die ersten Tätigkeiten der SDP in Dessau. Man vervielfältigte und verteilte Flugblätter und nahm weiterhin an den *Freitagsdemonstrationen* teil. Diese entwickelten eine für Dessauer Verhältnisse immer größere Anteilnahme. So kamen bei der Demonstration am 3. November ca. 70.000 Menschen auf dem Dessauer Rathausplatz zusammen. Hierbei erklärte die SDP Dessau den Anwesenden u.a. ihre Ziele und Ansichten. Indes beantragte der Sprecherrat der SDP beim Dessauer Magistrat die Zulassung der Partei, um somit eventuelle Repressalien zu vermindern. Auch nahm die Partei im November die thematische Arbeit auf und gründete daraufhin erste Arbeitsgruppen. Am 9.

---

[55] Vgl. Otto, Hans-Georg: Interview am 20. Mai 2010.
[56] In Dessau entwickelte es sich zu einer Art „Tradition“ Freitagsdemonstrationen abzuhalten.
[57] Vgl. Von der SDP zur SPD (Anm. 52), S. 7 f.
[58] Weitere Teilnehmende Personen waren: Harald Wondra, Wolfgang Kühnert, Heinz Hug, Guido Feigenspan, Günter Piechatzek, Tilo Kreideweiß und Horst Bahn.
[59] Vgl. Hartmann, Helmut: Die Neugründung der Sozialdemokratischen Partei in Dessau nach der „Friedlichen Revolution“ 1989. In: 1863-2003. 140 Jahre SPD. Hrsg. v. Historischen Kommission des SPD Landesverbandes Sachsen-Anhalt (= Beiträge zur Geschichte der Sozialdemokratie in Sachsen-Anhalt; Heft 1). Magdeburg 2003, S. 49.

Dezember wurde die SDP Dessau vom Rat der Stadt endlich zugelassen. Somit war die Zeit der „Illegalität“ der SDP in der Stadt beendet. Die SDP leitete innerhalb der Stadt allmählich in den Wahlkampf über und begann mit der Gründung auf Ortsvereinsebene.[60]

3.1.2 Die Entwicklung/Kontinuitätslinien der SDP/SPD im Einheitsjahr 1990

Das Einheitsjahr 1990 begann für die Dessauer SDP mit einer Versammlung des Stadtverbandes. Am 10. Januar des Jahres wurden in Dessau-Törten die bisherigen fünf Sprecher abgelöst. Diese Wahl wurde nötig, da Horst Leischner aus beruflichen Gründen sein Amt nicht mehr ausfüllen konnte. Zum neuen Vorsitzenden wurde Hans-Georg Otto und zu seinem Stellvertreter Joachim Volger gewählt. Weiterhin wurden ein Kassenwart sowie Schriftführer und Beisitzerernannt.[61] Im Februar bekam die SPD nach langer Wartezeit ein Büro zugeteilt. Dieses befand sich in der Bitterfelder Straße 32. Nun endlich konnten die Dessauer auch eine bürotechnische Struktur vorweisen, um somit den nahenden Wahlkampf besser zu bestreiten. Bis dahin beteiligte sich die SPD sowohl an der Mitarbeit des Runden Tisches als auch an der Organisation der Freitagsdemonstrationen in Dessau.[62]
Der Wahlkampf für die Dessauer SPD begann indes mit einer öffentlichen Veranstaltung am 29. Januar 1990. Die im Kristallpalast abgehaltene Versammlung hatte Themen wie die Soziale Marktwirtschaft und das demokratische Wahlrecht zum Inhalt. Im Wahlkampf selbst sah sich die SPD Unterstellungen ausgesetzt, dass sie durch ehemalige SED-Mitglieder unterwandert werden würde. Zudem versuchte die SED-PDS sozialdemokratische Themen zu besetzen, um so Wähler anzuziehen. Für die am 18. März 1990 stattfindende Volkskammerwahl wurde Renate Schlichting auf dem Bezirksparteitag in Halle für Dessau nominiert.[63] Das Volkskammerwahlergebnis war für die SPD Dessau sehr ernüchternd. Sie kam mit 20,4 Prozent der abgegebenen Stimmen lediglich auf den zweiten Platz, hinter der CDU mit fast doppelt so vielen Stimmen (40,1 Prozent). Zudem wurde Dessau nicht durch einen Abgeordneten in der Volkskammer vertreten. Unmittelbar danach begann der Wahlkampf für die im Mai stattfindende Kommunalwahl. Dabei kandidierte Franz Siegfried um das Amt des Bürgermeisters in Dessau. Auch bei dieser Wahl schnitt die SPD sehr schlecht ab. Sie konnte zwar ihr Ergebnis der Wahl im März bestätigen und errang wieder 20,4 Prozent der Stimmen, diesmal jedoch nur an dritter Stelle in der Wählergunst. Stärkste

[60] Vgl. Von der SDP zur SPD (Anm. 52), S. 9 ff.
[61] Vgl. Hartmann, Helmut: Die Neugründung der Sozialdemokratischen Partei in Dessau nach der „Friedlichen Revolution“ 1989 (Anm. 59), S. 52 f.
[62] Vgl. Von der SDP zur SPD (Anm. 52), S. 18.
[63] Vgl. ebenda, S. 19 ff.

Partei wurde wieder die CDU (30 Prozent), erstaunlicherweise gefolgt von einer sehr starken FDP (20,6 Prozent).[64] In die Dessauer Stadtverordnetenversammlung zogen für die SPD u.a. Hans-Georg Otto, Roger Voigtländer und Joachim Volger ein.

Die schlechten Wahlergebnisse waren auch ausschlaggebend dafür, dass die Mitgliederentwicklung des Stadtverbandes nicht weiter anstieg. Infolge dessen zogen sich einige Mitglieder wieder aus dem politischen Geschehen zurück. Derzeit hat der Stadtverband ca. 120 Mitglieder.[65] Was die politische Kontinuität betrifft, kann man für Dessau festhalten, dass zwei Meinungsspektren innerhalb einzelner Ortsvereine existieren. Gemeint ist die politische Strömung beispielsweise in wirtschaftlichen Fragen. Diese Spaltung mündete schließlich 2001 in einen offenen Zwist anlässlich der zweiten Oberbürgermeisterwahl nach der deutschen Wiedervereinigung. Hierbei stritt man sich, ob Hans-Georg Otto oder Holger Patz für das Amt kandidieren sollten.[66] Der nun namentliche Stadtverband Dessau-Roßlau untergliedert sich nach seiner heutigen Struktur in folgende Ortsvereine: der OV Alten-Kochstedt-Mosigkau, OV Mitte-Nord, OV Dessau-Süd, OV Roßlau, OV Siedlung Ziebigk und OV Waldersee-Mildensee. Der Vorsitzende des Stadtverbandes ist derzeit Hans Tschamer.

Die Personen, welche maßgeblich an der Gründung der SDP in Dessau beteiligt waren, sind teilweise noch heute in der Partei aktiv. Einige sind auch aus der SPD ausgetreten. Horst Leischner schloss seine theologische Ausbildung im Predigerseminar ab und ist heute Jugendpfarrer in Köthen. Roger Voigtländer arbeitet heute in einer Paderborner Unternehmensberatung. Roger Voigtländer verzog ebenfalls und arbeitet heute in der Schweiz in einer Firma für Gießereitechnik. Joachim Volger wohnt noch heute in Dessau und arbeitete bei der Deutschen Bahn AG in der Lokomotiventwicklung. Silke Umlauft, heute Wallstein, ist Schauspielerin in Dessau.[67] Hans-Georg Otto wurde in der ersten Legislaturperiode des Dessauer Stadtrates Fraktionsvorsitzender der SPD. 1994 wurde er zum Oberbürgermeister der Stadt Dessau gewählt und behielt dieses Amt bis 2001 inne. Er trat in Folge der oben beschriebenen Streitigkeiten aus der SPD aus.[68]

---

[64] Vgl. Hartmann, Helmut: Die Neugründung der Sozialdemokratischen Partei in Dessau nach der „Friedlichen Revolution“ 1989 (Anm. 59), S. 54 f.
[65] Vgl. Leischner, Horst: Interview am 1. April 2010.
[66] Vgl. Volger, Joachim: Interview am 9. Januar 2010.
[67] Vgl. ebenda.
[68] Vgl. Otto, Hans-Georg: Interview am 20. Mai 2010.

3.1.3 Der Einfluss von „Außen“ - Die Kirche, Westkontakte und eintrittswillige ehemalige SED-Mitglieder

Der kirchliche Einfluss hatte in Dessau eine zentrale Rolle. Die Kirchen in denen die Freitagsdemonstrationen stattfanden waren u.a. die Georgen- und Johanniskirche. Zudem wurde der Stadtverband Dessau in den kirchlichen Räumen der Gemeinde in Dessau-Törten gegründet. Die Dessauer Gründung wurde darüber hinaus vom Kreisoberpfarrer Alfred Radeloff unterstützt. Wie beschrieben, war der maßgebliche Initiator der SDP in Dessau der Vikar Horst Leischner. Dieser kannte durch seine theologische Ausbildung demokratische Methoden und konnte diese auch bei der Gründung anwenden. Die Kirche bildete auch in Dessau das Schutzdach, somit war es möglich gewesen, mit erheblich größerem Risiko zu agieren, als es ohne die Kirche möglich gewesen wäre.[69] Der Einfluss der Kirche war so zum einen aus pragmatischer Sicht wichtig. Zum anderen war es der moralische und ethische Ansatz der Sozialdemokratie, der mit Ansichten der Kirche, eines aufrechten und über gesellschaftliche Zusammenhänge nachdenkenden Christen, übereinstimmte.[70]

Wie auch in den folgenden Fallbeispielen stammte die größte westliche Hilfe aus der jeweiligen Partnerstadt in der Bundesrepublik. Das war im Falle Dessaus die Stadt Ludwigshafen. Vom dortigen SPD-Stadtverband aus gelangte eine umfangreiche materielle Hilfe und individuelle Unterstützung nach Dessau. Sowohl die erste Büroausstattung als auch ein Fahrzeug, Hilfe bei der Erarbeitung des Wahlkampfprogramms und personelle Hilfe beim eigentlichen Wahlkampf kamen aus der Partnerstadt.[71] Zwischen den beiden Partnerstädten erfolgte ein reger Austausch. Es fuhren abwechseln SPD-Delegationen nach Dessau und umgedreht nach Ludwigshafen. Insgesamt nahm die SPD aus Ludwigshafen mit 14 Mitgliedern an sechs Wahleinsätzen in Dessau teil und unterstützte somit die in demokratischen Wahlkämpfen noch unerfahrenen Parteifreunde in Dessau.[72] Der oben erwähnte Kreisoberpfarrer Radeloff stellte eine weitere „Westverbindung“ her. So kam der Kontakt zu dem gebürtigen Dessauer Franz Siegfried zustande. Dieser nun in Lüneburg lebende Rechtsanwalt unterstützte die Dessauer bei formellen Dingen, wie z.B. der Erstellung der Satzung oder er organisierte kommunalpolitische Lehrgänge usw.[73] Weitere personelle Unterstützung im Wahlkampf erreichte die SPD Dessau durch die spätere Bundesjustizministerin Herta Däubler-Gmelin. Diese trat als Rednerin bei einer

[69] Vgl. Leischner, Horst: Interview am 1. April 2010.
[70] Vgl. Volger, Joachim: Interview am 9. Januar 2010.
[71] Vgl. Otto, Hans-Georg: Interview am 20. Mai 2010.
[72] Vgl. Hartmann, Helmut: Die Neugründung der Sozialdemokratischen Partei in Dessau nach der „Friedlichen Revolution“ 1989 (Anm. 59), S. 51 ff.
[73] Vgl. Otto, Hans-Georg: Interview am 20. Mai 2010.

Wahlkampfveranstaltung auf.[74] Auch Willy Brandt war im Rahmen des Wahlkampfes in Dessau zugegen.

Die Aufnahme ehemaliger SED-Mitglieder war zu jeder Zeit sehr umstritten, auch in Dessau,. Die Aufnahmeproblematik war in Dessau von einem steten Wandel geprägt. Man wollte hier ursprünglich ganz pragmatisch vorgehen. Es sollte sich eine vorsichtige Öffnung vollziehen. Doch man sah sich seitens des politischen Gegners auch in Dessau Kampagnen ausgesetzt, die darauf abzielten, diese Problematik negativ aufzugreifen. Somit blieb die SPD in Dessau fast frei von ehemaligen SED-Mitgliedern.[75] Eine Aufnahme erfolgte durch eine Einzelfallprüfung. Die Vorraussetzung zur Aufnahme war, dass sie keine Beziehung zur Staatssicherheit hatten.[76]

3.1.4 Zwischenfazit

Die Motivlage, in Dessau eine sozialdemokratische Partei zu gründen, war unterschiedlich. Zum einen wollte man dem herrschenden System eine Alternative gegenüber stellen, zum anderen sympathisierte man mit den Leitlinien der westdeutschen Sozialdemokratie. Die Gründung der SDP in Dessau war, neben dem folgenden Beispiel Halle, die früheste unter den zu analysierenden Fällen. Die Gründung vollzog sich hierbei unter kirchlichem Schutz in der Gemeinde in Dessau-Törten. Bemerkenswert an dem Dessauer Fallbeispiel ist, dass dieser Stadtverband beim Rat der Stadt eine offizielle Zulassung beantragte, welcher letztendlich auch stattgegeben wurde.

Die Wahlen in Dessau im Jahre 1990 verliefen aus Perspektive der SPD am schlechtesten unter allen Beispielen. Hier hatte die Partei ihr niedrigstes Wahlergebnis eingefahren. Somit kam auch kein Dessauer Bewerber in die Volkskammer. Betreffend der Mitgliederzahlen erreichte Dessau nicht mehr den Stand der früheren Zeiten. Nur etwa 120 Mitglieder zählt der heutige Stadtverband. Nachdem erwähnten Streit von 2001 spaltete sich der Verband in zwei Lager, wobei bis heute immer wieder einzelne Streitigkeiten an das Tageslicht kommen. Immerhin konnte die SPD mit Hans-Georg Otto von 1994 bis 2001 den Dessauer Oberbürgermeister stellen.

Der kirchliche Einfluss bestand in Dessau in der Person Horst Leischners, in dessen Gemeinderaum auch die Gründungsveranstaltung stattfand. Unterstützung in materieller und personeller Form resultierte durch die Verbindung mit der Partnerstadt Ludwigshafen. Auch

[74] Vgl. Von der SDP zur SPD (Anm. 52), S. 21.
[75] Vgl. Volger, Joachim: Interview am 9. Januar 2010.
[76] Vgl. Otto, Hans-Georg: Interview am 20. Mai 2010.

traten prominente Politiker wie Herta Däubler-Gmelin und Willy Brandt bei Wahlveranstaltungen auf. Dessau blieb größtenteils frei von Eintritten ehemaliger SED-Mitglieder. Die Aufnahme erfolgte durch Einzelfallprüfung, wichtig war, dass die betreffende Person vorher nicht für die Staatssicherheit gearbeitet hatte.

3.2 Halle – Die sozialdemokratische Diaspora

Im Gegensatz zum Fallbeispiel Magdeburg lässt sich für Halle keine großartige Traditionslinie vor 1933 nachweisen. Zumindest auf administrativer Ebene, wie beispielsweise dem Amt des Oberbürgermeisters, füllte kein SPD-Anhänger dieses Amt aus. Insofern kann man in Halle eher von einer sozialdemokratischen Diaspora reden. Zwar zählte die SPD im Jahre 1945 wieder einen 7.000 Mitglieder umfassenden Stadtverband und hatte schon in den Jahren vor 1933 mit dem Volkspark einen traditionsstiftenden Versammlungsort.[77] Auch bekam die Partei, nach dem Ende des Sozialistengesetzes, beim Parteitag 1890 in Halle ihren endgültigen Namen SPD. Doch konnte sich hier nie ein starker und einflussstiftender Stadtverband wie in Magdeburg herausbilden. Eine bedeutende Hallensische Persönlichkeit in Diensten der SPD sticht dennoch aus der Vergangenheit heraus. Die Rede ist von Franz Peters. Peters, der u.a. für die SPD im Reichstag zu Zeiten der Weimarer Republik agierte, war der unumstrittene Führer der halleschen SPD. Er war auch einer von jenen, die 1933 gegen das Ermächtigungsgesetz der Nationalsozialisten im Reichstag stimmte.[78] In soweit stellte Halle zwar einen Ort dar, an dem die Sozialdemokratie wirkungsvoll Präsenz zeigte, jedoch nicht eine „Bollwerkfunktion“ darstellte, wie es sie in Magdeburg gab. Daher ist zu fragen, unter welchen Gesichtspunkten eine erneute sozialdemokratische Präsenz in den Jahren 1989/90 wiederentstand.

3.2.1 Die Gründung der SDP in Halle

Für das Fallbeispiel Halle standen dem Autor drei Interviewpartner zur Verfügung. Von diesen gehörte nur Christel Riemann-Hanewinckel (geb. 1947, Theologin) zu den

[77] Vgl. Schmidt, Andreas: Zum 60. Jahrestag der Zwangsvereinigung. 27. Januar 1946 – „Heerschau“ der halleschen Sozialdemokratie im Volkspark. In: SPD-Geschichte in Sachsen-Anhalt: Altes und Neues. Hrsg. v. Historischen Kommission des SPD Landesverbandes Sachsen-Anhalt (= Beiträge zur Geschichte der Sozialdemokratie in Sachsen-Anhalt; Heft 3). Magdeburg 2006, S. 40 ff.

[78] Vgl. Schmidt, Andreas: Franz Peters stimmte gegen das „Ermächtigungsgesetz“. In: SPD-Geschichte in Sachsen-Anhalt. Anfänge, Widerstand, Neuaufbau. Hrsg. v. Historischen Kommission des SPD Landesverbandes Sachsen-Anhalt (= Beiträge zur Geschichte der Sozialdemokratie in Sachsen-Anhalt; Heft 4). Magdeburg 2008, S. 38 ff.

ursprünglichen Gründungsmitgliedern. Andere Gründungsmitglieder konnten leider nicht für ein Interview gewonnen werden. Zu den nur kurze Zeit später eingetretenen Mitgliedern der SDP in Halle, aber dafür nicht weniger aussagekräftig Interviewpartnern, gehören: Rüdiger Fikentscher (geb. 1941, HNO-Arzt) und Thomas Felke (geb. 1963, Bauingenieur). Weiterhin gehörten zu der Gründergruppe der SDP in Halle die folgenden zehn Personen: Martin Kölz, Wolfgang Zerfass, Michael Seils, Siegfried Begenau, Bernd Voigtländer, Arne Schemmerling, Klaus-Michael Körner, Helmut Becker, Ulli Hamers und Jens Bittersohl.[79]

Christel Riemann-Hanewinckel war im Jahre 1989 stellvertretende Superintendentin für den Kirchenkreis. In dieser Funktion war sie Ansprechpartnerin für verschiedene in und um Halle agierende Gruppierungen, die unter dem Dach der Kirche arbeiteten. Hier zu nennen sind beispielsweise die „Baugruppe für die Georgenkirche“ oder die Gruppe „Christliche Mediziner in sozialer Verantwortung“. In der Zusammenarbeit mit den verschiedenen Gruppen wurden ihr eine Ablehnung und Auflehnung gegen das bestehende System der DDR immer bewusster. Dies hatte Konsequenzen. So kam es immer wieder zu Problemen zwischen dem evangelischen Kirchenkreis und den Abteilungen für Inneres der Stadt und des Bezirkes Halle. Sie kam auch mehr und mehr zu der Überzeugung, dass der Alleinvertretungsanspruch der SED in Frage gestellt werden müsse. Dies könne einzig und allein durch eine neugegründete demokratische Partei erfolgen.[80]

Rüdiger Fikentscher vollzog die Gründung der SDP in Halle nicht mit. Er trat erst eine Woche nach der Gründung ein. Bereits vorher war er Mitglied des Neuen Forums und erfuhr auf einer Mahnwache in Halle davon, dass sich eine sozialdemokratische Parteigründung vollzog. Er war fest entschlossen, sich politisch zu betätigen. Dabei war die westdeutsche SPD die Partei, der er seit Jahrzehnten die größte Sympathie entgegenbrachte. Für ihn gab es u.a. auch traditionelle Gründe für eine Präferenz zur Sozialdemokratie. Beispielsweise beschaffte er sich schon in den 1960er Jahren das „Godesberger-Programm“ der SPD, auch verfolgte er die Politik in der BRD mit großem Interesse.[81]

Thomas Felke entstammt einem politisch interessierten Elternhaus. Dort wurden zahlreiche Diskussionen über die politische Lage innerhalb der DDR geführt. Unter anderem durch seine Verwandtschaft in der BRD entwickelte er eine Präferenz zur Sozialdemokratie. Die SPD kam hierbei seinen Vorstellungen von Freiheit und sozialer Gerechtigkeit am nahesten. Schon vor 1989 hatte er Kontakt zu oppositionellen Gruppen. So lernte er bei einer Veranstaltung in Bernburg beispielsweise die Oppositionellen Freya Klier und Stefan Krawczyk kennen. Seine

[79] Vgl. Wende.Punkt. Hrsg. v. SPD-Stadtvorstand Halle/Saale. Halle/Saale 2009, S. 1.
[80] Vgl. Riemann-Hanewinckel, Christel: Interview am 19. März 2010.
[81] Vgl. Fikentscher, Rüdiger: Interview am 11. Januar 2010.

grundlegende Überzeugung war, sich selbst zu engagieren und einzubringen. Eine Möglichkeit, dies auch umzusetzen, war der Eintritt in die SDP. Für ihn waren die Blockparteien absolut keine Option.[82]

Gegenüber anderen Städten der DDR zeigte sich in Halle, dass die Gewaltbereitschaft seitens der SED gegenüber Demonstranten größer war. So kam es hier, anders als beispielsweise in Leipzig, am 7. Oktober 1989 auf dem hallenser Marktplatz zu zahlreichen Verhaftungen. Als Reaktion darauf wurde eine Mahnwache in der St.-Georgen-Kirche für die Inhaftierten Hallenser organisiert. Die besagte Kirche bildete sich in Halle als eines der oppositionellen Zentren heraus. Zum Teilnehmerkreis dieser Veranstaltungen gehörten auch zahlreiche Mitbegründer der SDP in Halle. Darüber hinaus existierten Kontakte zu Markus Meckel und Konrad Elmer, zwei der SDP-Mitbegründer von Schwante. Im Oktober kam es in Halle zu ersten Vorstellungsrunden einzelner Bürgerbewegungen. Die SDP präsentierte sich sowohl am 23. Oktober in der hallenser Marktkirche als auch drei Tage später in der Pauluskirche zu Halle. Bei beiden Veranstaltungen war Klaus-Michael Körner der Ansprechpartner für die Partei.[83]

Als Gründungsort für die hallenser SDP-Stadtgruppe fungierte nicht wie in anderen Fällen eine Räumlichkeit der Kirche, sondern eine private Wohnung. Auf den Informationsveranstaltungen und durch mündliches Weitersagen wurde den Interessenten mitgeteilt, dass eine konstituierende Sitzung am 27. Oktober 1989 in der Großen Steinstraße 16 vollzogen werden sollte. Die besagte Wohnung gehörte Uli Hamers. Ingesamt versammelten sich 18 Personen, von denen die oben genannten elf Personen die Gründungsmitglieder stellten.[84] Nach ersten Diskussionen zum Statut der Partei und organisatorischen Anliegen wurde Bernd Voigtländer zum ersten Sprecher und somit Vorsitzenden gewählt. Mit diesem Akt vollzog sich die Gründung der SDP in Halle. Danach begann die Aufbauphase - es mussten nach und nach die notwendigen Strukturen gebildet werden. Hierbei fehlten anfangs jegliche Notwendigkeiten wie Räumlichkeiten, Telefone oder auch Drucktechnik. Die Sitzungen des Stadtverbandes fanden dabei in der evangelischen Studentengemeinde in der Puschkinstraße 27 statt. Diese Sitzungen erfreuten sich so großer Beliebtheit, dass mitunter mehrere hundert Interessenten angezogen wurden. Die erste Sitzung dieser Art fand am 4. November statt. Sie gilt als offizielle Gründung der SDP in Halle.[85] An diesem Tag traten auch Rüdiger Fikentscher und Thomas Felke der Partei bei.

---

[82] Vgl. Felke, Thomas: Interview am 26. Januar 2010.
[83] Vgl. Wende.Punkt (Anm. 79), S. 2 f.
[84] Vgl. Riemann-Hanewinckel, Christel: Interview am 19. März 2010.
[85] Vgl. Wende.Punkt (Anm. 79), S. 3 f.

3.2.2 Die Entwicklung/Kontinuitätslinien der SDP/SPD im Einheitsjahr 1990

Das Jahr 1990 begann für die SDP in Halle mit einer Wahlversammlung zur Wahl eines Stadt- und provisorischen Bezirksvorstandes. Am 3. Januar des Jahres wurde Volker Frenzel zum Vorsitzenden und Petra Hoffmann sowie Rüdiger Fikentscher zu seinen Stellvertretern gewählt. Als weitere verantwortliche Personen wurden Martin Kölz zum Geschäftsführer des SDP-Bezirksverbandes ernannt und Christina Begenau zur Schatzmeisterin gewählt.[86] In diesem Jahr mussten wichtige Aufgaben gleichzeitig erfüllt werden. Zum einen musste die Partei aufgebaut, zum anderen mussten die Wahlen vorbereitet und deren Wahlkampf gestaltet werden. Zudem musste die Partei auch ihre Beteiligung an den Runden Tischen sicherstellen.

In Vorbereitung auf die Volkskammerwahl fand unter dem Motto: *„Wir sind wieder da!“*, mit prominenter Beteiligung von beispielsweise Gerhard Schröder, vom 2. bis 4. Februar der Bezirksparteitag in Halle statt. Erst hier erfolgte die Gründung des SPD-Bezirksverbandes Halle, nachdem bereits im Januar provisorische Ämter für diesen Verband vergeben wurden. Neben der Verabschiedung eines Bezirksstatuts und einer Geschäftsordnung wurde Rüdiger Fikenscher zum neuen Vorsitzenden des Bezirksverbandes gewählt.[87] Das Beispiel Halle zeigt, dass im Gegensatz zum folgenden Fall Magdeburg, der Bezirksverband erst drei Monate nach Gründung des Stadtverbandes gegründet wurde. In Magdeburg wurden sowohl Stadtverband als auch Bezirksverband an einem Tag gegründet. Es kann vermutet werden, dass es im Bezirk Magdeburg einfacher war, eine Strukturgliederung vorzunehmen, als es im Bezirk Halle der Fall war. Im Zuge dessen bekam die SPD Ende Februar auch ein Büro zugeteilt. Dieses befand sich im Reformhaus in Halle in der Großen Klausstraße 11. Hier konnte die SPD erstmals auf eine komplette Büroausstattung zurückgreifen, die z.T. aus Spenden westdeutscher Ortsvereine bestand.[88]

Das schlechte Abschneiden der SPD bei den Volkskammerwahlen brachte auch eine Ernüchterung in Halle hervor. Nachdem sich im Vorfeld der Wahl viele Parteimitglieder eines Sieges gewiss waren, führte das Ergebnis erstmals zu realistischen Denkweisen. Im Bezirk Halle errang die SPD einen Stimmenanteil von 20,8 Prozent und lag damit weit hinter der CDU, die einen Stimmenanteil von 45,1 Prozent auf sich vereinigen konnte. Trotz diesen schlechten Wahlergebnisses zogen aus Halle Gerlinde Kuppe, Bernd Voigtländer und Rüdiger

[86] Vgl. ebenda, S. 5.
[87] Vgl. ebenda.
[88] Vgl. Felke, Thomas: Interview am 26. Januar 2010.

Fikentscher in die letzte DDR-Volkskammer ein.[89] Die Kommunalwahl verlief in Halle ähnlich schlecht wie die Volkskammerwahl und führte zu keinem positiv überzeugenden Ergebnis. Man verbesserte sich zwar leicht auf 21,8 Prozent der abgegebenen Stimmen, die CDU verschlechterte sich drastisch auf nur noch 30,3Prozent, blieb aber (dennoch) die stärkste Partei in Halle.[90]

In Bezug auf eine Kontinuität ist zu sagen, dass der anfangs vermutete Mitgliederzustrom nicht lange anhielt. Es fehlten letztendlich die Strukturen, um Mitglieder dauerhaft zu binden. Zwar stieg die Zahl der Mitglieder von Anfang 1990 bis zum Ende des Jahres von 150 auf ca. 500 Mitglieder. Die Zahl pegelte sich im weiteren Verlauf jedoch auf rund 400 Mitglieder ein und konnte, entgegen den Erwartungen, niemals den Stand aus der Zeit vor 1933 erreichen.[91] Anzumerken ist, dass viele derer, die von Anfang an in Halle dabei sind, einen stabilen Kern bilden und heute noch politische Mandate ausführen. Somit kann man eine personengebundene Kontinuität feststellen.[92] Der Stadtverband Halle untergliedert sich nach seiner heutigen Struktur in folgende Ortsvereine: der OV Halle Mitte, OV Halle Neustadt, OV Halle Nordwest, OV Halle Nordost, OV Halle Ost und OV Halle Süd. Die Vorsitzende des SV Halle ist derzeit Katja Pähle. Seit 2000 zeichnet sich für die hallenser SPD eine Kontinuität im Amt des Oberbürgermeisters ab. Von 2000 bis 2007 war Ingrid Häußler (geb. 1944) Oberbürgermeisterin der Stadt. Von 2007 bis heute bekleidet Dagmar Szabados (geb. 1947) dieses Amt.[93]

Die vom Autor interviewten Personen sind heute noch im Stadtverband Halle aktiv und halten oder hielten darüber hinaus z.T. Mandate in Parlamenten. Christel Riemann-Hanewinckel war von 1990 bis 2009 Bundestagsabgeordnete. Von 2002 bis 2005 auch parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.[94] Rüdiger Fikenscher wurde 1990 in den Landtag von Sachsen-Anhalt gewählt. Von 1990 bis 2002 war er Landesvorsitzender der SPD in Sachsen-Anhalt. Heute ist Fikentscher stellvertretenden Präsident des Landtages von Sachsen-Anhalt.[95] Thomas Felke zog ebenfalls 1990 in den Landtag ein. Bis heute ist er Mitglied der SPD-Fraktion und ist Vorsitzender des Ausschusses für Landesentwicklung und Verkehr.[96] Bernd Voigtländer war viele Jahre stellvertretender

---

[89] Vgl. Wende.Punkt (Anm. 79), S. 6.
[90] Anfrage an die SPD-Fraktion Halle/Saale.
[91] Vgl. Wende.Punkt (Anm. 79), S. 5.
[92] Vgl. Fikentscher, Rüdiger: Interview am 11. Januar 2010.
[93] Vgl. Tullner, Mathias: Halle 1806 bis 2006. Industriezentrum, Regierungssitz, Bezirksstadt; Bd. 2. Halle/Saale 2007, S. 180.
[94] Vgl. Riemann-Hanewinckel, Christel: Interview am 19. März 2010.
[95] Vgl. Fikentscher, Rüdiger: Interview am 11. Januar 2010.
[96] Vgl. Felke, Thomas: Interview am 26. Januar 2010.

SPD-Stadtvorsitzender in Halle. Klaus-Michael Körner wurde nach 1990 Landrat in Neustrelitz und ist seit 1998 Mitglied des Landtages in Mecklenburg-Vorpommern.[97]

3.2.3 Der Einfluss von „Außen“ - Die Kirche, Westkontakte und eintrittswillige ehemalige SED-Mitglieder

Die Kirche spielte in Halle eine außerordentlich große Rolle. Wie erwähnt, war Christel Riemann-Hanewinckel Pastorin; auch andere Gründungsmitglieder waren in der Kirche aktiv. Zudem waren die Kirchen auch in Halle das oppositionelle Zentrum des Herbst 1989. Vor allem die evangelische Kirche stach hier aus der Opposition hervor. Die Kirche bot politische Freiräume, wie es sie woanders in der DDR nicht gab. Institutionellen Einfluss kann man seitens der Kirche auch in Halle nicht finden. Viel mehr stellte sie personelle Ressourcen zur Verfügung. Viele Informationen wurden durch Bekanntschaften von einzelnen Pastoren untereinander ausgetauscht, wodurch der SDP-Gründungsprozess in Halle beschleunigt wurde. Schon bald konnte von einer politischen Dominanz seitens Kirchenvertretern in Halle aber keine Rede mehr sein. Bei den Parteitagen wurde darauf geachtet, dass kein Pfarrer an der Spitze eines Gremiums stand.[98] Weiterhin waren die Themen des Konziliaren Prozesses der evangelischen Kirchen deckungsgleich mit vielen Zielen der SPD der Bundesrepublik. Somit ist es nicht verwunderlich, dass viele Christen sich der SPD nahe fühlten. Durch die synodale Praxis der evangelischen Kirche waren viele Gemeindemitglieder auch mit den Prinzipien einer Demokratie vertraut.[99]

Die Kontakte zur Bundesrepublik und damit auch zu Ortsvereinen der SPD waren zur Gründung nicht vorhanden. Auch danach entwickelten sich diese Kontakte eher sporadisch und wurden nicht strategisch geplant. Dies stellte einen Fehler seitens der SPD-West dar. Sie hätte die organisatorische Schwäche der SDP besser einschätzen müssen. Es existierten aber schon bald Kontakte nach Karlsruhe. Diese Stadt ist die Partnerstadt von Halle. Darüber hinaus bekam die SDP in Halle Unterstützung durch Kontakte nach München. Das Problematische an diesen Beziehungen war aber beispielsweise, dass praktische Hilfestellungen in Halle nicht so funktionieren konnten, wie in den jeweiligen Ortsvereinen in der BRD. Daher musste sondiert werden, inwieweit diese Hilfe angewendet werden konnte. Prominente Unterstützung aus Westdeutschland erhielten die Hallenser auch durch Besuche westdeutscher Politiker. Wie erwähnt, war Gerhard Schröder, damals Ministerpräsident von Niedersachsen und Klaus von Dohnanyi, damaliger Oberbürgermeister Hamburgs, auf dem

[97] Vgl. Riemann-Hanewinckel, Christel: Interview am 19. März 2010.
[98] Vgl. Fikentscher, Rüdiger: Interview am 11. Januar 2010.
[99] Vgl. Riemann-Hanewinckel, Christel: Interview am 19. März 2010.

SPD-Bezirksparteitag zu Gast.[100] Es entstanden weiterhin persönliche Kontakte nach Göttingen. Alle angesprochenen Hilfen erstreckten sich in erster Linie auf Ratschläge und Unterstützung mit technischem Gerät.[101] Nach der Kommunalwahl im Mai 1990 gewährte der SPD-Stadtverband in Karlsruhe auch ein Training für die gewählten Beigeordneten und für die Fraktion der SPD in Halle.[102] Schwieriger gestalteten sich aber die Beziehungen zwischen den SPD-Partnerbezirken Hannover und Halle. Hier wurden anfangs viele materielle Versprechungen gemacht, aber wenige gehalten. Im Gegensatz dazu gelangte durch eine Spendenaktion der Sozialdemokraten aus dem österreichischen Linz technisches Gerät nach Halle.[103]

Der Umgang mit ehemaligen SED-Mitgliedern wechselte in Halle mehrfach. Aus Selbstschutz, auch in Bezug auf Kampagnen des politischen Gegners, agierte man aber zunehmend vorsichtig. Allgemein sollte der betreffende Ortsverein in der DDR selbst über eine Aufnahme entscheiden.[104] Die Zahl der ehemaligen SED-Mitgliedern, die der SPD beitreten wollten, hielt sich aber in engen Grenzen. Es bestand auch weiterhin die Gefahr, dass die SPD als neu gegründete Partei durch die kadererfahrenen Altgenossen „überrannt“ worden wäre. Vielmehr gab es im Ortsvereinsvorstand nach vorheriger Befragung des Eintrittswilligen Einzelfallentscheidungen. Hier musste erklärt werden welche Funktion und Tätigkeit der betreffende innerhalb der SED ausfüllte. Erst danach wurde über eine Aufnahme entschieden.[105]

3.2.4 Zwischenfazit

Die Gründung der SDP in Halle hatte verschiedene Motive. Zum einen wollte man eine Alternative zur herrschenden SED erreichen, zum anderen traten kirchliche Motive hinzu. Als Gründungsort fungierte hier nicht ein kirchlicher Raum, sondern eine private Wohnung. Das Gründungsdatum stellt hierbei eines der frühesten dar. Am 27. Oktober 1989 war es noch ein sehr großes Wagnis, eine Partei zu gründen. Bezeichnend für dieses Fallbeispiel ist auch, dass der Bezirksverband erst mehr als drei Monate später gegründet wurde. Viele Gründer und kurze Zeit später Beigetretene sind noch heute sowohl in der Stadtpolitik als auch in der Landespolitik aktiv. Dies sind u.a. Gerlinde Kuppe, Rüdiger Fikentscher, Thomas Felke oder auch Christel Riemann-Hanewinckel.

---

[100] Vgl. Fikentscher, Rüdiger: Interview am 11. Januar 2010.
[101] Vgl. Felke, Thomas: Interview am 26. Januar 2010.
[102] Vgl. Riemann-Hanewinckel, Christel: Interview am 19. März 2010.
[103] Vgl. Sturm, Daniel Friedrich: Uneinig in die Einheit (Anm. 42), S. 278.
[104] Vgl. Fikentscher, Rüdiger: Interview am 11. Januar 2010.
[105] Vgl. Felke, Thomas: Interview am 26. Januar 2010.

Die Wahlen im Jahre 1990 brachten für Halle eines der schlechtesten Ergebnisse landesweit ein. Zwar zogen die erwähnten Hallenser Kuppe, Fikentscher und Voigtländer in die DDR-Volkskammer ein, aber von einem Wahlerfolg der SPD in Halle kann man dennoch nicht sprechen. Halle konnte, was die Mitgliederzahlen betrifft, nicht an die Jahre vor der Zwangsvereinigung zur SED herankommen. Die Mitgliederzahlen sind zwar stabil, erreichten jedoch nie einen vierstelligen Bereich. Ein stabiler personeller Teil vorhanden ist dennoch vorhanden. Zudem begründete die SPD in der Stadt seit dem Jahr 2000 eine neuere Traditionslinie. Seit dieser Zeit füllt sie mit den Personen Ingrid Häußlers und Dagmar Szabados´ das Amt des Oberbürgermeisters aus.
Die oppositionellen Zentren Halles stellten z.B. die erwähnte Marktkirche und St.-Georgen-Kirche dar. Von hier ausgehend wurde die Gründungsinitiative der SDP bekannt. Viele Gründer entstammten dem kirchlichen Umfeld und engagierten sich in diesem aktiv. Westliche Hilfe erreichte Halle beispielsweise aus der Partnerstadt Karlsruhe. Persönliche Kontakte bestanden auch nach Göttingen. Diese und weitere erwähnte Beispiele unterstützten die hallenser SPD vor allem in materieller Hinsicht. Ablehnende Haltung gegenüber interessierten Ehemaligen aus der SED formte sich in Halle vor allem aus Gründen des Selbstschutzes. Diesbezüglich hielt sich ein Zustrom in engen Grenzen. Der Ortsverein sollte hier über eine Aufnahme entscheiden.

3.3 Magdeburg – Einstige Hochburg der Sozialdemokratie

Das Fallbeispiel Magdeburg stellt aus traditionsgebundener Sicht ein Vorzeigebeispiel für die Sozialdemokratie dar. Magdeburg hat von je her eine Traditionslinie, die bis zu Beginn des 20. Jahrhunderts zurückreicht. Hier hielt die SPD 1910 und 1929 ihren Reichsparteitag ab. Zudem wurde hier im Jahre 1924 das *Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold* gegründet, welches als Schutzorganisation zur Abwehr von Republikfeinden eintrat. Prominente Sozialdemokraten wurden entweder in Magdeburg geboren, wie beispielsweise Erich Ollenhauer (SPD-Bundesvorsitzender 1952-1964), oder prägten die Entwicklung der Stadt. Von 1919 bis 1933 hatte Magdeburg sozialdemokratische Oberbürgermeister. Hermann Beims (Oberbürgermeister 1919-1931), veranlasste den Bau zahlreicher Sozialwohnungen, wie die heute noch nach ihm benannte *Beimssiedlung* in Magdeburg-Stadtfeld. Eine weitere Bürgermeisterpersönlichkeit ist Ernst Reuter (OB 1931-1933). Auch er leitete als Sozialdemokrat die Geschicke der Stadt und erlangte später eine noch größere Bekanntheit als Regierender Bürgermeister in West-Berlin. Auch die nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges

von den Siegermächten ernannten Oberbürgermeister Otto Baer (OB 1945-1946) und Rudolf Eberhard (OB 1946-1950) waren Sozialdemokraten.[106]

Aus historischer Sicht stellte Magdeburg die „Herzkammer“ der Sozialdemokratie der 1920er und beginnenden 1930er Jahre dar. Hier hatte die Partei zu Zeiten der Weimarer Republik im Wahlbezirk Magdeburg-Anhalt ihren - in Relation gesehen - stärksten Wähleranteil im gesamten Reichsgebiet. Dabei war die SPD-Bezirksorganisation Magdeburg eine der bestorganisiertesten und erfolgreichsten. Sie besaß 400 Ortsvereine, 51.000 Mitgliedern, sieben Tageszeitungen und vier Druckereien. Infolge des Verbotes durch die Nationalsozialisten 1933 und die Zwangsvereinigung mit der KPD 1946 verschwand jedoch auch hier bis 1989 jeglicher sozialdemokratischer Einfluss. Daher ist es interessant zu erfragen, in wie weit sich eine Traditionslinie bis in unsere Tage erhalten hat.

3.3.1 Die Gründung der SDP in Magdeburg

Die Gründungsinitiative zur SDP in Magdeburg ging u.a. von den vom Autor interviewten Wilhelm Polte (geb. 1938, studierter Maschinenbauer), Matthias Ulrich (geb. 1962, studierter Schauspielkünstler) und Hans-Dieter Bromberg (geb. 1948, Dipl. Ing.) aus. Weiterhin waren an der Vorbereitung auch Susanne Seils, Holger Saffier und Berthold Salow beteiligt. Zusätzlich wurden vom Autor die an der Gründungsveranstaltung des SDP-Stadtverbandes Magdeburgs beteiligten Rainer Löhr (geb. 1940, Lehrer für Kunst, Geographie und Sozialkunde) und seine Frau Christel Löhr (geb. 1941, Horterzieherin mit Lehrerausbildung) interviewt.

Wilhelm Polte, auch genannt Willi Polte, wuchs in einem politisch geprägten Elternhaus auf. Hier kam er das erste Mal mit der Sozialdemokratie in Berührung. Oft fiel der Name Kurt Schumacher, dem späteren Parteichef der SPD. Nach dem Zweiten Weltkrieg und den negativen Erfahrungen erhoffte sich Polte einen demokratischen Aufbruch. Dieser jedoch trat in der sowjetischen Besatzungszone, der späteren DDR nicht ein. Der Diktatur der Nationalsozialisten folgte die Diktatur der Kommunisten. Diese Erfahrungen, verbunden mit dem Wunsch einer Deutschen Einheit prägten die Sichtweise Poltes und auch seine politische Präferenz. Seiner Meinung nach versuchte die SPD in den 1950er Jahren am konsequentesten, die Spaltung Deutschlands aufzuhalten. Auch inspirierte ihn die von Willy Brandt angestoßene Ostpolitik. Bereits im Jahre 1960 wurde Polte Mitglied der SPD. Er nutzte einen

---

[106] Vgl. Hausmann, Christian; Zeitz, Stefan: Magdeburg in der Tradition sozialdemokratischer Oberbürgermeister von 1919-2008. In: SPD-Geschichte in Sachsen-Anhalt. Anfänge, Widerstand, Neuaufbau. Hrsg. v. Historischen Kommission des SPD Landesverbandes Sachsen-Anhalt (= Beiträge zur Geschichte der Sozialdemokratie in Sachsen-Anhalt; Heft 4). Magdeburg 2008, S. 64 ff.

Aufenthalt in Berlin, um im Ostbüro der SPD eine ruhende Mitgliedschaft in der Partei zu erwirken.[107]

Matthias Ulrich verband mit den Ereignissen des Frühjahrs 1989 in der DDR eine Art inneres Aufbruchsignal. Der am Magdeburger Theater arbeitende Ulrich empfand den Umstand absurd, dass er und andere am Theater überlegen sollten, wie der 40. Jahrestag der DDR am 7. Oktober des Jahres angemessen künstlerisch begleitet werden sollte. Die Konsequenz daraus waren Auseinandersetzungen mit Vorgesetzen und Kollegen. Da in seiner katholischen Heimatgemeinde St. Sebastian keine derartige Aktivitäten stattfanden, nahm er an den Friedensgebeten im Magdeburger Dom teil. Hier entstand ein erster Kontakt zum Neuen Forum. Jedoch sah er in einer Bürgerbewegung nicht seine politische Zukunft. Die Bewegungen stellten ein Sammelbecken aller Interessen dar. Man hatte hier zwar eine Vorstellung was man ablehnte, aber konkrete Standpunkte, was man befürworte, traten nicht zu Tage. Sein politisches Interesse steigerte sich, als er von einer Kontaktadresse zur SDP im Dom erfuhr. Im Hinblick darauf war er überzeugt, dass nur eine sozialdemokratische Partei in der Lage war die Stärke aufzubringen, um es mit der mächtigen SED und den verbündeten Blockparteien aufzunehmen.[108]

Hans-Dieter Bromberg war seit 1987 in der Umweltbewegung der evangelischen Kirche aktiv. Er empfand die schlechte wirtschaftliche und politische Situation 1989 insofern erdrückend, dass für ihn nur eine grundlegende politische Änderung oder die Ausreise aus der DDR in Frage kam. Für einen Wandel kamen für ihn sowohl sozialdemokratische als auch umweltpolitische Strömungen in Betracht. Mit beiden westdeutschen Parteien, der SPD und den Grünen stimmten seine Vorstellungen überein. Dennoch hatte für ihn anfangs die Gründung einer Grünen Partei im Bezirk Vorrang. Eine Initiativgruppe blieb in dieser Hinsicht jedoch ohne greifbare Ergebnisse. Folglich kam für Bromberg nur eine Unterstützung der SDP in Frage, deren Mitglied er bereits im Oktober 1989 wurde.[109]

Rainer und Christel Löhr hingegen beschreiben, dass sie, wie viele DDR-Bürger, in zwei Welten lebten. In der Öffentlichkeit waren sie Lehrerpersönlichkeiten, im privaten Leben herrschte ein vorrangiges Interesse für die BRD und deren politisches System. In diesem, auch „Nischengesellschaft“ genannten System, hegten beide ein besonderes Interesse an der Sozialdemokratie der Bundesrepublik. Willy Brandt, Helmut Schmidt und Herbert Wehner waren für sie die bestimmenden Persönlichkeiten der von ihnen favorisierten Partei. So war es

---

[107] Vgl. Polte, Wilhelm: Mein Weg zur Sozialdemokratie. In: SPD-Geschichte in Sachsen-Anhalt: Altes und Neues. Hrsg. v. Historischen Kommission des SPD Landesverbandes Sachsen-Anhalt (= Beiträge zur Geschichte der Sozialdemokratie in Sachsen-Anhalt; Heft 3). Magdeburg 2006, S. 29 f.

[108] Vgl. Ulrich, Matthias: Interview am 1. März 2010.

[109] Vgl. Bromberg, Hans-Dieter: Interview am 3. Mai 2010.

für sie selbstverständlich, sich an der Gründung einer sozialdemokratischen Partei zu beteiligen.[110]

Die Aktivitäten zur Gründung der SDP nahmen ihren Anfangspunkt in und um den Magdeburger Dom. Im Rahmen der dortigen Montagsdemonstrationen erfolgte am 9. Oktober 1989 ein Besuch der Veranstaltung durch Konrad Elmer. Elmer, der zur Gründungsgruppe von Schwante angehörte, lud Interessenten zur Kontaktaufnahme für den folgenden Tag nach Niederndodeleben ein. An diesem Ort, in der Nähe von Magdeburg, befand sich die „Ökumenische Begegnungs- und Bildungsstätte“, welche vom Pfarrer Markus Meckel geleitet wurde, ebenfalls Mitbegründer der SDP in Schwante. Am besagten 10. Oktober trafen sich Interessierte in Niederndodeleben. Man war sich untereinander unbekannt und auch unsicher, ob Mitarbeiter der Staatssicherheit vor Ort waren. Ergebnis dieser Zusammenkunft war, dass beschlossen wurde sowohl einen SDP-Bezirksverband Magdeburg als auch einen Stadtverband für Magdeburg zu gründen.[111]

Zwei Aufgaben waren mit der Gründungsinitiative verbunden. Zum einen musste eine Werbung um Mitstreiter für die Gründung begonnen und damit Öffentlichkeitsarbeit betrieben werden. Zum anderen musste der revolutionäre Veränderungsdruck gegenüber dem Staat, beispielsweise in Form von Demonstrationen, aufrechterhalten werden. Praktisch bedeutete dies z.B. eine Mitarbeit der „Beratergruppe Dom“. Diese koordinierte die Vorbereitungen zu den Montagsdemonstrationen. Weiterhin mussten für Großveranstaltungen beispielsweise Plakate und Transparente gefertigt sowie Reden geschrieben werden. Auch erfolgte eine Teilnahme an den sich bildenden Runden Tischen. Dabei saßen zwei Mitglieder der Gründungsgruppe am Runden Tisch des Bezirkes Magdeburg, Willi Polte hingegen an jenem für die Stadt Magdeburg. Es wurden zudem Mitarbeiter entsandt, die in dem Bürgerkomitee mitarbeiteten, welches sich um die Entmachtung der Dienststellen der Staatssicherheit bemühte.[112]

Neben den erwähnten Aktivitäten rückte die Gründung der SDP in Magdeburg im November 1989 in greifbare Nähe. Am 9. November trafen sich im Keller des Hauses von Willi Polte die Interessenten, um die Gründungsversammlung zu planen. Grundsätzliche Fragen wurden geklärt und es wurde beschlossen, dass die Veranstaltung am 18. November stattfinden sollte.[113] An diesem Tag fand die Gründung des SDP-Regionalverbandes (woanders Bezirksverband genannt) sowie des SDP-Stadtverbandes Magdeburgs statt. Dabei wurde der Gründungstermin immer wieder verschoben, da Markus Meckel den programmatischen

[110] Vgl. Löhr, Rainer und Christel: Interview am 11. Februar 2010.
[111] Vgl. Polte, Wilhelm: Mein Herbst 89! Magdeburg 2008; bisher unveröffentlichtes Manuskript, S. 2 ff.
[112] Vgl. ebenda, S. 4 ff.
[113] Vgl. ebenda, S. 7.

Vortrag halten sollte. Da dieser aber aufgrund seiner Tätigkeit bei der SDP auf DDR-Ebene oft zwischen Magdeburg und Berlin pendelte, kam erst dieser späte Termin zum Tragen. Als Gründungsort wurde der Gemeindesaal der evangelischen Altstadtgemeinde gewählt.[114] Über 100 Personen hatten sich hier eingefunden und nahmen an der Veranstaltung teil. Zum Vorsitzenden sowohl des Regional- als auch Stadtverbandes wurde Willi Polte gewählt. Schatzmeisterin des Regionalverbandes wurde Susanne Seils, die auch maßgeblichen Anteil an der Erarbeitung der Wahlordnung hatte. Holger Saffier wurde Geschäftsführer des Verbandes.[115] Mit der Öffentlichkeitsarbeit für den Stadtverband wurde Matthias Ulrich betraut.[116] Weiterhin wurde beschlossen, dass die SDP nun flächendeckend innerhalb der Stadt Magdeburg arbeiten muss. Hierzu wurden Verantwortliche für die einzelnen Stadtgebiete benannt.[117]

3.3.2 Die Entwicklung/Kontinuitätslinien der SDP/SPD im Einheitsjahr 1990

Sowohl der Stadt- als auch der Regionalverband der neugegründeten SDP zogen im Früher 1990 in ein Gebäude an der Bürgelstraße 1. Dieses war zuvor der Sitz der SED-Bezirksleitung Mitte. Das Gebäude, in dem sich nun die Räumlichkeiten der SDP befanden, sollte in der Folgezeit den Namen Ernst-Reuter-Haus bekommen. Allein hieran lässt sich schon das Traditionsbewusstsein der Magdeburger erkennen. Im Einheitsjahr 1990 beteiligte sich die Partei auch in Magdeburg an der Mitarbeit verschiedener Institutionen. Hier zu nennen ist beispielsweise der Runde Tisch.

Die erste größere politische Versammlung der SDP des Jahres 1990 war eine Delegiertenkonferenz, die im Januar in der ehemaligen Parteihochschule der SED in Magdeburg stattfand. Diese Konferenz diente hauptsächlich zur Klärung von Organisations- und Satzungsfragen.[118] In Vorbereitung auf die anstehenden Wahlen absolvierten einige Magdeburger SDP-Mitglieder mehrmals pro Woche Termine bei Podiumsdiskussionen, Talkshows und auch Pressegesprächen.[119] Willi Polte wurde beispielsweise als Kandidat für die Volkskammerwahl nominiert. Andere, wie Rainer und Christel Löhr oder Hans-Dieter Bromberg, traten bei den Kommunalwahlen am 6. Mai 1990 an.

---

[114] Vgl. Löhr, Rainer und Christel: Interview am 11. Februar 2010.
[115] Vgl. Polte, Wilhelm: Mein Herbst 89! (Anm. 111), S. 8ff.
[116] Vgl. Ulrich, Matthias: Interview am 1. März 2010.
[117] Vgl. Löhr, Rainer und Christel: Interview am 11. Februar 2010.
[118] Vgl. Höppner, Reinhard: Von den Anfängen der SPD in der DDR. In: SPD-Geschichte in Sachsen-Anhalt. Anfänge, Widerstand, Neuaufbau. Hrsg. v. Historischen Kommission des SPD Landesverbandes Sachsen-Anhalt (= Beiträge zur Geschichte der Sozialdemokratie in Sachsen-Anhalt; Heft 4). Magdeburg 2008, S. 52 f.
[119] Vgl. Ulrich, Matthias: Interview am 1. März 2010.

Die erwähnte Volkskammerwahl brachte für die SPD ein ernüchterndes Ergebnis. Im Bezirk Magdeburg hatte sie gerade einmal einen Stimmenanteil von 27,5 Prozent. Damit stellte sie in diesem Bezirk zwar die zweite Kraft hinter der CDU (44,2 Prozent), blieb aber weit hinter ihren Erwartungen zurück.[120] Aus Magdeburger Sicht vertraten immerhin Willi Polte und Susanne Seils die Stadt ab März in der Volkskammer. Deutlich besser schnitt man hingegen bei der Kommunalwahl ab. Die SPD lieferte sich mit der CDU ein „Kopf-an-Kopf-Rennen". Man erhielt einen Stimmenanteil von 33,7 Prozent und lag somit knapp vor der CDU, welche 32,5 Prozent der Wählerstimmen auf sich vereinigen konnte.[121] Damit war der Weg frei zur Wahl Willi Poltes zum Magdeburger Oberbürgermeister. Magdeburg hatte zum ersten Mal seit 1933 wieder einen frei gewählten, sozialdemokratischen Oberbürgermeister. Das Ehepaar Löhr sowie Hans-Dieter Bromberg wurden infolge der Kommunalwahl in die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Magdeburg gewählt.

In Folge der Wahlen ließen sich auch in Magdeburg keine dynamischen Mitgliederzahlen vorweisen. Die Zahl der Mitglieder hält sich zwar bis heute konstant bei ca. 400 Personen, jedoch kommen diese Zahlen niemals an die erwähnten Mitgliedermassen vor 1933 heran. Der Stadtverband Magdeburg wies in seiner weiteren Geschichte eine Untergliederung in einzelne Ortsvereine auf. Diese sind: der OV Magdeburg Nord, OV Magdeburg Ost, OV Magdeburg West, OV Magdeburg Stadtfeld, OV Magdeburg Mitte, OV Magdeburg Sudenburg und OV Magdeburg Reform/Südost. Der Vorsitzende des SV Magdeburgs ist seit 2001 Norbert Bischoff. Bischoff, gleichzeitig Minister für Gesundheit und Soziales von Sachsen-Anhalt, war ebenfalls einer derer, die der Gründung des Stadtverbandes 1989 beiwohnten.

Bezüglich dem Verbleib der Gründungsmitglieder kann man festhalten, dass alle vom Autor befragten Personen immer noch Mitglieder der SPD sind. Willi Polte wurde, 1990 in die letzte Volkskammer der DDR gewählt und im selben Jahr Oberbürgermeister der Stadt Magdeburg. Aus Altersgründen schied er 2001 aus dem Amt und machte Platz für einen weiteren sozialdemokratischen OB, Lutz Trümper (geb. 1955). Von 2002 bis 2006 war Polte Mitglied des Landtages von Sachsen-Anhalt. Hans-Dieter Bromberg wurde später Fraktionsvorsitzender der SPD im Magdeburger Stadtrat. Rainer Löhr ist ebenfalls in der Stadtratsfraktion aktiv und arbeitet zudem als Lehrer am Ökumenischen Domgymnasium zu Magdeburg. Seine Frau Christel arbeitete von 1994 bis 2002 als Mitarbeiterin eines Landtagsabgeordneten. Weiterhin arbeitet sie in verschiedenen Arbeitsgemeinschaften der

[120] Vgl. Zehn Jahre SPD Stendal. 04.12.1989 – 04.12.1999. Hrsg. v. SPD-Ortsverein Stendal. Stendal 1999, S. 13.
[121] Vgl. CDU und SPD bestimmen nun auch in den Rathäusern. In: Volksstimme Stendal (07.05.1990), S. 1.

SPD mit. Matthias Ulrich war von 1990 bis 1994 Pressesprecher des Magdeburger Oberbürgermeisters. Nach weiteren Pressesprecherarrangements, u.a. als Leiter der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit für die Bundesgartenschau 1999 in Magdeburg, machte er sich selbstständig.[122]

3.3.3 Der Einfluss von „Außen“ - Die Kirche, Westkontakte und eintrittswillige ehemalige SED-Mitglieder

Der kirchliche Einfluss in Magdeburg machte sich vor allem durch den Ausgangspunkt der Friedensgebete im Umfeld des Domes bemerkbar. Der Magdeburger Dom war der zentrale Punkt, an dem die Gründungsmitglieder der SDP ihren Kontaktpunkt fanden. Ferner waren viele Gründungsmitglieder in der Kirche aktiv. Das Dach der Kirche stellte auch in Magdeburg den Hort der Ideen dar, aus dem neue Ansichten entsprangen. Speziell die evangelische Kirche bot Hilfestellung für die Gründungsveranstaltung, die in der Altstadtgemeinde statt fand. Die Kirche stellte die ordnende Hand dar. Das Verhandlungsgeschick und die Autorität der Kirchenvertreter waren nicht nur in Magdeburg die Garantie für das Gelingen der friedlichen Revolution.[123]
Ein weiterer Einflussfaktor stellten in Magdeburg vorhandene Westkontakte dar. Hierbei ist in erster Linie die Städtepartnerschaft zwischen Magdeburg und Braunschweig anzuführen. Magdeburg hatte schon vor 1989 eine Partnerschaft zu dieser niedersächsischen Stadt. Dabei spielte diese besonders in materieller Hinsicht eine Rolle. Die junge SDP in Magdeburg wurde beispielsweise mit Büromaterialien und technischen Geräte von der Braunschweiger SPD ausgestattet. Diese Verbindung leistete weiterhin organisatorische und inhaltliche Hilfestellung. Für die Wahlkämpfe des Jahres 1990 bekam man aus Braunschweig zusätzlich einen Wahlkampfbus zugeteilt, mit Hilfe dessen die Partei aktiv Wahlwerbung mittels aufgesetzter Laufsprecher machen konnte. Ein weiterer wichtiger Kontakt in Verbindung mit Braunschweig war die Person Gerhard Glogowskis, dem damaligen Braunschweiger Oberbürgermeister und späteren niedersächsischen Ministerpräsident. Dieser veranlasste, dass nach der Kommunalwahl bewährtes Verwaltungspersonal zeitweise in das Magdeburger Rathaus entliehen wurde. Somit konnten schnell handlungsfähige Kommunalstrukturen aufgebaut werden.[124] Zusätzlich zu dieser eben geschilderten Partnerschaft wurde dem

[122] Vgl. Ulrich, Matthias: Interview am 1. März 2010.
[123] Vgl. Löhr, Rainer und Christel: Interview am 11. Februar 2010.
[124] Vgl. Ulrich, Matthias: Interview am 1. März 2010.

Regionalverband Magdeburg ein Partnerschaftsbezirk seitens des SPD-West zugewiesen. Diese Rolle sollte dem Bezirksverband Braunschweig zukommen.[125]

Die prominenteste westdeutsche Unterstützung kam jedoch von einigen hochrangigen SPD-Politikern. So fand beispielsweise am 19. Dezember 1989 eine Großkundgebung mit Willy Brandt auf dem Magdeburger Domplatz statt. Zu diesem Ereignis waren ca. 65.000 Menschen erschienen, um den Initiator der Ostpolitik zuzuhören. Während seiner Rede machte er im Bezug auf die sich anbahnende Wiedervereinigung u.a. „[...] die Feststellung: ‚Der Zug der Einheit rollt und wir müssen aufpassen, dass keiner unter die Räder kommt.'"[126]. Eine ganz andere Botschaft vermittelte der Besuch von Oskar Lafontaine im März 1990. Dieser sprach im Vorfeld der Volkskammerwahl ebenfalls auf dem Magdeburg Domplatz. Er sprach, bezogen auf die mögliche Deutsche Einheit nicht, wie Helmut Kohl, von „blühenden Landschaften". Er redete klare Worte ohne große Versprechen. Jedoch war diese realistische Sichtweise nicht die beste Möglichkeit, um potenzielle Wähler anzusprechen.

Mit einer Aufnahme eintrittswilliger, ehemaliger SED-Mitglieder musste auch in Magdeburg besonders vorsichtig umgegangen werden. Auch hier sah sich die SPD mit Kampagnen seitens politischer Gegner konfrontiert. Bis zur Kommunalwahl im Mai 1990 sollte generell eine Neuaufnahme ausgeschlossen werden. Nach diesem Termin sollten in den Ortsvereinen gewisse Kriterien gelten. Jedes ehemalige Mitglied sollte sich dazu vorstellen, sollte Beweggründe des Austritts aus der SED nennen. Danach sollte unter den Mitgliedern die Aufnahme in die SPD abgestimmt werden.[127] Generell hatten man aber kaum eine Chance zur Aufnahme. Aus strategischer Sicht wäre es sicherlich sinnvoll gewesen, ab 1991 von dieser Praxis abzusehen, da man so möglicherweise reformorientierte Kräfte gewonnen hätte. Diese anfangs getroffene Maßnahme diente auch dem Zweck, Staatssicherheitsbedienstete auszuschließen. Denn diese Gefahr war im Zuge einer Aufnahme ehemaliger SED-Mitglieder nicht von der Hand zu weisen.[128]

3.3.4 Zwischenfazit

Die Motive für die Gründung einer sozialdemokratischen Partei waren in Magdeburg vielseitig. Oft wurde auf jüngere Themen wie Brandts Ostpolitik zurückgegriffen. Außerdem spielte die umweltpolitische Komponente eine wichtige Rolle. Einige, wie Willi Polte

---

[125] Vgl. Archiv der sozialen Demokratie. Sammlung Huthmacher. Ergänzung der Partnerschaftsstrukturen mit der SPD in der DDR, S. 2.
[126] Polte, Wilhelm: Mein Herbst 89! (Anm. 111), S. 9.
[127] Vgl. Löhr, Rainer und Christel: Interview am 11. Februar 2010.
[128] Vgl. Ulrich, Matthias: Interview am 1. März 2010.

versuchten, auf die sozialdemokratische Tradition vor 1933 zurückzugreifen. Ein Symbol hierfür ist beispielsweise die Wahl des Namens „Ernst-Reuter-Haus“ für den Sitz des späteren Landesverbandes. In Magdeburg wurde nicht nur der Stadtverband gegründet, sondern zeitgleich auch der Regionalverband für den Bezirk. Viele heute bekannte SPD-Politiker oder ehemalige Funktionsträger entstammen dem Umfeld der Gründungsinitiative. Beispielhaft zu nennen sind hier: Reinhard Höppner (Ministerpräsident Sachsen-Anhalts 1994-2002), Markus Meckel (Mitbegründer der SDP und letzter Außenminister der DDR) und Katrin Budde (heutige Vorsitzende der SPD Sachsen-Anhalt).

Im landesweiten Durchschnitt verliefen die Wahlen des Jahres 1990 in Magdeburg erfolgreicher als anderswo. Bei den Kommunalwahlen errang die SPD die Mehrheit. Erstmals seit 1933 stellte die SPD nach der Kommunalwahl wieder einen frei gewählten Oberbürgermeister in Magdeburg. Die Stärke der SPD in dieser Region kann zum einen auf die starke Tradition vor 1933 zurückzuführen sein. Auf der anderen Seite ist der große Wählerzuspruch auch der Person Willi Poltes geschuldet. Jedoch konnte die Sozialdemokratie nie an die außergewöhnliche Situation der frühen Jahre des letzten Jahrhunderts anknüpfen. Eine derart große Mitgliederzahl konnte nicht wieder errungen werden. So gestalten sich die Mitgliederzahlen zwar stabil, weisen aber keine steigende Tendenz auf.

Ein kirchlicher Einfluss schlug sich in Magdeburg mehrfach in der Wahl der Veranstaltungsorte nieder. War es anfangs der Magdeburger Dom an dem Oppositionelle zusammenkamen, so diente später die evangelische Gemeinde als Ort für die Gründung der SDP in Magdeburg. Hilfe durch westliche Kontakte erhielt Magdeburg z.B. aus der Partnerstadt Braunschweig. Unterstützung in personeller Art erhielt Magdeburg vor allem durch den Besuch von Willy Brandt im Dezember 1989. Wie schon erwähnt, wiesen ihm viele Menschen eine hoffungsstiftende Identifikationsrolle zu. Die Aufnahme ehemaliger SED-Mitglieder gestaltete sich in Magdeburg derart, dass man niemanden vor der Kommunalwahl 1990 aufnehmen wollte. Danach sollte es den Ortsvereinen obliegen, positiv oder negativ über eine Aufnahme zu entscheiden.

3.4 Stendal – Sozialdemokratie in der „schwarzen“ Altmark

Stendal und damit verbunden die Altmark, zu der diese Stadt gehört, stellten schon immer ein agrarisch strukturiertes Gebiet dar. Demzufolge ist hier historisch gesehen eher ein konservativ geprägtes Wählerpotential anzutreffen. Daher ist interessant, zu erfahren unter welchen Umständen gerade hier eine sozialdemokratische Partei Fuß fassen konnte. Der

Ortsverein Stendal stellt das nördlichste zu analysierende Fallbeispiel dar. Dieser Verein liegt im ländlichen Raum, zudem in einer struktur- und einwohnerschwachen Region.

3.4.1 Die Gründung der SDP in Stendal

Zu den Mitgliedern, die in Stendal ein Vorbereitungsteam gründeten, gehörten die vom Autor interviewten Reinhard Weis (geb. 1949, Dipl.-Ing. für Elektroingenieurwesen), Reiner Instenberg (geb. 1962, Dipl.-Theologe) und Volker Stephan (geb. 1938, Tierarzt). Weiterhin gehörte Martin Busch dieser Gruppe an. Zusätzlich wurde Tilman Tögel (geb. 1960, Automatisierungstechniker) interviewt. Dieser stammte zwar ursprünglich aus Uchtspringe und zog erst später nach Stendal, jedoch waren die Kontakte in der Altmark eng gestrickt, so dass die ersten Treffen altmärkischer SDP-Interessenten in dessen Büro stattfanden.
Bezogen auf den Mauerbau empfand Reinhard Weis ein Gefühl des Abgeschnittenseins. Zum einen hatte er Westverwandtschaft in der Eifel, zum anderen im Hinblick auf die katholische Kirche, deren Mitglied er ist. Diese hatte in ihren Bistumsgrenzen nie die deutsche Teilung nachvollzogen. Auch störten ihn die vorgegebenen Scheinwelten der DDR, welche er durch eigene Beobachtung nicht teilen konnte. So entwickelte sich bei ihm die Überzeugung, dass nur durch demokratische Strukturen ein Wandel möglich war. Da Blockparteien für ihn keine Alternative waren, war das Neue Forum ein Schritt in die richtige Richtung, auch wenn diese Bewegung keine parteilichen Strukturen entwickeln wollte. Die Entscheidung für eine sozialdemokratische Partei machte er u.a. an Willy Brandts Ostpolitik fest, die viele andere Sympathisanten ebenfalls ansprach. Aber auch umweltpolitische Ziele waren angesichts der Umweltzerstörungen in der DDR ein Anreiz, sich der neugegründeten SDP anzuschließen.[129]
Reiner Instenberg interessierte sich schon während seines Theologiestudiums für die politischen Verhältnisse in der BRD. Während dieser Zeit nahm er an Diskussionsrunden teil, die sich mit dem politischen Zustand in der DDR und BRD beschäftigten. Hier entstand auch eine erste Prägung zur Sozialdemokratie; beispielsweise in Hinsicht auf die Ost- und Entspannungspolitik. Auch Instenberg ist Katholik. Aus diesem Grund kam für ihn eine politische Betätigung vor der friedlichen Revolution nicht in Frage. Da für ihn die Politik der SED sowie der Blockparteien nicht in Betracht kam, engagierte er sich anfangs ebenfalls im Neuen Forum, stellte aber fest, dass ohne verbindliche Strukturen eine politische Arbeit nicht möglich sei. Da er mit den Positionen der SDP am meisten übereinstimmte, fasste er den Entschluss, in einem Brief an Markus Meckel seine Hilfe anzubieten. Instenberg wurde

[129] Vgl. Weis, Reinhard: Interview am 2. November 2009.

folglich in einer ersten Kontaktliste geführt, die im Bezirk Magdeburg veröffentlicht wurde und ihn als Kontaktperson für die Region Stendal nannte.[130]

Volker Stephan kam mit dem Gründungsaufruf der SDP bereits im September 1989 in Kontakt. Ihm ging es darum, in der DDR demokratische Strukturen zu ermöglichen. Nach diesem Aufruf stand für ihn bereits fest, sich bei einer Gründung der SDP in Stendal einzubringen. Für ihn waren die Blockparteien vollkommen indiskutabel und die Bürgerbewegungen hatten keine feste Struktur. Einzig die SDP erklärte sich schon in ihrem Aufruf dazu, eine Partei gründen zu wollen.[131]

Der Gründung der Stendaler SDP ging das Zustandekommen einer Gründungsinitiative der schon genannten vier Personen voraus. Reinhard Weis, der auch an der Gründung des Bezirksverbandes Magdeburg der SDP am 18. November 1989 teilnahm, entdeckte während dieser Veranstaltung eine ausgelegte Liste zur Gründung der SDP in Stendal. Darauf ersichtlich waren zwei Namen von „Nicht-Stendalern“. Daraufhin fasste er den Entschluss nicht zuzulassen, dass zwei Ortsfremde allein die Initiative übernehmen sollten.[132] Aus diesem Grund trafen sich die vier genannten Personen abwechselnd in deren Wohnungen, um eine Gründungsveranstaltung vorzubereiten. Reinhard Weis und Volker Stephan waren schon seit Jahren durch ihre gemeinsame Chortätigkeit bei St. Nikolaus in Stendal befreundet. Instenberg und Weis kannten sich aus der katholischen Gemeinde St.-Anna in Stendal.[133] Und Martin Busch war mit Reiner Instenberg bekannt. Dieser Kontakt entstand durch die Kontaktadresse Instenbergs, welche Busch im Magdeburger Dom las. Busch suchte daraufhin Instenberg auf, wobei beide ihre Ideen und Absichten austauschten und zu dem Entschluss kamen, einen SDP-Ortsverein in Stendal zu gründen.[134]

Eine erste Gründungsinitiative erfolgte im November 1989. Da aber lediglich sieben Einwohner Stendals erschienen, wurde die Veranstaltung vertagt.[135] Der erneute Gründungsversuch fand am 4. Dezember 1989 statt. Dies erfolgte erfolgte im Gemeinderaum der katholischen Kirche im Mönchskirchhof 4 in Stendal.[136] Wie Reinhard Weis schildert, bekamen die Gründungsinitiatoren damals die Erlaubnis des Propst Walter Wöstmann, in den Räumlichkeiten der Gemeinde ihren Gründungsakt abzuhalten. An diesem Tag war der Versammlungsraum voll und die Gründung konnte vollzogen werden. Dabei hielt Volker Stephan die einführende Hauptansprache, in welcher er das Konzept der Partei erläuterte,

---

[130] Vgl. Instenberg, Rainer: Interview am 6. Januar 2010.
[131] Vgl. Stephan, Volker: Interview am 8. Januar 2010.
[132] Vgl. Weis, Reinhard: Interview am 2. November 2009.
[133] Vgl. Stephan, Volker: Interview am 8. Januar 2010.
[134] Vgl. Instenberg, Rainer: Interview am 6. Januar 2010.
[135] Vgl. Stephan, Volker: Interview am 8. Januar 2010.
[136] Vgl. SDP-Treffen. In: Volksstimme Stendal (01.12.1989), S. 6.

Reinhard Weis leitete die Versammlung. An diesem Abend kamen insgesamt ca. 100 Interessenten zusammen, wobei 52 die Gründungsurkunde unterzeichneten. Um einen geordneten Aufbau zu gewährleisten, entschied sich das Vorbereitungsteam im Vorfeld der Veranstaltung, dass man der Versammlung Vorschläge für Funktionen unterbreiten sollte. So war es vorgesehen, dass Reinhard Weis zum 1. Vorsitzenden, Reiner Instenberg zum 2. stellvertretenden Vorsitzenden, Martin Busch zum Schatzmeister und Volker Stephan zum Pressesprecher gewählt werden sollten. Die weiteren Vorstandsmitglieder sollten aus der Runde ermittelt werden. Als die Vorschläge angenommen wurden und die Gründungsurkunde unterzeichnet war, begann der SDP-Ortsverein Stendal zu existieren.[137]

3.4.2 Die Entwicklung/Kontinuitätslinien der SDP/SPD im Einheitsjahr 1990

In der Folgezeit begann die SDP in Stendal, ihre Arbeit aufzunehmen. Die Partei bezog ihr erstes Quartier am Markt 7 in Stendal. Diese Räumlichkeiten wurden vormals durch die SED-Kreisleitung genutzt und gehören heute der Stadtverwaltung Stendal.[138] Auch beteiligte sich die SDP aktiv an der Gestaltung des Runden Tisches in Stendal; dort war sie, neben dem Neuen Forum, die entscheidende Kraft. Wichtigstes Hauptaugenmerk der Partei war das folgende Wahljahr 1990.

Mit einem Informationsabend wurde in Stendal der Wahlkampf eröffnet. Die Veranstaltung lief unter dem Motto: *„1990 – das wird unser Jahr“*. Diese im Januar 1990 im Thälmannsaal stattfindende Versammlung diente zur ersten Orientierung interessierter Bürger im Hinblick auf die Volkskammer- und die anschließende Kommunalwahl. Unter anderem informierte Willi Polte, der zu jener Zeit Vorsitzender des Regionalverbandes des Bezirkes Magdeburg war, über die Ziele der Partei.[139] Für die anstehende Volkskammerwahl wurden auf dem Kreisparteitag der SPD im Februar des Jahres die beiden Stendaler Reinhard Weis und Volker Stephan als Kandidaten nominiert.[140] Jedoch stellte sich das Wahlergebnis aus Sicht der Stendaler SPD und auch der gesamten Partei mehr als enttäuschend dar. Zwar wurden Weis und Stephan in das letzte Parlament der DDR gewählt, die SPD errang im Bezirk Magdeburg jedoch ein schlechtes Ergebnis und reihte sich hinter der CDU ein. Auch die Kommunalwahl am 6. Mai 1990 verlief in Stendal wenig erfreulich. Im Kreis Stendal errang die SPD 25,44 Prozent der abgegebenen Stimmen und lag wieder hinter der CDU (35,80 Prozent).[141] Nach den eben genannten Wahlen wurde es notwendig, einen neuen SPD-Vorstand in Stendal zu

[137] Vgl. Instenberg, Rainer: Interview am 6. Januar 2010.
[138] Vgl. Zehn Jahre SPD Stendal (Anm. 120), S. 45.
[139] Vgl. Kommunalpolitik ist der Weg zu den Bürgern. In: Volksstimme Stendal (11.01.1990), S. 8.
[140] Vgl. SPD-Kreisverband gegründet. In: Volksstimme Stendal (20.02.1990), S. 8.
[141] Vgl. CDU und SPD bestimmen nun auch in den Rathäusern. In: Volksstimme Stendal (07.05.1990), S. 1.

wählen. Da Reinhard Weis und Volker Stephan in der Volkskammer tätig waren und andere Mitglieder Funktionen im Stadt- oder Kreisparlament inne hatten, sollte durch die Wahl eines neuen Vorstandes eine Ämterhäufung verhindert werden. Folglich wurde Michael Kriester neuer SPD-Vorsitzender in Stendal. Seine Stellvertreter wurden Eva-Maria Weis und Hans-Dietrich Thormeier. Zum neuen Schatzmeister wurde Peter Babenzien gewählt.[142]

Die Mitgliederstärke des Ortsvereins wuchs bis zum Frühjahr 1990 auf ca. 150 bis 200 Mitglieder an. Doch infolge der verlorenen Volkskammerwahlen sank die Mitgliederzahl stark auf ca. 100 Mitglieder ab. Zum anderen differenzierten sich die politischen Interessen der Wähler weiter aus. Dies ist ein Indiz für zahlreiche Parteiwechsel. Infolge sich abzeichnender politischer Stabilität ließ das politische Interesse der Bürger nach. Dennoch ist eine Kontinuität der Mitgliederstärke des Ortsvereins Stendal zu erkennen. Bis heute stellt er den größten Ortsverein innerhalb der Altmark dar.[143]

Die Gründungsmitglieder Volker Stephan, Reiner Instenberg und auch Reinhard Weis sind heute noch Mitglieder des SPD-Ortsvereins. Volker Stephan wurde 1994 Oberbürgermeister der Stadt Stendal und füllte diesen Posten bis zu seiner Pensionierung im Jahre 2001 aus. Reiner Instenberg ist seit 1990 Vorsitzender der SPD-Stadtratsfraktion in Stendal. Darüber hinaus war er von 1990 bis 2009 Mitarbeiter der MdBs Reinhard Weis und Marko Mühlstein in deren Bürgerbüros. Reinhard Weis wurde bei den Bundestagswahlen 1990 in den Deutschen Bundestag gewählt. Dort blieb er bis zu seinem selbstbestimmten Ausscheiden im Jahre 2005. Im Bundestag war er verkehrspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion und Vorsitzender der Arbeitsgruppe für Verkehr, Bau und Wohnungswesen. Seit 2009 ist er Stadtrat in Stendal und ist der heutige Vorsitzende des Stendaler SPD-Ortsvereins. Auch Martin Busch ist heute noch aktives SPD-Mitglied. Er verzog berufsbedingt aus Stendal und arbeitete in der Folgezeit bei der Deutschen Bahn AG.[144]

3.4.3 Der Einfluss von „Außen“ - Die Kirche, Westkontakte und eintrittswillige ehemalige SED-Mitglieder

Die Kirche hatte auch in Stendal eine entscheidende Funktion. Sie war zwar nicht direkt an der Bildung von Organisationen beteiligt, aber wie man an den Gründungsmitgliedern erkennen kann, stammten alle vier aus dem kirchlichen Umfeld. Die Gründer wurden im Rahmen der Kirche „politisiert“ und nutzten anfangs das schützende Dach der Kirche für ihre Versammlungen. An der Gründung der SDP in Stendal hatte konkret die katholische Kirche

[142] Vgl. Neuer SPD-Vorstand gewählt. In: Volksstimme Stendal (23.05.1990), S. 8.
[143] Vgl. Weis, Reinhard: Interview am 2. November 2009.
[144] Vgl. ebenda.

einen Anteil. Wie erwähnt, fand die Gründungsveranstaltung in den Räumlichkeiten der katholischen Kirche statt. Weiterhin lernten sich die Gründungsinitiatoren durch kirchliche Verbindungen kennen. Jedoch kann man auch in diesem Fall nicht davon sprechen, dass die Kirche als Organisation Einfluss auf Parteiprogramm oder Personalpolitik hatte. Die Kirche und der Glaube hatten eher eine moralische Motivation für die politische Arbeit.[145] Die Kirche hatte ein fundamental anderes Gesellschafts- und Menschenbild als die SED es hatte. Demzufolge standen zentralen Werte wie Frieden, Freiheit, Menschenwürde und die Bewahrung der Schöpfung in einem starken Kontrast zu den Leitlinien der Staatsführung. Auch daher war es logisch, dass gerade Christen an der Gründung von freiheitlichen Parteien beteiligt waren.[146]

Der Ortsverein Stendal konnte sich des Weiteren über zahlreiche unterstützende Westkontakte freuen. Die Stadt Stendal gehörte ebenfalls zu den Städten innerhalb der DDR, die eine Partnerschaft mit einer bundesdeutschen Stadt hatte. Seit 1988 bestand eine Städtepartnerschaft mit dem nordrhein-westfälischen Lemgo. Diese Stadt hatte zudem einen sozialdemokratischen Bürgermeister und eine SPD-Mehrheit im Stadtrat. Diesbezüglich erhielt der Ortsverein Stendal erhebliche Unterstützung durch sein Pendant in Lemgo. Diese Hilfe bestand beispielsweise aus Tipps zur praktischen Arbeit im politischen Geschäft, etwa zur Führung von Wahlkämpfen. Weitere hilfreiche Kontakte bestanden auch nach Frankfurt/M. Dort befand sich die Partnergemeinde der Domgemeinde Stendal. Dieser Kontakt führte dazu, dass Mitgliedern des Stendaler Ortsvereins und Mitgliedern des Neuen Forums im Rahmen einer Schulungsreihe, kommunalpolitische Themen und Aufgabenstellungen näher gebracht wurden. Persönliche Kontakte bestanden weiterhin über den Stendaler Domchor. Hier existierte eine Verbindung nach Rotenburg/Wümme. Der dortige SPD-Ortsverein bot Unterstützung in Form von technischen Gerätschaften.[147] Die prominenteste Unterstützung seitens der Bundesrepublik erhielten die Stendaler durch den damaligen SPD-Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfahlen. Johannes Rau besuchte im Februar 1990 persönlich die Stadt in der Altmark. Etwa 15.000 Menschen versammelten sich anlässlich dieses Besuches auf dem Stendaler Marktplatz.[148] Rau löste in ähnlicher Weise wie zuvor Willy Brandt bei seinem Besuch in Magdeburg einen Sturm der Begeisterung aus. Auch wenn dieser Besuch im Rahmen des Wahlkampfes stattfand muss festgehalten werden, dass auch Rau zu den Sympathieträgern der SPD-West in der DDR zählten.

---

[145] Vgl. Ebenda.
[146] Vgl. Instenberg, Rainer: Interview am 6. Januar 2010.
[147] Vgl. Weis, Reinhard: Interview am 2. November 2009.
[148] Vgl. Johannes Rau in der Altmarkmetropole. In: Volksstimme Stendal (10.02.1990), S. 3.

Was die Aufnahme ehemaliger SED-Mitglieder anbetrifft, bleibt für das Fallbeispiel Stendal zu sagen, dass aus Gründen des Selbstschutzes in der Anfangszeit keine Ehemaligen der SED aufgenommen wurden. Zu groß war die Angst, dass die noch junge SDP von außen unterwandert werden konnte. Es gab zwar kein generelles Verbot der Aufnahme, jedoch oblag es auch in Stendal dem Ortsverein selbst, ob und wen er aufnahm oder nicht.[149] Auch in Hinblick auf künftige Wahlen musste sich die SPD abgrenzen. Seitens konservativer Parteien gab es gezielte Kampagnen, die versuchten, die SPD in die Nähe der SED zu rücken. In Stendal existierten aber auch Ausnahmefälle. So wurde beim Aufnahmeantrag die Parteizugehörigkeit abgefragt. Bei einer positiven Antwort in Bezug auf vorige SED-Mitgliedschaft gab es ein Gespräch über die persönliche Situation und Motivation mit dem Vorstand. Danach entschied dieser über Aufnahme oder Ablehnung.[150] Machtpolitisch war diese Verfahrensweise falsch, da durch eine nur zögerliche Aufnahme von ehemaligen SED-Mitgliedern eine Art Knick in der Mitgliederentwicklung einsetzte. Die Beitrittsbeschränkungen wurden in der Folgezeit fallengelassen, jedoch ergab sich daraus keine größere Beitrittswelle.[151]

3.4.4 Zwischenfazit

In Stendal kamen vier Gründer zusammen, die sich alle aus ähnlichen Motiven zur Gründung einer Partei bereiterklärten. Man wollte mit Parteistrukturen eine Veränderung bewirken, die über den Charakter einer Bürgerbewegung hinausgingen. Anreiz zur Gründung einer sozialdemokratischen Partei bot u.a. die Ostpolitik, welche durch Willy Brandt eingeleitet wurde. Aber auch umweltpolitische Ziele spielten hierbei eine große Rolle. Innerhalb der vorgestellten Gründungsbeispiele ist die Stendaler Ortsvereinsgründung die späteste. Das gewählte Gründungsdatum, der 4. Dezember 1989, fiel schon in relativ „sichere Zeiten“. Die Möglichkeit einer Verfolgung durch die Staatssicherheit war zwar nicht auszuschließen, aber doch eher unwahrscheinlich.

Die Ergebnisse der Wahlen des Jahres 1990 verliefen auch in Stendal enttäuschend. Zwar konnten die beiden Stendaler Reinhard Weis und Volker Stephan in die DDR-Volkskammer gewählt werden, aber eine erhoffte Stimmenmehrheit blieb aus. Nach dem anfänglich großen Mitgliederzuspruch erfolgte nach den Wahlen wieder ein Abfall in der Mitgliederstatistik des Ortsvereins. Dennoch ist Stendal bis heute der stärkste SPD-Ortsverein der Altmark. Ein

[149] Vgl. SPD nicht für ehemalige SED-PDS-Genossen offen. In: Volksstimme Stendal (27.01.1990), S. 8.
[150] Vgl. Instenberg, Rainer: Interview am 6. Januar 2010.
[151] Vgl. Weis, Reinhard: Interview am 2. November 2009.

Traditionsproblem hat Stendal, indem es sich nicht auf SPD-Genossen früherer Jahre berufen kann. Altgenossen aus der Zeit vor der Zwangsvereinigung 1946 waren hier nicht auffindbar.
Die Kirche hatte in Stendal keinen direkten Einfluss auf das Geschehen. Sie bot wie auch in anderen Fällen das Schutzdach, unter welchem eine Gründung vollzogen werden konnte. Interessant ist die Mischung des Gründerteams. Dieses bestand aus zwei Katholiken und zwei Protestanten. Der Einfluss von Westkontakten hielt sich ebenfalls in engen Grenzen. Zwar hatte der Ortsverein viele Kontakte, wie etwa die nach Lemgo, Frankfurt/M. und Rotenburg/Wümme. Zum einen beliefen sich diese Kontakte rein auf materieller Basis, wie die Beschaffung von technischen Geräten. Zum anderen wurden die Kontakte erst lange nach der Gründung intensiviert. Die ablehnende Haltung gegenüber ehemaligen SED-Mitgliedern zeigte sich auch in Stendal. Nur vereinzelt und zögerlich wurden diese aufgenommen.

4. Epilog: Die Gründung des SPD-Landesverbandes in Quedlinburg am 25. August 1990

Nachdem auf Orts- und Stadtebene in den Kreisen und auch in den beiden betreffenden Bezirken die Organisationsstrukturen geschaffen wurden und auch die ersten Wahlen des Jahres 1990 vorüber waren, hatte sich die SPD etabliert und stellte auf verschiedenen Ebenen Abgeordnete. Zu diesem Zeitpunkt existierten in beiden Bezirken 233 Ortsverbände, die in 40 Kreisverbänden (später 24 KV) organisiert waren.[152] Im Verlauf des Jahres zeichnete sich im Zuge der nahenden Wiedervereinigung ab, dass es zu einer Wiedereinführung der Bundesländer kommt. In diesem Fall handelt es sich um das spätere Land Sachsen-Anhalt. Folglich musste aus den beiden SPD-Bezirksverbänden Halle und Magdeburg ein einheitlicher Landesverband[153] entstehen. Hierzu trafen sich im Vorfeld die beiden jeweiligen Bezirksvorsitzenden Rüdiger Fikentscher (Halle) und Willi Polte (Magdeburg). Die Vereinigung wurde in einem gleichstark besetzten Ausschuss vorbereitet. Es wurden im Vorfeld ein gemeinsames Wahlprogramm und eine gemeinsame Liste für die kommende Landtagswahl am 14. Oktober 1990 erstellt.[154]

Die Gründung des Landesverbandes wurde im Rahmen des Landesparteitages (25.-26. August 1990) vollzogen. Die Wahl des Ortes fiel bewusst auf Quedlinburg, einer kleinen, durch seine mittelalterliche Geschichte einzigartigen Stadt im Harz. Hier, quasi auf „neutralem“ Boden, sollte fernab der beiden um das Recht der zukünftigen Landeshauptstadt streitenden Städte Halle und Magdeburg ein gemeinsamer Verband entstehen. Dieser Parteitag war mit einem umfangreichen Programm ausgestattet. Nicht nur wurden die alten Bezirksverbände aufgelöst und ein Landesverband mit allen Satzungsfragen und der Wahl sämtlicher Gremien gegründet. Es wurden auch der Spitzenkandidat für die Landtagswahl gekürt, das Wahlprogramm beschlossen und die Landesliste aufgestellt.[155] Als prominentester Gast und Redner konnte für diesen Parteitag Johannes Rau gewonnen werden.

Zum Vorsitzenden des neuen Landesverbandes wurde mit großer Mehrheit Rüdiger Fikentscher gewählt. Zu seinen gewählten Stellvertretern zählten Reinhard Höppner, Wolfgang Schöll und Ute Fischer. Weiterhin wurden Christina Begenau zur Schatzmeisterin

---

[152] Vgl. Hartmann, Helmut: Die Neugründung der Sozialdemokratischen Partei in Dessau nach der „Friedlichen Revolution“ 1989 (Anm. 59), S. 51.

[153] Der Landesverband besteht aus verschiedenen Organen im einzelnen sind dies: der Landesparteitag, die Landesdelegiertenkonferenz, der Landesvorstand und der Landesparteirat.

[154] Vgl. Die Zukunft hat wieder einen Namen. Sozialdemokratie in Sachsen-Anhalt 1989-1999. Hrsg. v. SPD-Landesverband Sachsen-Anhalt. Magdeburg 1999, S. 44.

[155] Vgl. Fikenscher, Rüdiger: Zwischen König und Bebel. Deutsche Geschichten aus zwei Jahrhunderten. Stuttgart/Leipzig 2006, S. 126 f.

sowie weitere zwölf Beisitzer gewählt. Zum Spitzenkandidaten für die kommende Landtagswahl in Sachsen-Anhalt wurde Reinhard Höppner gewählt.[156] Zudem wurden auch die Delegierten für den Vereinigungsparteitag zwischen SPD-West und der SPD-Ost gewählt, welcher im September des Jahres stattfinden sollte. Anschließend fand die Beratung und Bestätigung der Landesliste für die Landtagswahl, die Wahl der Kandidaten zur kommenden Bundestagswahl und die Bestätigung der dementsprechenden Landesliste statt. Der SPD-Landesverband Sachsen-Anhalt zählt heute ca. 4.200 Mitglieder, Katrin Budde ist seit 2009 die Vorsitzende des Landesverbandes.

Ein kurzer Ausblick der folgenden Ereignisse des Jahres 1990 und der Zukunft des SPD-Landesverbandes sei noch gestattet. Wie oben erwähnt, fand am 26./27. September 1990 der Vereinigungsparteitag der SPD in Berlin. In einem Manifest wurde die Wiederherstellung der Sozialdemokratischen Partei festgestellt und nach nunmehr 44 Jahren existierte wieder eine vereinigte SPD. Am 3. Oktober kam es zur Deutschen Einheit und somit gab es nicht nur eine vereinigte Partei, sondern auch eine gemeinsame SPD in einem vereinten Land. Mit dem 14. Oktober und der Einführung der Länder auf dem Gebiet der ehemaligen DDR, begann das Land Sachsen-Anhalt wieder zu existieren. An diesem Tag erfolgte auch die Landtagswahl. Die SPD enttäuschte mit nur 26 Prozent der Stimmen. Mit diesem Ergebnis musste die Partei in die Opposition gehen, bevor sie 1994 ein stärkeres Ergebnis einfahren konnte. Durch die Tolerierung der PDS wurde eine Minderheitsregierung mit den Grünen möglich, dem *Magdeburger Modell*. Auf diese Weise regierte Reinhard Höppner als SPD-Ministerpräsident bis zum Jahre 2002. Am 2. Dezember 1990 fand die letzte Wahl des Jahres statt. Den Abschluss bildete die erste gemeinsame Bundestagswahl des vereinten Deutschlands. Die SPD mit ihrem Kanzlerkandidaten Oskar Lafontaine belegte auf Bundesebene mit ca. 33,5 Prozent den zweiten Platz hinter der CDU/CSU mit ca. 44 Prozent. Damit blieb die Koalition aus CDU/CSU und FDP bestehen und Helmut Kohl wurde erneut Bundeskanzler. Erst 1998 gab es unter Gerhard Schröder wieder eine sozialdemokratisch geführte Koalition.

[156] Vgl. Privatarchiv Rüdiger Fikentscher. Wahlergebnisse des SPD-Landesparteitags Sachsen-Anhalt am 25./26. August 1990 in Quedlinburg, S. 1.

5. Schlussfolgerungen/Fazit

Die vorangegangene Analyse zeigt exemplarisch, wie sich einzelne Ortsvereine und Stadtverbände in den früheren Bezirken Halle und Magdeburg gründeten. Ausgehend von den Wahlfälschungen des Jahres 1989 begann der endgültige politische und staatliche Niedergang der DDR. Die Verkettung der Ereignisse wurde durch die folgenden Flüchtlingswellen des Jahres erweitert und kulminierte in den erwähnten Massendemonstrationen. Somit wurde ein Umfeld geschaffen in dem es den Oppositionsgruppen möglich wurde, sich zu etablieren und festzusetzen. Der SDP gelang es dabei eine Partei zu gründen, die wesentlichen Einfluss auf die Geschehnisse bis zur deutschen Einheit haben sollte. Es wurde dargestellt, wie mit der Gründung der Partei auf DDR-Ebene die ersten Gründungen auf Bezirks- und Stadtebene vollzogen wurden und damit eine Etablierung im gesamten Land erfolgen konnte.

Die Analyse zeigt, dass auf unterschiedlichster Art und Weise in den Fallbeispielen Dessau, Halle, Magdeburg und Stendal einzelne Gliederungen der Gesamtpartei entstanden. Da Geschichte immer auch die Geschichte einzelner Personen ist, bildeten die geführten Interviews einen wichtigen Bestandteil der Betrachtungen. Aus den verschiedensten Motiven entschlossen sich die Handelnden, eine sozialdemokratische Partei zu gründen. So waren zum einen die von Willy Brandt angestoßene Ostpolitik und die Leitlinien der westdeutschen Sozialdemokratie die wichtigsten Motive. Auch besann man sich teilweise auf sozialdemokratische Traditionen der früheren Jahre. Alle Gründungsinitiativen hatten von Anfang an mit einer fehlenden Infrastruktur zu kämpfen und mussten, im Gegensatz zu den etablierten Parteien, sie erst mühsam aufbauen. Dieser Fakt sollte sich im bevorstehenden Wahlkampf negativ auswirken. Dennoch stellte die SDP eine wirkliche neue Parteigründung dar und war eine der wenigen Alternativen zur SED und den Blockparteien.

Die Wahlen des Jahres 1990 waren für die SDP landesweit eine herbe Enttäuschung und widersprachen den Erwartungen an diese neue Partei. Auffallend ist jedoch ein Nord-Süd-Gefälle in den Wahlergebnissen. Im Bezirk Magdeburg errang die Partei mehr Stimmen der Wähler als beispielsweise im Bezirk Halle. Umgedreht entstanden die Stadtverbände Dessau und Halle früher (Ende Oktober), als der nördlicher gelegene Stadtverband Magdeburg und der Ortsverein Stendal (November und Dezember). Auffallend negativ war auch die Entwicklung der Mitgliederzahlen. Die neugegründeten Fallbeispiele konnten in der Regel nur etwas mehr als 10 Prozent ihrer früheren Mitgliederzahlen erreichen. Dieser Umstand hat mehrere Facetten. Zum einen spielen heutzutage Parteien nicht mehr die identitätsstiftende Rolle der früheren Zeiten. Auch andere Parteien haben Probleme, einen großen

Mitgliederstamm zu entwickeln. Zum anderen ist auf dem Gebiet der ehemaligen DDR eine fehlende politische Tradition festzustellen. Zu lange dauerte die Herrschaft der SED an, als dass man auf der alten Tradition vor dem Zweiten Weltkrieg vollends aufbauen konnte. Darüber hinaus fehlt das klassische Arbeitermilieu, aus welchem die SPD in der Vorzeit ihren größten Zuspruch errang.

Wie beschrieben, sind auch heute noch viele Gründungsmitglieder politisch aktiv und Mitglieder der SPD. In dieser Hinsicht lässt sich eine Kontinuität feststellen. Wie geschildert, folgten einige Personen einer politischen Laufbahn und gaben ihren früheren Beruf auf. Sie wurden im weiteren Verlauf Mitglied des Bundes- oder Landtages, übernahmen politische Ämter wie das des Oberbürgermeisters einer Stadt, wurden Minister oder übernahmen tragende Ämter innerhalb der SPD. Andere wiederum erklommen nicht die große politische Leiter, sondern zogen sich aus der Politik zurück, übernahmen kleinere Ämter in ihren Stadtparlamenten oder wurden Stadträte.

Alle aufgezeigten Fallbeispiele hatten mehr oder weniger einen äußeren Einfluss. In erster Linie war dies die Kirche. Hierbei muss man zwischen der evangelischen und der katholischen Kirche unterscheiden. Die Opposition der 1980er Jahre fand ihren Handlungsraum unter dem Schutzdach der Kirche, denn diese war die einzige Großorganisation der DDR, die ihre innere Autonomie hatte bewahren können. In der evangelischen Kirche überwog die Tendenz, sich gesellschaftlich zu engagieren, wobei auf katholischer Seite eine politisch zurückhaltende Einstellung vorherrschte. Deshalb bot die katholische Kirche ihr schützendes Dach auch erst Ende Oktober 1989 an. Des Weiteren fehlten dieser Konfession die Symbolfiguren, die öffentlich in Erscheinung traten. Dies bedeutete im Umkehrfall aber nicht, dass keine Katholiken an der Revolution beteiligt waren. Zahlreiche Katholiken gehörten zu den aktivsten des Jahres 1989. Innerhalb der evangelischen Kirche existierte zu dieser Zeit allerdings ein „Kirchenleitung-Basis-Konflikt“. Dies bedeutet, dass die kirchliche Beteiligung an der Revolution „von unten“ kam, also von der Basis. Die Kirchenfunktionäre hingegen gingen einer konfliktvermeidenden Strategie mit dem SED-Regime nach.

Der beschriebene Einfluss, vor allem durch die evangelische Kirche, zeigte sich auch innerhalb der geschilderten SDP-Gründungen. Entweder fand die Gründung in den Räumen der Kirche statt oder Kirchenvertreter waren Gründungsmitglieder, im Idealfall fiel beides zusammen. Die Kirche stellte das oppositionelle Zentrum dar, von welchem aus die Gründungen initiiert wurden. Hilfe aus der Bundesrepublik ereilte die Ortsvereine in der Regel aus den Partnerstädten der jeweiligen Stadt. Diese Hilfe beschränkte sich meist auf

materieller Basis oder äußerte sich in Form der Unterstützung bei den anstehenden Wahlen des Jahres 1990. Die ablehnende Haltung gegenüber ehemaligen SED-Mitgliedern war vollkommen berechtigt. Zum einen aus Gründen des Selbstschutzes, immerhin erklärte man die SED als den größten politischen Gegner. Zum anderen aus taktischen Gründen, da, der politische Gegner im Begriff war, in Wahlkampagnen aus der Aufnahme ehemaliger SED-Mitglieder Profit zu schlagen. Letztendlich blieb es dem Ortsverein überlassen, ob aufgenommen wurde oder nicht.

Der dargestellte Themenbereich zeigt einen großen Bedarf an Aufarbeitung. Im Sinne der Parteienforschung ist auf dem Gebiet des heutigen Sachsen-Anhalts für die Zeit der friedlichen Revolution noch nicht viel erarbeitet worden. Es existieren große Lücken, nicht nur in Bezug auf die Geschichte der SPD in Sachsen-Anhalt, und auch in Bezug auf eine Aufarbeitung für alle weiteren Parteien.

Eine mögliche künftige Aufgabe an Historiker ist die Aufarbeitung der SPD-Wiedergründung, nicht nur in exemplarischer Form, sondern in ihrem Gesamtumfang. Zu denken ist hier an eine flächendeckende Schilderung der SDP/SPD-Gründungen im Zuge der Ereignisse der Jahre 1989/1990 in den Bezirken, die heute das Land Sachsen-Anhalt ausmachen. In diesem Sinne stellt die Quellenproblematik dieser Epoche eine besondere Aufgabe an weitere Arbeiten. Schriftliche Aufzeichnung oder Protokolle aus der Gründungsphase sind oft nicht vorhanden oder existieren nur fragmentarisch. Viele wichtige Quellendokumente sind entweder nicht auffindbar oder befinden sich in Privatbeständen einzelner Personen. Die Quellenproblematik spiegelt sich auch in den gesichteten Sachakten des Ministeriums für Staatssicherheit wider, die nicht für eine Verwendung innerhalb des Themas von Nutzen waren. Die Sichtung zeigte nur, dass alle entstandenen SDP/SPD-Gründung bis einschließlich November unter Beobachtung der Staatssicherheit standen und dass operatives Material angefertigt wurde. Es kam allerdings nicht mehr zu einer Verfolgung der einzelnen Gründungen.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Sozialdemokratie im Osten Deutschlands wiedererstanden war. Es lässt sich feststellen, dass jeder Versuch in der Geschichte, die Sozialdemokratie zu vernichten misslang. Am Ende wurden jene, die es versuchten, selbst von der Geschichte eingeholt. Zwei Mal wurde die Sozialdemokratie verboten. Zum ersten Mal 1878 im Rahmen des bismarckschen Sozialistengesetzes (Aufhebung 1890), ein weiteres Mal 1933 mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten. 1946 erfolgte die erwähnte Zwangsvereinigung von SPD und KPD zur SED. Auch damit wurde versucht, die

Sozialdemokratie zu beseitigen. Die Ereignisse von 1989 widersprachen auch diesem Versuch. Was bleibt ist, dass die Idee der Sozialdemokratie immer stärker war.

6. Abkürzungsverzeichnis

ARD	Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland
BRD	Bundesrepublik Deutschland
CDU	Christlich Demokratische Union
CSU	Christlich-Soziale Union
DBD	Demokratische Bauernpartei Deutschlands
DDR	Deutsche Demokratische Republik
FDP	Freie Demokratische Partei
IM	Inoffizieller Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KV	Kreisverband
LDPD	Liberal-Demokratische Partei Deutschlands
MdB	Mitglied des Bundestages
MdL	Mitglied des Landtages
MfS	Ministerium für Staatssicherheit der DDR (umgangssprachlich auch „Stasi“ genannt)
NDPD	National-Demokratische Partei Deutschlands
NF	Neues Forum
OB	Oberbürgermeister
OV	Ortsverein (ist die kleinste ordentliche Gliederung der SPD)
PDS	Partei des Demokratischen Sozialismus
RIAS	Rundfunk im amerikanischen Sektor
SDP	Sozialdemokratische Partei in der DDR
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SI	Sozialistische Internationale

SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SV	Stadtverband (ist der Zusammenschluss verschiedener Ortsvereine innerhalb einer Stadt)
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
ZDF	Zweites Deutsches Fernsehen

7. Quellen- und Literaturverzeichnis

Quellen:

Sozialdemokratische Partei in der DDR (SDP) und Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD-Ost)[157]:

Aufruf zur Bildung einer Initiativgruppe mit dem Ziel, eine Sozialdemokratische Partei in der DDR - SDP - ins Leben zu rufen.

Grundsatzprogramm, Statut. Vorstand der SDP der DDR. Berlin 1990.

Grundsatzprogramm. Vorstand der SPD. Parteitag in Leipzig, 22. bis 25. Februar 1990. Berlin 1990.

Gründungsurkunde der Sozialdemokratischen Partei in der DDR (SDP).

Ja zur deutschen Einheit – eine Chance für Europa. Wahlprogramm der SPD zum ersten frei gewählten Parlament der DDR. Parteitag in Leipzig, 22. bis 25. Februar 1990. Hrsg. v. Vorstand der SPD. Berlin 1990.

Programmatischer Vortrag zur Gründung der Sozialdemokratischen Partei in der DDR (SDP) am 7. Oktober 1989.

SDP - Sozialdemokratische Partei in der Deutschen Demokratischen Republik. Statut der SDP.

SPD - Dokumente und Materialien. Hrsg. v. Vorstand der SPD. Berlin 1990.

Zum Aufruf der Initiativgruppe „Sozialdemokratische Partei in der DDR“.

Quellenmaterial Dessau:

Leischner, Horst: Interview am 1. April 2010.

Mitteldeutsche Zeitung Dessau 1990, Jahrgang 1.[158]

Otto, Hans-Georg: Interview am 20. Mai 2010.

Volger, Joachim: Interview am 9. Januar 2010.

[157] Die Quellenmaterialien sind einzusehen in: Auf den Anfang kommt es an. Sozialdemokratischer Neubeginn in der DDR 1989. Interviews und Analysen. Hrsg. v. Wolfgang Herzberg und Patrick von zur Mühlen. Bonn 1993, S. 313-331; Dokumentation zur Entwicklung der neuen Parteien und Bürgerrechtsgruppen in der DDR (November 1989 – Februar 1990). Hrsg. v. Gesamtdeutschen Institut, Bundesanstalt für Gesamtdeutsche Aufgaben. Bonn 1990, S. 49-95.

[158] Einzusehen im Stadtarchiv Dessau.

Quellenmaterial Halle:

Felke, Thomas: Interview am 26. Januar 2010.

Fikentscher, Rüdiger: Interview am 11. Januar 2010.

Mitteldeutsche Zeitung Halle 1990, Jahrgang 1.[159]

Riemann-Hanewinckel, Christel: Interview am 19. März 2010.

Quellenmaterial Magdeburg:

Bromberg, Hans-Dieter: Interview am 3. Mai 2010.

Löhr, Rainer und Christel: Interview am 11. Februar 2010.

Polte, Wilhelm: Mein Herbst 89! Magdeburg 2008; bisher unveröffentlichtes Manuskript.

Ulrich, Matthias: Interview am 1. März 2010.

Volksstimme Magdeburg 1989, Jahrgang 43.[160]

Volksstimme Magdeburg 1990, Jahrgang 44.

Quellenmaterial Stendal:

Instenberg, Rainer: Interview am 6. Januar 2010.

Stephan, Volker: Interview am 8. Januar 2010.

Tögel, Tilman: Interview am 8. Januar 2010.

Volksstimme Stendal 1989, Jahrgang 43.[161]

Volksstimme Stendal 1990, Jahrgang 44.

Weis, Reinhard: Interview am 2. November 2009.

[159] Einzusehen im Stadtarchiv Halle.
[160] Einzusehen im Stadtarchiv Magdeburg.
[161] Einzusehen im Stadtarchiv Stendal.

Literatur:

Anstiftung zur Gewaltlosigkeit. Herbst ´89 in Magdeburg. Gebete um gesellschaftliche Erneuerung, Demonstrationen, Dokumente, Erinnerungen. Hrsg. v. d. Beratergruppe Dom des Gebets um gesellschaftliche Erneuerung im Magdeburger Dom. Magdeburg 1991.

Auf den Anfang kommt es an. Sozialdemokratischer Neubeginn in der DDR 1989. Interviews und Analysen. Hrsg. v. Wolfgang Herzberg und Patrick von zur Mühlen. Bonn 1993.

Besier, Gerhard: Der SED-Staat und die Kirche 1969-1990. Die Vision vom „Dritten Weg“. Berlin/Frankfurt/M. 1995.

Bickhardt, Stephan: Die Entwicklung der DDR-Opposition in den achtziger Jahren. In: Möglichkeiten und Formen abweichenden und widerständigen Verhaltens und oppositionellen Handelns, die friedliche Revolution im Herbst 1989, die Wiedervereinigung Deutschlands und Fortwirken von Strukturen und Mechanismen der Diktatur (= Materialien der Enquete-Kommission. „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“; Bd. VII, 1). Hrsg. v. Deutschen Bundestag. Baden-Baden 1995.

Buchenau, Günter: Zehn Jahre friedliche Revolution in Sachsen-Anhalt. Die evangelische Kirche in Halle. In: Die friedliche Revolution 1989/90 in Sachsen-Anhalt. Hrsg. v. Hermann-Josef Rupieper. Halle/Saale ² 2004, S. 34-50.

Der Brockhaus in fünfzehn Bänden. Leipzig/Mannheim 1997-1999.

Die deutsche Sozialdemokratie und die Umwälzung 1989/90. Hrsg. v. Bernd Faulenbach. Essen 2001.

Die SDP/SPD in der DDR 1989 – 1990. Aus der Bürgerbewegung in die gesamtdeutsche Sozialdemokratie. Text, Chronik und Dokumentation (=Berliner Arbeitshefte und Berichte zur sozialwissenschaftlichen Forschung; Nr. 74). Hrsg. v. Gero Neugebauer u. Bernd Niedbalski. Berlin 1992.

Die Zukunft hat wieder einen Namen. Sozialdemokratie in Sachsen-Anhalt 1989-1999. Hrsg. v. SPD-Landesverband Sachsen-Anhalt. Magdeburg 1999.

Dokumentation zur Entwicklung der neuen Parteien und Bürgerrechtsgruppen in der DDR (November 1989 – Februar 1990). Hrsg. v. Gesamtdeutschen Institut, Bundesanstalt für Gesamtdeutsche Aufgaben. Bonn 1990.

Fikenscher, Rüdiger: Zwischen König und Bebel. Deutsche Geschichten aus zwei Jahrhunderten. Stuttgart/Leipzig 2006.

Fink, Hans Jürgen: Die SPD in der DDR. In: Deutschland Archiv. Zeitschrift für das vereinigte Deutschland. Jg. 23 (1990), H. 1, S. 180-185.

Goeckel, Robert F.: Die evangelische Kirche und die DDR. Konflikte, Gespräche, Vereinbarungen unter Ulbricht und Honecker. Leipzig 1995.

Gröf, Wolfgang: "In der frischen Tradition des Herbstes 1989". Die SDP/SPD in der DDR. Von der Gründung der Volkskammerarbeit zur deutschen Einheit . Bonn 1996.

Grünbaum, Robert: Deutsche Einheit (= Beiträge zur Politik und Zeitgeschichte). Berlin 1999.

Gutzeit, Martin: Der Weg in die Opposition. Über das Selbstverständnis und die Rolle der „Opposition“ im Herbst 1989 in der ehemaligen DDR. In: Politische Opposition in Deutschland und im internationalen Vergleich (= Kleine Vandenhoeck-Reihe; 1566). Hrsg. v. Walther Euchner. Göttingen 1993, S. 84-115.

Gutzeit, Martin; Hilsberg, Stephan: SDP/SPD im Herbst 1989. In: Opposition in der DDR von den 70er Jahren bis zum Zusammenbruch der SED-Herrschaft (= Am Ende des realen Sozialismus. Beiträge zu einer Bestandsaufnahme der DDR-Wirklichkeit in den 80er Jahren; Bd. 3).. Hrsg. v. Eberhard Kuhrt. Opladen 1999, S. 607-694.

Handbuch zur deutschen Einheit. 1949-1989-1999 (= Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung; Bd. 363). Hrsg. v. Werner Weidenfeld und Karl-Rudolf Korte. Bonn 1999.

Hartmann, Helmut: Der Sozialdemokrat Gerhart Seger (1895-1967) widerstand den Nazis. In: SPD-Geschichte in Sachsen-Anhalt. Anfänge, Widerstand, Neuaufbau. Hrsg. v. Historischen Kommission des SPD Landesverbandes Sachsen-Anhalt (= Beiträge zur Geschichte der Sozialdemokratie in Sachsen-Anhalt; Heft 4). Magdeburg 2008, S. 32-37.

Hartmann, Helmut: Die Neugründung der Sozialdemokratischen Partei in Dessau nach der „Friedlichen Revolution“ 1989. In: 1863-2003. 140 Jahre SPD. Hrsg. v. Historischen Kommission des SPD Landesverbandes Sachsen-Anhalt (= Beiträge zur Geschichte der Sozialdemokratie in Sachsen-Anhalt; Heft 1). Magdeburg 2003, S. 48-57.

Hartmann, Helmut: Friedrich Polling (1818-1886). Erster Arbeiterführer in Dessau. In: SPD-Geschichte in Sachsen-Anhalt. Altes und Neues. Hrsg. v. Historischen Kommission des SPD Landesverbandes Sachsen-Anhalt (= Beiträge zur Geschichte der Sozialdemokratie in Sachsen-Anhalt; Heft 3). Magdeburg 2006, S. 44-52.

Hausmann, Christian; Zeitz, Stefan: Magdeburg in der Tradition sozialdemokratischer Oberbürgermeister von 1919-2008. In: SPD-Geschichte in Sachsen-Anhalt. Anfänge, Widerstand, Neuaufbau. Hrsg. v. Historischen Kommission des SPD Landesverbandes Sachsen-Anhalt (= Beiträge zur Geschichte der Sozialdemokratie in Sachsen-Anhalt; Heft 4). Magdeburg 2008, S. 64-70.

Hehl, Ulrich von; Tischner, Wolfgang: Die katholische Kirche in der SBZ/DDR 1945-1989. In: Rolle und Selbstverständnis der Kirchen in den verschiedenen Phasen der SED-Diktatur (= Materialien der Enquete-Kommission. „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“; Bd. VI, 2). Hrsg. v. Deutschen Bundestag. Baden-Baden 1995.

Herold, Claus: Die Haltung der katholischen Kirche. In: Die friedliche Revolution 1989/90 in Sachsen-Anhalt. Hrsg. v. Hermann-Josef Rupieper. Halle/Saale ² 2004, S. 51-61.

Herzberg, Wolfgang: Der Gründungskreis des sozialdemokratischen Neubeginns in der DDR 1989. Versuch einer Analyse ihrer kollektiven Biographie. In: Auf den Anfang kommt es

an. Sozialdemokratischer Neubeginn in der DDR 1989. Interviews und Analysen. Hrsg. v. Wolfgang Herzberg und Patrick von zur Mühlen. Bonn 1993, S. 11-37.

Holtmann, Everhardt; Boll Bernhard: Sachsen-Anhalt. Eine politische Landeskunde. Opladen [2] 1997.

Höppner, Reinhard: Von den Anfängen der SPD in der DDR. In: SPD-Geschichte in Sachsen-Anhalt. Anfänge, Widerstand, Neuaufbau. Hrsg. v. Historischen Kommission des SPD Landesverbandes Sachsen-Anhalt (= Beiträge zur Geschichte der Sozialdemokratie in Sachsen-Anhalt; Heft 4). Magdeburg 2008, S. 50-63.

Jarausch, Konrad: „Die notwendige Demokratisierung unseres Landes“. Die Rolle der SDP im Herbst 1989. In: Die deutsche Sozialdemokratie und die Umwälzung 1989/90. Hrsg. v. Bernd Faulenbach. Essen 2001, S. 52-68.

Kahlenberg, Friedrich: Anmerkungen zur Quellenproblematik der DDR-Geschichte. In: Die DDR als Geschichte. Fragen – Hypothesen – Perspektiven (= Zeithistorische Studien; Bd. 2). Hrsg v. Jürgen Kocka und Martin Sabrow. Berlin 1994, S. 67-73.

Knabe Hubertus: Der lange Weg zur Opposition. Unabhängige politische Bestrebungen 1983 bis 1988. In: Opposition in der DDR von den 70er Jahren bis zum Zusammenbruch der SED-Herrschaft (= Am Ende des realen Sozialismus. Beiträge zu einer Bestandsaufnahme der DDR-Wirklichkeit in den 80er Jahren; Bd. 3).. Hrsg. v. Eberhard Kuhrt. Opladen 1999, S. 139-170.

Kocka, Jürgen: Zur Lage der historischen DDR-Forschung. In: Die DDR als Geschichte. Fragen – Hypothesen – Perspektiven (= Zeithistorische Studien; Bd. 2). Hrsg v. Jürgen Kocka und Martin Sabrow. Berlin 1994, S. 13-16.

Lindner, Bernd: Die demokratische Revolution in der DDR 1989/90. Bonn 1998.

Löhr, Christel; Löhr, Rainer: Unser Weg in die SPD. Eine persönliche Reminiszenz. In: SPD-Geschichte in Sachsen-Anhalt. Vielfältig und einzigartig. Hrsg. v. Historischen Kommission des SPD Landesverbandes Sachsen-Anhalt (= Beiträge zur Geschichte der Sozialdemokratie in Sachsen-Anhalt; Heft 2). Magdeburg 2004, S. 8-16.

Maier, Charles S.: Das Verschwinden der DDR und der Untergang des Kommunismus. Frankfurt/M. 2002.

Mau, Rudolf: Die evangelische Kirche in der DDR. Zur Forschung seit 1989/90. In: Staat und Kirchen in der DDR. Zum Stand der zeithistorischen und sozialwissenschaftlichen Forschung (= Kontexte. Neue Beiträge zur Historischen und Systematischen Theologie; Bd. 34). Hrsg. v. Horst Dähn u. Joachim Heise. Frankfurt/M. 2003, S. 141-149.

Mayer, Wolfgang: Flucht und Ausreise. Berlin 2003.

Mählert, Ulrich: Kleine Geschichte der DDR (=Beck´sche Reihe; 1275). München [3] 2001.

Meckel, Markus; Gutzeit, Martin: Opposition in der DDR. Zehn Jahre kirchliche Friedensarbeit. Kommentierte Quellentexte. Köln 1994.

Mühlen, Patrik von zur: Die Gründungsgeschichte der Sozialdemokratie in der DDR. In: Auf den Anfang kommt es an. Sozialdemokratischer Neubeginn in der DDR 1989. Interviews und Analysen. Hrsg. v. Wolfgang Herzberg und Patrick von zur Mühlen. Bonn 1993, S. 38-60.

Mühlen, Patrik von zur: Die Opposition gegen die SED und die Gründung der Sozialdemokratie in der DDR. In: Partei und soziale Bewegung. Hrsg. v. Dieter Dowe. Bonn 1993, S. 101-117.

Neubert, Ehrhart: Die Opposition im Jahr 1989. Ein Überblick. In: Opposition in der DDR von den 70er Jahren bis zum Zusammenbruch der SED-Herrschaft (= Am Ende des realen Sozialismus. Beiträge zu einer Bestandsaufnahme der DDR-Wirklichkeit in den 80er Jahren; Bd. 3).. Hrsg. v. Eberhard Kuhrt. Opladen 1999, S. 427-466.

Neubert, Ehrhart: Die Opposition in der DDR mit besonderer Berücksichtigung der Bezirke Halle und Magdeburg. In: Die friedliche Revolution 1989/90 in Sachsen-Anhalt. Hrsg. v. Hermann-Josef Rupieper. Halle/Saale ² 2004, S. 19-33.

Neugebauer, Gero: Die SDP/SPD in der DDR. Zur Geschichte und Entwicklung einer unvollendeten Partei. In: Parteien und Wähler im Umbruch. Parteiensystem und Wählerverhalten in der ehemaligen DDR und den neuen Bundesländern. Hrsg. v. Oskar Niedermayer. Opladen 1994, S.75-104.

Niedbalski, Bernd: Von der Gründung der SDP bis zur Vereinigung mit der SPD. Chronologischer Ablauf der Ereignisse. In: Die SDP/SPD in der DDR 1989 – 1990. Aus der Bürgerbewegung in die gesamtdeutsche Sozialdemokratie. Text, Chronik und Dokumentation (=Berliner Arbeitshefte und Berichte zur sozialwissenschaftlichen Forschung; Nr. 74). Hrsg. v. Gero Neugebauer u. Bernd Niedbalski. Berlin 1992, S. 19-27.

Opposition in der DDR von den 70er Jahren bis zum Zusammenbruch der SED-Herrschaft (= Am Ende des realen Sozialismus. Beiträge zu einer Bestandsaufnahme der DDR-Wirklichkeit in den 80er Jahren; Bd. 3). Hrsg. v. Eberhard Kuhrt. Opladen 1999.

Pollack, Detlef: Die politische und soziale Rolle der evangelischen Kirchen in der DDR aus sozialwissenschaftlicher Sicht. In: Staat und Kirchen in der DDR. Zum Stand der zeithistorischen und sozialwissenschaftlichen Forschung (= Kontexte. Neue Beiträge zur Historischen und Systematischen Theologie; Bd. 34). Hrsg. v. Horst Dähn u. Joachim Heise. Frankfurt/M. 2003, S. 69-95.

Polte, Wilhelm: Mein Weg zur Sozialdemokratie. In: SPD-Geschichte in Sachsen-Anhalt: Altes und Neues. Hrsg. v. Historischen Kommission des SPD Landesverbandes Sachsen-Anhalt (= Beiträge zur Geschichte der Sozialdemokratie in Sachsen-Anhalt; Heft 3). Magdeburg 2006, S. 29-35.

Raabe, Thomas: SED-Staat und katholische Kirche 1949-1989. In: Die Kirchenpolitik von SED und Staatssicherheit (= Analysen und Dokumente. Wissenschaftliche Reihe des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR; Bd. 7). Hrsg. v. Clemens Vollnhals. Berlin 1996, S. 353-370.

Reiche, Steffen: Die Gründung der SDP in der DDR und die erste Kontaktaufnahme mit der SPD. Ein Bericht zur Deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert. In: Geschichte als Last und Chance. Festschrift für Bernd Faulenbach. Hrsg. v. Franz-Josef Jelich. Essen 2003, S. 193-203.

Rudolf, Karsten: Neugründung ohne Tradition? Die SPD in den Neuen Bundesländern. In: Arbeiterbewegung und Sozialdemokratie in Thüringen. Erfurt 2001, S. 49-58.

Schmid, Josef: Die politische Rolle der evangelischen Kirchen in der DDR in den achtziger Jahren. Gratwanderung zwischen Opposition und Anpassung. In: Von der Illegalität ins Parlament. Werdegang und Konzept der neuen Bürgerbewegungen. Hrsg. v. Helmut Müller-Engbergs. Berlin ² 1992, S. 342-365.

Schmidt, Andreas: Zum 60. Jahrestag der Zwangsvereinigung. 27. Januar 1946 – „Heerschau" der halleschen Sozialdemokratie im Volkspark. In: SPD-Geschichte in Sachsen-Anhalt: Altes und Neues. Hrsg. v. Historischen Kommission des SPD Landesverbandes Sachsen-Anhalt (= Beiträge zur Geschichte der Sozialdemokratie in Sachsen-Anhalt; Heft 3). Magdeburg 2006, S. 40-43.

Schmidt, Andreas: Franz Peters stimmte gegen das „Ermächtigungsgesetz". In: SPD-Geschichte in Sachsen-Anhalt. Anfänge, Widerstand, Neuaufbau. Hrsg. v. Historischen Kommission des SPD Landesverbandes Sachsen-Anhalt (= Beiträge zur Geschichte der Sozialdemokratie in Sachsen-Anhalt; Heft 4). Magdeburg 2008, S. 38-40.

Schroeder, Klaus: Der SED-Staat. Geschichte und Strukturen der DDR. München ² 1999.

Schuh, Petra; Weiden, Bianca M. von der: Die deutsche Sozialdemokratie 1989/90. SDP und SPD im Einigungsprozeß (= Schriftenreihe der Forschungsgruppe Deutschland; Bd. 9). München 1997.

Sturm, Daniel Friedrich: Uneinig in die Einheit. Die Sozialdemokratie und die Vereinigung Deutschlands 1989/90. Bonn 2006.

Tullner, Mathias: Geschichte des Landes Sachsen-Anhalt. Magdeburg ³ 2001.

Tullner, Mathias: Halle 1806 bis 2006. Industriezentrum, Regierungssitz, Bezirksstadt; Bd. 2. Halle/Saale 2007.

Von der Bürgerbewegung zur Partei. Die Gründung der Sozialdemokratie in der DDR. Diskussionsforum im Berliner Reichstag am 7. Oktober 1992 (=Gesprächskreis Geschichte; 3). Hrsg. von Dieter Dowe. Bonn 1993.

Von der SDP zur SPD. Die Gründungsgeschichte der SPD in Dessau vom Herbst 1989 bis Ende 1990. Hrsg. v. SPD-Stadtverband Dessau-Roßlau. Dessau-Roßlau 2009.

Wagner-Kyora, Georg: „Das haben wir dann einfach gemacht." Einige systematische Überlegungen zur Dynamik der friedlichen Revolution in Halle. In: Die friedliche Revolution 1989/90 in Sachsen-Anhalt. Hrsg. v. Hermann-Josef Rupieper. Halle/Saale ² 2004, S. 175-189.

Walter, Jens: Von der Gründung der SDP in der DDR zum SPD-Vereinigungsparteitag. 356 Tage ostdeutsche Sozialdemokratie im Spannungsfeld der Deutschen Einheit. In: Revolution und Transformation in der DDR 1989/90. Hrsg. v. Günther Heydemann. Berlin 1999, S. 407-428.

Weber, Herrmann: Die DDR 1945-1990 (= Oldenbourg Grundriss der Geschichte; Bd. 20). München 2006, 4. Aufl.

Wende.Punkt. Hrsg. v. SPD-Stadtvorstand Halle/Saale. Halle/Saale 2009.

Wielgohs, Jan; Schulz, Marianne: Die revolutionäre Krise am Ende der achtziger Jahre und die Formierung der Opposition. In: Möglichkeiten und Formen abweichenden und widerständigen Verhaltens und oppositionellen Handelns, die friedliche Revolution im Herbst 1989, die Wiedervereinigung Deutschlands und Fortwirken von Strukturen und Mechanismen der Diktatur (= Materialien der Enquete-Kommission. „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“; Bd. VII, 2). Hrsg. v. Deutschen Bundestag. Baden-Baden 1995.

"Wir wollen ein Hoffnungszeichen setzen ..." - die Gründung der Sozialdemokratischen Partei in der DDR. Bilder und Texte einer Ausstellung der Friedrich-Ebert-Stiftung. Die Gründung der Sozialdemokratischen Partei in der DDR. Hrsg. v. d. Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn 1999.

„Wir sind das Volk!“. Flugschriften, Aufrufe und Texte einer deutschen Revolution. Hrsg. v. Charles Schüddekopf. Reinbek 1990.

Wuthe, Gerhard: Einheit der Nation. Traum oder Trauma der Sozialdemokratie? In: Deutschland Archiv. Zeitschrift für das vereinigte Deutschland. Jg. 24 (1991), H. 2, S. 1170-1179.

Wuttke, Carola; Musiolek, Berndt: Parteien und politische Bewegungen im letzten Jahr der DDR. Berlin 1991.

Zehn Jahre SPD Stendal. 04.12.1989 – 04.12.1999. Hrsg. v. SPD-Ortsverein Stendal. Stendal 1999.

8. Anhang

Geführte Interviews – Dessau

Horst Leischner, Dessau 1. April 2010

1. *Stellen Sie sich bitte kurz vor und schildern Sie, wie Sie zur SPD gekommen sind.*

Horst Leischner, Pfarrer, geboren am 2. Mai 1958. 1989 Vikar der Evangelischen Landeskirche Anhalts. Dozenten am Theologisch Seminar Paulinum in Berlin gehörten zu den SDP Gründern in Schwante, von ihnen angesprochen habe ich mich bereit erklärt, als Kontaktperson in Dessau zu fungieren.

2. *Welche Gründe führten dazu, eine Sozialdemokratische Partei in Dessau zu gründen? Gab es traditionelle Gründe, pragmatische Gründe, andere?*

Die SDP entsprach meiner Überzeugung, für Politik und West-Nachrichten habe ich mich sehr interessiert. Auch von meinem Vater habe ich in tiefsten DDR-Zeiten die SDP Sympathie übernommen. Die Chance in dieser Zeit politisch zu wirken wollte ich unbedingt nutzen, auch wenn der Einsatz mit Angst verbunden war.

3. *Wie kam es zur Gründung der SDP in Dessau und wie lief diese organisatorisch ab?*

Das Statut und die Kontaktliste wurden weitergegeben. Bei den Gebeten für Erneuerung wurde auf Treffen hingewiesen. Erste Gespräche gab es in meiner Neubauwohnung, dann im Gemeinderaum der Ev. Kirche Dessau-Törten.

4. *Wer waren die Gründungsmitglieder?*

Fünf SprecherInnen wurden gewählt: Albrecht Anspach, Silke Umlauft, Roger Voigtländer, Joachim Volger, Horst Leischner.

5. *Wie entwickelte sich die SDP/SPD im Einheitsjahr 1990? Sind bis heute Kontinuitätslinien erhalten geblieben?*

Der schnelle Weg zur deutschen Einheit brachte Verunsicherungen mit sich. Die freigesetzten Kräfte für den Wahlkampf waren beispielgebend. Die verlorene Wahl im März 1990 bremste die Euphorie. Einige erste Mitglieder haben sich schnell wieder zurückgezogen.

6. *Was wurde aus den Gründungsmitgliedern?*

Ich habe meine theologische Ausbildung im Predigerseminar abgeschlossen und war nicht mehr in Dessau. Andere waren in den ersten Jahren sehr aktiv!

7. *Gab es Westkontakte und wenn ja - inwiefern waren diese bei der Gründung des Ortsvereins von Nutzen?*

Die SPD unserer Partnerstadt Ludwigshafen hat uns sehr unterstützt! Hier gab es gute Kontakte!

8. *Wie ging man mit ehemaligen SED-Mitgliedern um, die in die SDP eintreten wollten?*

Das war immer umstritten.

9. *Welchen Einfluss hatte die Kirche (speziell in Dessau) auf die Entstehung einer sozialdemokratischen Partei, wie gestaltete sich dieser?*

Aus meiner Sicht hatte die Evangelische Kirche einen großen Einfluss auf die Reformbewegungen in der ausgehenden DDR und somit auch auf die SDP. Bei der Gründung in Schwante waren viele Theologen. Die Gründung in Dessau ist von den meisten Pfarrern und vor allen Dingen vom Kreisoberpfarrer Radeloff sehr unterstützt wurden. Ich hatte im Theologiestudium Reden, Moderieren und Gesprächsführung gelernt und vor allen Dingen das demokratische Prozedere. Das ist zwar jetzt hypothetisch, doch ich denke, wenn ich die Kirche und somit ihren Schutz nicht gehabt hätte, wäre ich nicht bereit gewesen so ein Risiko einzugehen.

Christen und „kirchliche Freigeister“ waren in der Anfangszeit mutiger als andere zurückhaltende DDR Bürger.

Hans-Georg Otto, Dessau 20. Mai 2010

1. *Stellen Sie sich bitte kurz vor und schildern Sie, wie Sie zur SPD gekommen sind.*

Hans-Georg Otto, geboren 1941 in Dessau. Lehre als Elektriker, danach Ingenieursstudium zum Hochspannungstechniker. Anschließend Hochschulfernstudium zum Betriebswirt für Energiewirtschaft. In der DDR war ich in keiner Partei und auch nicht in der Nationalen Volksarmee.
Ich wollte die Wiedervereinigung aktiv mit herbeiführen, weil ich den Glauben daran nie aufgegeben hatte. Bei einem Kontakt zum Neuen Forum im Oktober 1989 erfuhr ich von Aktivitäten einer Gruppe zur Gründung einer SDP in Dessau. Da meine Vorfahren SPD-Mitglieder waren und ich ein großer Verehrer von Helmut Schmidt und seiner Regierungsmannschaft war, habe ich den Kontakt zu dieser Gruppierung gesucht und wurde später als 1. Vorsitzender der SDP in Dessau gewählt.
Am 9. Januar 1990 habe ich auf einer Delegiertenversammlung der SDP in Berlin als einziger Redner den schnellen Weg zur Deutschen Einheit gefordert und begründet, warum die SDP mit einem Programm über zehn Jahre Konföderation chancenlos ist und auch die Wiedervereinigung gefährden würde.
Ich war dann Fraktionsvorsitzender der SPD im Stadtrat in der ersten Legislaturperiode – damals noch Stadtverordnetenversammlung. Zuvor war ich einer der Vertreter der SDP am Runden Tisch.
1994 wurde ich der erste direktgewählte Oberbürgermeister Dessaus.

2. *Welche Gründe führten dazu, eine Sozialdemokratische Partei in Dessau zu gründen? Gab es traditionelle Gründe, pragmatische Gründe, andere?*

Wenn man den Prozess des demokratischen Wandels in der DDR mitgestalten und den Prozess der Wiedervereinigung voranbringen wollte, bedurfte es neuer politischer Kräfte die unbelastet von der SED-Vergangenheit waren. Für viele Menschen waren ihre soziale Grundeinstellung und die Ablehnung der ehemaligen Blockparteien, die zu Zeiten der DDR die SED teilweise noch links überholt haben, Grund genug, sich für die SPD zu entscheiden. Für sie war der Versuch eines wirklichen Neubeginns und die Möglichkeit sich über die Plattform, die die neue Partei bot, aktiv in den Prozess der Umgestaltung einzubringen, entscheidend. Ich glaube auch im Nachhinein, dass es in Dessau unter den Aktiven der ersten Stunde keinen gab, der eigene Interessen verfolgte. Leider hat sich das bald geändert.

3. *Wie kam es zur Gründung der SDP in Dessau und wie lief diese organisatorisch ab?*

Hier verweise ich auf die Ausführungen von Joachim Volger in seinem Versuch einer Chronik der SDP/SPD, enthalten in dem vom Stadtverband herausgegebenen Heft: „Von der SDP zur SPD. Die Gründungsgeschichte der SPD in Dessau vom Herbst 1989 bis Ende 1990“.

4. *Wer waren die Gründungsmitglieder?*

Siehe Frage 3.

5. *Wie entwickelte sich die SDP/SPD im Einheitsjahr 1990? Sind bis heute Kontinuitätslinien erhalten geblieben?*

Die SDP/SPD entwickelte sich gut in Anbetracht der Wendeeuphorie. Erste Ernüchterungen brachten die Ergebnisse der Volkskammer- und Kommunalwahlen, weil mehr Menschen den „blühenden Landschaften“ vertrauten als erwartet.
Trotzdem begann im Stadtrat (Stadtverordnetenversammlung) eine erfolgreiche Arbeit der SPD-Fraktion, die letztendlich dazu führte, dass die SPD 1994 den ersten direkt gewählten Oberbürgermeister stellen konnte.

6. *Was wurde aus den Gründungsmitgliedern?*

Teile haben die SPD verlassen oder sich aus gesundheitlichen Gründen und aus Enttäuschung über innerparteiliche Ränkespiele aus Führungspositionen zurückgezogen.

7. *Gab es Westkontakte und wenn ja - inwiefern waren diese bei der Gründung des Ortsvereins von Nutzen?*

Es gab intensive Kontakte zur SPD in der Partnerstadt Ludwigshafen und von dort umfangreiche materielle und individuelle Unterstützung. Sie umfasste sowohl Teile der ersten Büroausstattung, einen PKW und vor allem Hilfestellungen bei Programmerarbeitungen und personelle Hilfen beim Wahlkampf.
Darüber hinaus gab es den gebürtigen Dessauer Franz Siegfried, der als Rechtsanwalt in Lüneburg lebte und nach der Wende in seine Heimatstadt zurück kam und uns bei den formellen Dingen, z.B. der Satzung usw. unterstützte.

8. *Wie ging man mit ehemaligen SED-Mitgliedern um, die in die SDP eintreten wollten?*

Sie wurden nur nach eingehender Prüfung aufgenommen. Vorraussetzung war, dass sie keine Beziehungen zur Staatssicherheit hatten. Trotz aller Vorsicht und Zurückhaltung, die in anderen Parteien nicht üblich war, hat es ein ehemaliger Inoffizieller Mitarbeiter der Staatssicherheit mit SPD-Parteibuch bis zum Wirtschaftsdezernenten geschafft, bevor er enttarnt und dann ausgeschlossen werden konnte.

9. *Welchen Einfluss hatte die Kirche (speziell in Dessau) auf die Entstehung einer sozialdemokratischen Partei, wie gestaltete sich dieser?*

Der Pfarrer der evangelischen Kirche, Horst Leischner, gehörte zu den Gründungsmitgliedern. In den Räumen seiner Kirche in Dessau-Törten fanden die ersten Versammlungen statt. Das hat vieles erleichtert, war aber nicht Anlass oder Vorraussetzung für die Gründung der SDP.

Joachim Volger, Dessau 9. Januar 2010

1. *Stellen Sie sich bitte kurz vor und schildern Sie, wie Sie zur SPD gekommen sind.*

Joachim Volger, geb. 16.02.1947 in Leipzig als Sohn eines Musikpädagogen und einer Lehrerin/Hausfrau. Abitur mit Schlosserausbildung. Nachdem ich durch den Schlosserabschluss selbst Arbeiter war, war mir trotz nicht proletarischer Herkunft und „gesellschaftlicher Inaktivität“ auch der Weg zu einem Studium nicht mehr versperrt. Studium an der Leningrader Hochschule für Ingenieure des Eisenbahnwesens in der Fachrichtung „Konstruktion und Betrieb elektrischer Triebfahrzeuge“. Tätigkeit bei der Deutschen Reichsbahn und später der Deutschen Bundesbahn bzw. DB AG im Bereich der Lokomotiventwicklung.

Die humanistische Erziehung im Elternhaus war für meine Eltern und mich gleichbedeutend mit einer sozialdemokratischen Denkweise. Politische Ereignisse in der DDR wurden meinerseits stets aus dieser Sichtweise beurteilt. Es war für mich deshalb folgerichtig die Gründung der SDP in Schwante zum Anlass zu nehmen, um in Dessau Gleichgesinnte zu suchen, um auch hier der SDP zum Erfolg zu verhelfen.

Aus dem Arbeitsleben ausgeschieden über Altersteilzeit. Zurzeit im Rahmen der 400 Euro-Regelung stundenweise tätig als Unternehmensberater auf dem Gebiete der Bahntechnik.

2. *Welche Gründe führten dazu, eine Sozialdemokratische Partei in Dessau zu gründen? Gab es traditionelle Gründe, pragmatische Gründe, andere?*

Einige von uns, die im kirchlichen Rahmen, beim Neuen Forum oder kleinen Kreisen Gleichgesinnter bereits Orientierung suchten, um an der friedlichen Revolution aktiv mitwirken zu können, spürten sehr bald, dass sich das NF zwar in der Frage der Gegnerschaft einig war, nicht aber in der Frage der anzustrebenden gesellschaftlichen Ordnungsprinzipien. Um der friedlichen Revolution zum Erfolg zu verhelfen, hielten wir im Gegensatz zum NF die Gründung einer Partei für zwingend notwendig. Uns einten dabei wohl folgende Überzeugungen:

- Erstens waren wir verdammt, den eingeschrittenen Weg zu Ende zu führen, denn eine Restauration der alten Macht hätten sehr viele bitter bezahlen müssen.
- Zweitens waren wir zwar in Begeisterung für das Ziel einer freien und menschlichen Gesellschaft mitgerissen, jedoch spürten wir auch, dass all das nichts ist, wenn dem alten System nicht ein neues und funktionierendes entgegengesetzt wird.
- Zudem waren wir der Überzeugung, dass Freiheit im Leben auch ein freiheitliches Wirtschaftssystem, nämlich eine am Bedarf orientierte und weitestgehend sich selbst regelnde Wirtschaft voraussetzt.

Wir befürchteten gleichzeitig, dass eben dabei die Gesellschaft in urkapitalistische und wenig demokratische Zustände zurück fallen könnte, wie wir dies in breiten Bereichen z. B. in Russland oder Rumänien beobachten. Wir wollten gerade dies nicht verantworten müssen und deshalb aktiv für eine soziale Marktwirtschaft eintreten.

3. *Wie kam es zur Gründung der SDP in Dessau und wie lief diese organisatorisch ab?*

Hier kann ich auf die im Jahre 2009 erschienene Chronik des SPD-Stadtverbandes Dessau Roßlau verweisen: „Von der SDP zur SPD. Die Gründungsgeschichte der SPD in Dessau vom Herbst 1989 bis Ende 1990“.

4. *Wer waren die Gründungsmitglieder?*

Horst Leischner (Vikar), Silke Umlauft (Schauspielerin), Roger Voigtländer (vor Studium), Albrecht Anspach (Dipl.-Ing für Gießereitechnik), Joachim Volger (Dipl.-Ing. für Elektrolokbau).

5. *Wie entwickelte sich die SDP/SPD im Einheitsjahr 1990? Sind bis heute Kontinuitätslinien erhalten geblieben?*

Die Entwicklung ist ebenfalls in der bereits oben erwähnten Chronik enthalten.

Die Frage nach den Kontinuitätslinien kann ich nicht beantworten, da diese spezifiziert werden müsste. Ist die politische Kontinuität gemeint, kann gesagt werden, dass sich das auch anfänglich schon vorhandenen Meinungsspektrum von mehr links bis mehr rechts (z. B. in Fragen der Privatisierung oder staatlicher Eingriffsbefugnisse) fortgesetzt hat und speziell in Dessau an bestimmten Ortsvereinen festgemacht werden kann. Diese interne Spaltung der SPD in zwei größere (und viele kleinere) Lager mündete schließlich in einen offenen Zwist anlässlich der zweiten Oberbürgermeisterwahl nach der „Wende“, der leider auch heute immer wieder ausbricht.

6. *Was wurde aus den Gründungsmitgliedern?*

Horst Leischner ist heute Jugendpfarrer in Köthen.

Silke Umlauft, heute Wallstein ist Schauspielerin in Dessau.

Roger Voigtländer ist Diplomingenieur und in leitender Stellung in einer Paderborner Unternehmensberatung.

Albrecht Anspach ist weiterhin als Dipl.-Ing. in leitender Funktion für Gießereitechnik in einer Schweizer Firma tätig.

Joachim Volger - siehe oben.

7. *Gab es Westkontakte und wenn ja - inwiefern waren diese bei der Gründung des Ortsvereins von Nutzen?*

Westkontakte spielten vor der Gründung der SDP in Dessau keine Rolle. Unmittelbar danach wurden diese aber aufgebaut bzw. stellten sich von selbst ein und verhalfen uns zu geordneten Parteistrukturen, zu einer besseren materiellen Absicherung der Büroarbeit und zu einer größeren Schlagkraft im Wahlkampf.

8. *Wie ging man mit ehemaligen SED-Mitgliedern um, die in die SDP eintreten wollten?*

Diese Problematik war von einem steten Wandel geprägt, da wir in der konkreten und „nach außen“ vertretenen Verhaltensweise aufgrund verschiedenster Anfeindungen vor allem seitens der „Allianz für Deutschland“ nicht frei waren.

Ursprünglich wollten wir in dieser Frage ganz pragmatisch und vor allem menschlich handeln, da jeder von uns wusste, dass nicht alle SED-Mitglieder stalinistisch gesinnt oder ausschließlich um ihres eigenen Vorteils wegen der SED beigetreten waren. Allenfalls politische Naivität konnte man diesen Menschen, welche die SED gewissermaßen von innen reformieren wollten, vorwerfen. Wir wollten uns deshalb vorsichtig öffnen, indem wir uns auf unsere persönlichen Kontakte und unsere Menschenkenntnis (die uns schließlich in der DDR geholfen hatte, zuverlässige Freunde zu finden) verlassen. Wir wussten, dass auch dieser Weg nicht frei von Enttäuschungen sein würde, sahen aber auch die Chance, aktive und kompetente Menschen in unsere Arbeit einzubinden. Insbesondere die westliche Presse- und Fernsehlandschaft (die Bildzeitung voran) neigte aber zu einer polarisierenden Schwarz-Weiß-Malerei, die vom politischen Gegner nur allzu gern aufgenommen wurde und somit einen menschlichen Umgang in dieser Frage weitgehend verhinderte. Somit blieb die SPD in Dessau nahezu frei von ehemaligen SED-Mitgliedern und trieb sicher etliche in die Arme der PDS.

9. *Welchen Einfluss hatte die Kirche (speziell in Dessau) auf die Entstehung einer sozialdemokratischen Partei, wie gestaltete sich dieser?*

Der Einfluss der Kirche (speziell der protestantischen) auf die sozialdemokratische Partei ist aus meiner Sicht wie folgt zu erklären:

1. Die Kirche hatte zur Zeit der DDR den für die Vorbereitung zur Gründung einer in Opposition zur Staatsmacht befindlichen Partei notwendigen Schutz geboten. Also war das einerseits eine rein pragmatische Angelegenheit.

2. Obwohl ich konfessionell nicht gebunden bin (oder vielleicht gerade deshalb), bin ich der Überzeugung, dass der moralisch-ethische Ansatz der Sozialdemokratie in hohem Maße mit dem der protestantischen Kirche und eines aufrechten und über gesellschaftliche Zusammenhänge nachdenkenden Christen übereinstimmt. Deshalb hatten sich vor allem anfangs viele Pfarrer für die Sozialdemokratische Partei interessiert, wurden dann aber von der Kirchenleitung „gebremst“. Speziell in Dessau war es ja der Vikar Horst Leischner, welcher das Parteistatut und den Gründungsaufruf von einem theologischen Seminar aus Berlin mitbrachte. Auch Horst Leischner hat sich aus der Parteiarbeit zurückgezogen, obwohl er nach wie vor zu den Zielen der Sozialdemokratie steht.

Geführte Interviews – Halle

Thomas Felke, Halle/Saale 26. Januar 2010

1. *Stellen Sie sich bitte kurz vor und schildern Sie, wie Sie zur SPD gekommen sind.*

Mein Name ist Thomas Felke. Ich bin am 13. April 1963 in Bernburg/Saale geboren. Dort ging ich auch zur Schule. Ich besuchte die Polytechnische Oberschule und ging von der 9.-12. Klasse zur Erweiterten Oberschule. Mein Abitur absolvierte ich 1981. Danach erfolgte mein Wehrdienst bei der NVA. Von 1983 bis 1987 studierte ich in Dresden. An der Ingenieurschule für Verkehrstechnik schloss ich mein Studium als Bauingenieur ab. Von 1987 bis 1989 arbeitete ich als Brückenprüfer in Magdeburg bei der BDS (Bezirksdirektion für Straßenwesen, jetziger Landesbetrieb Bau). Gleichzeitig absolvierte ich in diesen Jahren ein Fernstudium als Prüfingenieur für Brückenprüfung. Im Mai 1989 bin ich aus familiären Gründen nach Halle gekommen. Dort arbeitete ich in einem Ingenieurbüro der Reichsbahn (Instandhaltungswerk Brücken- und Kunstbauten).

Ich hatte ein politisch interessiertes Elternhaus, in welchem zahlreiche Diskussionen über die politische Lage in der DDR geführt wurden, dadurch wurde früh mein politisches Interesse geweckt. Ich kam in dieser Zeit zu der Auffassung, dass sich in der DDR etwas ändern müsse. Freie Wahlen, Presse- und Reisefreiheit waren für mich der Grundsatz eines funktionierenden Staates. Unter anderem auch durch meine Westverwandtschaft entwickelte sich eine Präferenz zur SPD. Diese Partei kam meinen Vorstellungen von Freiheit und sozialer Gerechtigkeit am nächsten. Darüber hinaus interessierte ich mich schon als Jugendlicher für die politischen Verhältnisse im Westen. Dennoch würde ich mich nicht als Oppositioneller des „Vorherbstes“ bezeichnen.

Schon vor dem Jahr 1989 hatte ich aber Kontakt zu oppositionellen Gruppen und oppositionellen Meinungen. So besuchte ich beispielsweise kirchliche Veranstaltungen und Konzerte. Bei einer Veranstaltung in Bernburg lernte ich z.B. Freya Klier und Stefan Krawczyk kennen sowie die Bewegung „Kirche von unten“. Während meiner Studienzeit in Dresden erlebte ich Mitte der 80er Jahre, am Rande einer Gedenkveranstaltung zur Zerstörung der Stadt im 2. Weltkrieg (13. Februar 1945), einen spontanen Demonstrationszug, welcher zum größten Teil aus Ausreisewilligen bestand. Hier wurde mir anschaulich die Allmacht des Staates vor Augen geführt. Dabei wurde ich Zeuge, wie Pkws in die Menschenmenge fuhren und daraufhin Leute in die Wagen gezerrt wurden. Was mit den Verhafteten passierte, konnte ich nicht in Erfahrung bringen. In Magdeburg nahm ich an Fürbittegottesdiensten teil, welche sich als Reaktion auf die Verhaftung von verschiedenen Leuten in Berlin richteten, die am Rande der staatlichen Rosa-Luxemburg-Ehrung mit einem Zitat von ihr mehr Freiheit forderten. Ein weiterhin beeindruckendes Erlebnis war für mich der 9. Oktober 1989. Ich nahm an der Montagsdemonstration in Leipzig teil. Dort zeigte sich ein großes Aufgebot an Polizei und Kampfgruppen. Als wir während des Demonstrationszuges die Leipziger Zentrale der Staatsicherheit (sog. „Runde Ecke“) passierten, beschlich sich mir allerdings ein mulmiges Gefühl. Die Frage kam auf: „Wie reagieren die? Was ist wenn die jetzt schießen?“. Glücklicherweise stand aber Gewaltlosigkeit und der Wille zu einem offenen Dialog im Vordergrund. Einige Tage später hörte ich allerdings, dass am selben Tag bei einer Demonstration in Halle nicht so gewaltlos wie in Leipzig vorgegangen wurde. Hier wurden Teilnehmer eingekesselt und festgenommen. Viele dieser geschilderten Ereignisse führten dazu, meine Sichtweise auf die DDR noch kritischer zu sehen. Auch wurde mir bewusst, dass sich eine Spirale der Demonstration in Gang setzte, die allmählich eine Eigendynamik gewann, die nun nicht mehr aufzuhalten war.

2. *Welche Gründe führten dazu, eine sozialdemokratische Partei in Halle zu gründen? Gab es traditionelle Gründe, pragmatische Gründe, andere?*

Ich selbst gehöre nicht zu den Gründungsmitgliedern der SDP in Halle. Allerdings bekam ich, beispielsweise bei Mahnwachen in Halle, die ersten Aufrufe von Bürgerbewegungen mit. Ich nahm an einer Informationsveranstaltung in der Halleschen Pauluskirche teil, wo sich verschiedene neue Bürgerbewegungen und Parteien vorstellten. Meine grundlegende Überzeugung war es mich selbst zu engagieren, ich wollte mitarbeiten und Verantwortung übernehmen. Mich störte in diesem Zusammenhang immer der Spruch und die Klage über „die da oben...". Als Alternative für eine politische Teilhabe kam für mich, wie in Frage 1 geschildert, einzig die SDP in Frage. Die Blockparteien stellten absolut keine Option dar, waren sie doch zu sehr an das System gebunden und zu sehr in politische Machenschaften der machthabenden SED involviert.

Ich wurde im November 1989 Mitglied der SDP. Im Vorfeld sprach ich hierzu mit dem Studentenpfarrer Klaus-Michael Körner (auch genannt „Theo"). Dieser erzählte mir, dass es im Haus der evangelischen Studentengemeinde in der Puschkinstraße regelmäßige Treffen der Mitglieder und Interessenten der SDP gäbe.

3. *Wie kam es zur Gründung der SDP in Halle und wie lief diese organisatorisch ab?*

Die SDP wurde in Halle am 27. Oktober 1989 gegründet. Ich selbst arbeitete nach meinem Eintritt in einer Arbeitsgruppe für Öffentlichkeitsarbeit mit und brachte mich bei den „Jungen Sozialdemokraten" ein. Der Start der Arbeit in Halle lief unter schwierigen Verhältnissen an. Es fehlte einfach an allem. So konnte die Partei nicht, wie beispielsweise die Blockparteien, auf eine vorhandene Infrastruktur zurückgreifen. Mangel bestand an allem was für heutige Verhältnisse die banalsten Dinge sind (wie Telefon, Druckmöglichkeiten und das dafür benötigte Papier). Auch ein Büro bekam die SDP nach meiner Erinnerung erst Anfang des Jahres 1990 vermittelt. Dieses erste Büro befand sich damals im Reformhaus in Halle.

4. *Wer waren die Gründungsmitglieder?*

Um nur ein paar heute noch Aktive zu nennen:
Christel Riemann-Hanewinckel (spätere Bundestagsabgeordnete),
Bernd Voigtländer (Abgeordneter in der letzten DDR-Volkskammer),
Klaus-Michael Körner (Studentenpfarrer und derzeit Landtagsabgeordneter in Mecklenburg-Vorpommern).

5. *Wie entwickelte sich die SDP/SPD im Einheitsjahr 1990? Sind bis heute Kontinuitätslinien erhalten geblieben?*

Im Einheitsjahr 1990 war ich Mitglied in der AG Bau/Verkehr, was nahe lag, da dies mit meiner beruflichen Qualifikation einherging. In Bezug auf die Wahlen bereiteten wir Infostände vor und organisierten den Wahlkampf. Ich selbst wurde im Sommer darauf angesprochen, ob ich mir vorstellen könnte, für den neu entstehenden Landtag von Sachsen-Anhalt zu kandidieren. Dies tat ich und wurde im Oktober 1990 über die Landesliste in den Landtag gewählt. Bei dessen Eröffnung gehörte ich dem ersten Präsidium an. Dieses bestand aus dem ältesten Abgeordneten (Heinz Hildebrandt/FDP) sowie der jüngsten Abgeordneten (Katrin Budde) und dem jüngsten Abgeordneten (Thomas Felke). Die meiste Erfahrung in der Anfangszeit der Fraktionsarbeit konnten die ehemaligen Mitglieder der letzten Volkskammer wie Rüdiger Fikentscher und Gerlinde Kuppe einbringen.

Am Anfang hatte ich noch die Hoffnung, Beruf und Mandat verbinden zu können. Was bedeutet hätte, zwei Tage Abgeordneter zu sein und drei Tage meiner bisherigen beruflichen Tätigkeit nachzugehen. Dies stellte sich allerdings schnell als Trugschluss und nicht vereinbar dar. Hinzu kamen mehr und mehr Termine in Magdeburg. Somit konzentrierte ich mich vollständig auf die Arbeit als Mitglied des Landtages.

6. *Was wurde aus den Gründungsmitgliedern?*

Siehe Frage 4.

7. *Gab es Westkontakte und wenn ja - inwiefern waren diese bei der Gründung des Ortsvereins von Nutzen?*

Ich selbst hatte einen persönlichen Kontakt nach Göttingen. Dieser kam so zustande, dass ich nach der Grenzöffnung nach Göttingen fuhr und aus Interesse einen Infostand der SPD besuchte. Dort lernte ich einen Genossen - einen stellvertretenden Ortsvereinsvorsitzenden - kennen, mit welchem ich später noch Kontakt hatte. Dieser Kontakt war uns bereits im Dezember 1989 hilfreich, denn durch diese Verbindung wurde es uns ermöglicht, Flugblätter für die von der SDP organisierte Montagsdemonstration zu erstellen und zu drucken.

Ein weiterer Kontakt bestand zur Halleschen Städtepartnerstadt Karlsruhe. Im Herbst 1989 besuchte hierzu eine Delegation aus Karlsruhe Halle zur Partnerschaftspflege. Ein Delegationsteilnehmer – der SPD-Bürgermeister - stellte dann die Frage, wo sich denn die Leute der SDP treffen? Dadurch erhielten wir weiteren Kontakt und Unterstützung durch den Karlsruher SPD-Stadtverband. Diese Unterstützung umfasste z. B. Papier und technische Gerätschaften wie beispielsweise Computer und Drucker.

8. *Wie ging man mit ehemaligen SED-Mitgliedern um, die in die SDP eintreten wollten?*

Es existierte die Regelung, dass jeder Ortsverein den Umgang mit ehemaligen SED-Mitgliedern selbst zu klären hatte. In meinem Ortsverein mussten diese Personen erklären, welche Funktion und Tätigkeit sie innerhalb der SED übernommen hatten. In Punkto des Umgangs mit ehemaligen SED-Mitgliedern stellt sich oft die Frage, ob man sich damals mehr hätte öffnen sollen? Dieser Meinung bin ich nicht. Wir haben uns damals meiner Meinung nach richtig verhalten. Es bestand durch einen zahlreichen Eintritt von ehemaligen SED-Parteimitgliedern die Gefahr, dass wir als neu gegründete Partei durch die Kadererfahrenen einfach „überrannt“ worden wären. Es hätte eine ganz andere Zusammensetzung und vielleicht auch eine andere Ausrichtung der SDP gegeben. Die Gefahr einer Vereinnahmung durch die alten SED-Kader war durchaus zu befürchten.

9. *Welchen Einfluss hatte die Kirche (speziell in Halle) auf die Entstehung einer sozialdemokratischen Partei, wie gestaltete sich dieser?*

Ich selbst habe keine kirchliche Prägung erfahren. Einige meiner Freunde aber engagierten sich in kirchlichen Gruppen. So kam ich, wie oben geschildert, in Kontakt zu diesen Gruppierungen. Die evangelische Kirche spielte in Halle eine sehr große Rolle. Hier stellte sie, wie auch in anderen Städten, Räume zur Verfügung. Der schon genannte Klaus-Michael Körner war seines Zeichens, wie erwähnt, Studentenpfarrer und maßgeblich an der Gründung der SDP in Halle beteiligt.

Dr. Rüdiger Fikentscher, Halle/Saale 11. Januar 2010

1. *Stellen Sie sich bitte kurz vor und schildern Sie, wie Sie zur SPD gekommen sind.*

Dr. Rüdiger Fikentscher, Jahrgang 1941, im Herbst 1989 Dozent an der HNO-Klinik der Universität Halle, frühzeitig eingetragen beim Neuen Forum. Durch einen Aushang bei der Mahnwache an der Halleschen Georgenkirche wurde ich im Oktober 1989 darauf aufmerksam, dass sich eine SDP gründet. Da ich fest entschlossen war, mich politisch zu betätigen und die SPD seit Jahrzehnten ohnehin die Partei war, der ich mit Abstand die größten Sympathien entgegen brachte, trat ich zum mir frühestmöglichen Zeitpunkt ein.

2. *Welche Gründe führten dazu, eine Sozialdemokratische Partei in Halle zu gründen? Gab es traditionelle Gründe, pragmatische Gründe, andere?*

Die Gründung der SDP in Halle habe ich nicht mit vollzogen, sondern ich kam erst eine Woche später dazu. Jedoch wirkte ich seither mit allen mir zur Verfügung stehenden Kräften bei ihrem Aufbau mit. Traditionelle Gründe gab es insofern, als ich mir beispielsweise schon in den 60er Jahren das Godesberger-Programm beschafft und die Politik in Deutschland recht genau verfolgt hatte. Dazu kam der Umstand, dass die anderen bestehenden Parteien mit dem DDR-System so stark verwoben waren, dass ein Neuanfang aus meiner Sicht nur mit einer neuen Partei gelingen könnte und man durch die SPD dem System den größtmöglichen Widerstand entgegensetzen konnte.

3. *Wie kam es zur Gründung der SDP in Halle und wie lief diese organisatorisch ab?*

Hierbei möchte ich auf das Sonderheft der Halleschen SPD „wende.punkt“ verweisen. Dort existiert ein Artikel zur Gründung der SDP in Halle. (A.d.R. zitiert im Quellen- und Literaturverzeichnis)

4. *Wer waren die Gründungsmitglieder?*

Siehe Frage 3.

5. *Wie entwickelte sich die SDP/SPD im Einheitsjahr 1990? Sind bis heute Kontinuitätslinien erhalten geblieben?*

Der zunächst festgestellte bzw. eher vermutete große Mitgliederzustrom hielt nur kurze Zeit an. Es fehlten die Organisationsstrukturen, um Mitglieder zu binden, in Arbeit zu setzen und zu beteiligen. Außerdem gab es viele, die zunächst nur gegen das DDR-System waren, dann jedoch bald merkten, dass sie nicht dauerhaft politisch aktiv sein wollen, durch berufliche Beanspruchung davon abgehalten worden sind, andere politische Richtungen ihnen im Grunde genommen mehr zusagen oder die enttäuscht waren, dass sie durch die Partei keine neue Arbeit oder Aufstiegschancen bekommen, das heißt in ihren persönlichen Hoffnungen enttäuscht worden sind. Entscheidend war jedoch der Umstand, dass viele derer, die von Beginn an dabei waren und auch Mandate erhielten, bis heute dabei geblieben sind und noch immer einen stabilen Kern bilden. Sie stellten als Personen die Kontinuität her, auch weil sie sehr rasch gelernt haben, wie Demokratie funktioniert, Volksvertretung organisiert werden muss und öffentliche Aufgaben ausgefüllt werden müssen.

6. *Was wurde aus den Gründungsmitgliedern?*

Bei den Gründungsmitgliedern zeigt sich das ganze Spektrum, das unter 5. beschrieben wurde. Einige wurden völlig aus den Augen verloren, andere wandten sich von der SPD ab und wieder andere blieben in wichtigen Funktionen bzw. erhielten wichtige Mandate.

7. *Gab es Westkontakte und wenn ja - inwiefern waren diese bei der Gründung des Ortsvereins von Nutzen?*

So genannte „Westkontakte“ gab es bereits frühzeitig. Sie entstanden meist spontan durch die Aktivitäten einzelner Personen, beispielsweise aus der Halleschen Partnerstadt Karlsruhe heraus oder auch aus München sowie über ganz persönliche verwandtschaftliche bzw. freundschaftliche Kontakte, die vorher bestanden. Diese waren jedoch in der unmittelbaren Gründungsphase noch nicht vorhanden, sondern wirkten sich erst bei der weiteren Arbeit und dem Aufbau günstig aus. Das Problem dabei war von Beginn an klar: Die Genossinnen und Genossen aus den alten Bundesländern erzählten in der Regel, wie es bei ihnen ist und mussten unter den ganz anderen Bedingungen in Halle und anderswo erst sehr genau schauen, inwieweit ihre Erfahrungen hier anwendbar sind. Hilfen wurden selbstverständlich angeboten und ebenso selbstverständlich angenommen. Es mangelte jedoch an einer flächendeckenden systematischen, d.h. organisierten Unterstützung.

8. *Wie ging man mit ehemaligen SED-Mitgliedern um, die in die SDP eintreten wollten?*

Der Umgang mit SED-Mitgliedern wechselte mehrfach. Zunächst wurden Beispiele genannt, wo man sich geradezu rühmte, ehemalige SED-Mitglieder aufgenommen zu haben. Dann wurde man immer vorsichtiger, insbesondere weil von der politischen Gegnerschaft ein Vorwurf auch aus diesem Umstand abgeleitet worden ist. Schließlich kam es im Januar zu der Entscheidung, DDR-weit SED-Mitglieder nicht mehr aufzunehmen, weil die Zahlenverhältnisse zu ungleich waren und das begründete Gerücht aufkam, dass ganze SED-Gruppen sich zu SPD-Gruppen umgründen wollten, wogegen es im Grunde keine rechtliche Handhabe geben konnte, da sich alle anderen Ortsvereine auch ohne Erlaubnis spontan gegründet hatten. Dieses Verbot wurde auf dem Parteitag in Halle im Juni 1990 durch eine einfache Regel ersetzt: Der Ortsverein entscheidet über die Aufnahme. Dies gilt bis heute, hat aber zunächst große und teilweise erbitterte Diskussionen im Einzelfall vor Ort ausgelöst. Die Zahl der SED-Mitglieder, die der SPD beitreten wollten, hielt sich rasch in engen Grenzen.

9. *Welchen Einfluss hatte die Kirche (speziell in Halle) auf die Entstehung einer sozialdemokratischen Partei, wie gestaltete sich dieser?*

Die Kirche in Halle, wie auch anderswo, bot in unterschiedlicher Weise Freiräume für gesellschaftspolitische Zusammenkünfte und Diskussionen. Aus diesen gingen Initiativen einzelner Personen bzw. Personengruppen hervor, ohne dass die Kirche als Organisation dabei selbst in Erscheinung trat. Die SPD-Gründung in Schwante war bekanntlich durch die evangelischen Pastoren Markus Meckel und Martin Gutzeit zustande gekommen. Am schnellsten liefen die Informationen über die persönlichen Bekanntschaften von Pastoren untereinander. So war es auch in Halle. Der damalige Studentenpfarrer Michael Körner, genannt Theo, war offensichtlich eine dieser treibenden Kräfte bei der Gründung, ebenso wie Christel Riemann-Hanewinckel. Ihr Mann war Pfarrer in der Georgenkirche, wo in dieser Zeit die Mahnwache aushielt und wo neben vielen anderen Informationen auch der Aufruf zur Gründung einer SDP frühzeitig zu lesen war. Aber auch hier spielte die Kirche als Organisation nur insofern eine Rolle, als sich über die Pastoren die Möglichkeit zu

Versammlungen in kirchlichen Räumen ergab, maßgeblich im Laurentius-gemeindehaus/Studentenpfarrer, aber auch in Theologieseminarräumen in den Franckeschen Stiftungen über Michael Seils. Von einer wie auch immer gearteten Dominanz der Theologen konnte jedoch sehr bald keine Rede mehr sein. Schon am 3. Januar wurde der Rechtsanwalt Frenzel zum Stadtvorsitzenden gewählt, und auch einen Monat später, beim in Halle stattfindenden Bezirksparteitag war bewusst darauf geachtet worden, dass nicht ein Pfarrer an der Spitze steht.

Christel Riemann-Hanewinckel, Halle/Saale 19. März 2010

1. *Stellen Sie sich bitte kurz vor und schildern Sie, wie Sie zur SPD gekommen sind.*

1947 geboren, Buchhändlerin, Theologin, Pfarrerin, MdB von 1990 bis 2009; seit November 2009 ehrenamtlich engagiert: Verwaltungsratsvorsitzende der Evangelischen Stadtmission Halle/Saale e.V., Präsidentin der Evangelischen Aktionsgemeinschaft e.V., Vorsitzende des Fördervereins des Kinder- und Jugendtheaters Thalia Halle/Saale.

Im Jahr 1989 gab es in Halle/Saale verschiedenste Probleme zwischen dem Evangelischen Kirchenkreis und den Abteilungen Inneres der Stadt und des Bezirkes Halle. Verschiedene Pfarrer und Pfarrerinnen, Gemeindegruppen und Aktivitäten standen unter Beobachtung der staatlichen Stellen. Kirchlich Engagierte mischten sich ein und widersprachen dem Zeitgeist des real existierenden Sozialismus. Dies hatte immer auch entsprechende Konsequenzen, von Vorladungen „zur Klärung eines Sachverhaltes“, Diskriminierung der Kinder durch Nichtzulassung zur Erweiterten Oberschule, Bespitzelung bis Inhaftierung durch die „Stasi“.
Am gravierendsten waren der Betrug bei der Kommunalwahl im Mai 1989 und die massive Gewalt in Peking gegen Studierende und Demonstranten. In Halle haben mehrere Kirchgemeinden der Opfer gedacht, indem eine Woche die Klagetrommel geschlagen wurde, rund um die Uhr nacheinander in verschiedenen Kirchgemeinden. Ein weiteres Problem waren die jährlichen Friedensdekaden im November, die Gesprächsgruppen für Ausreisewillige, die Baugruppe an der Georgenkirche, der Ökologische Arbeitskreis und das von ihm herausgegebene „Blattwerk“, die Gruppe „Christliche Mediziner in sozialer Verantwortung“, die offene Jugendarbeit und die Jugendwoche des Kirchenkreises. Die Aufzählung ist nicht vollständig, soll aber verdeutlichen, in welchem Umfang im Kirchenkreis Halle die verschiedensten politischen Gruppen selbstverständlich neben dem kirchlichen Engagement und unter dem Dach der Kirche gearbeitet haben.
Für den Kirchenkreis war ich als stellvertretende Superintendentin die Ansprechpartnerin der verschiedenen Gruppen. In diesen Gruppen engagierten sich über 50 Prozent Nichtchristen. Sie traten ein für eine andere Friedenspolitik, für die Beendigung der Umweltzerstörungen, die Einhaltung der Menschenrechtskonvention der Vereinten Nationen, die ja auch die DDR ratifiziert hatte. Dies alles entsprach den Forderungen des „Konziliaren Prozesses für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung“, den die evangelische Kirche in der DDR maßgeblich mit gestaltet hat.
Es gab also eine recht große Schnittmenge zwischen denen, die ohne christlichen Hintergrund Veränderungen in der DDR wollten und Christen, die Kirche im Sozialismus gestalten wollten und damit hofften, die DDR verändern und verbessern zu können. Die Starrheit und die katastrophalen Verschlechterungen durch das System machten die Ablehnung und Auflehnung in den verschiedensten Formen immer notwendiger.

Im Jahr 1989 bin ich immer mehr zu der Überzeugung gekommen, dass der Widerspruch zur Nationalen Front und der SED-Herrschaft darin liegen müsste, ihrem Alleinvertretungsanspruch zu widersprechen, indem eine neue demokratische Partei gegründet wird.
Am 7. und am 9. Oktober 1989 gab es in Halle auf dem Marktplatz gewalttätige Übergriffe der Staatssicherheit. Jugendliche und Erwachsene wurden systematisch, aber auch zufällig zugeführt oder verhaftet. Dagegen hat der evangelische Kirchenkreis bei der Abteilung Inneres protestiert und in der Georgenkirche wurde die Mahnwache eingerichtet.
Der Raum um die Georgenkirche war in den nächsten Wochen der Ort für den Informationsaustausch durch Gespräche, Aushänge der SDP (Statut und Treffpunkte), Werbung des Neuen Forums und anderer Gruppen bzw. der sich neu gründenden Parteien,

Aufnahme der Protokolle der Zugeführten (die später bei Gerichtsverhandlungen gegen Stasi-Offiziere eine Rolle spielten), Vorbereitungen der Montagsdemonstrationen in Halle, Info-Punkt für Mitteilungen aus anderen Städten der DDR und so weiter.
Durch persönliche Bekanntschaften, z.B. Konrad Elmer, wusste ich von der Gründung in Schwante und erfuhr den Gründungstermin der SDP in Halle.

2. *Welche Gründe führten dazu, eine Sozialdemokratische Partei in Halle zu gründen? Gab es traditionelle Gründe, pragmatische Gründe, andere?*

Die Gründungsmitglieder der SDP in Halle wollten konkrete Veränderungen in der DDR, z.B. freie, geheime, unabhängige Wahlen; Stopp der Verschwendungen durch die unhaltbare Volkswirtschaft; ein Ende der Ideologisierung aller Lebensbereiche, vor allem in den Schulen und der Berufsausbildung; Friedenspolitik und Unterstützung der Ansätze von Gorbatschow (Glasnost und Perestroika); keine Gewalt gegen Andersdenkende; eine wirksame Umweltpolitik. Traditionelle Gründe gab es nicht. Die Auseinandersetzung mit unserer Halleschen SPD-Tradition kam erst später. Aber es meldeten sich bald Genossinnen und Genossen aus der Zeit nach 1945.

3. *Wie kam es zur Gründung der SDP in Halle und wie lief diese organisatorisch ab?*

Zur Gründung der SDP kam es durch das mündliche Weitersagen. Ich wusste vorher nicht, wer dabei sein wird. Ich hatte vorher das Statut, das in Schwante verabschiedet worden war als Wachsmatrize bekommen, es vielfach gedruckt und nach der Gründung mit meinem Namen als Kontaktadresse für die SDP-Halle ausgehängt bzw. verteilt. Wir trafen uns in einer privaten Wohnung am 27.Oktober 1989. Ich glaube es waren 18 Personen, von denen elf Gründungsmitglieder wurden.

4. *Wer waren die Gründungsmitglieder?*

Wir waren: zwei Frauen – eine Goldschmiedin, eine Pfarrerin; neun Männer, von denen waren vier Pfarrer, ein Theologiestudent, ein Mediziner, ein Bauingenieur, zwei weitere Berufe sind mir nicht mehr bekannt.

5. *Wie entwickelte sich die SDP/SPD im Einheitsjahr 1990? Sind bis heute Kontinuitätslinien erhalten geblieben?*

Einer kam mit der Wahl im März 1990 in die letzte Volkskammer – Bernd Voigtländer, dessen Nachfolgerin ich im 12. Deutschen Bundestag ab Dezember 1990 wurde. 1990 war das Interesse an der SPD sehr groß. Das spiegelte sich in den Mitgliedszahlen und an den hohen inhaltlichen Erwartungen. Diese Erwartungen waren aber ohne entsprechende Ausstattung und Personal gar nicht zu erfüllen. Das war mit das größte Problem im Vergleich zu den Blockparteien SED, CDU, LDPD-FDP, um nur diese zu nennen. Kontinuitäten sind in Halle durch die Personen Bernd Voigtländer und Christel Riemann-Hanewinckel (damals Hanewinckel) gegeben. Siegfried Begenau ist nach seiner Arbeit bei der Fraktion aus der SPD ausgetreten.

6. *Was wurde aus den Gründungsmitgliedern?*

Mit der Kommunalwahl im Mai 1990 wurde ich Vizepräsidentin der Stadtverordnetenversammlung Halle/Saale. Im Mai 1991 wurde ich als achte. Unterbezirksvorsitzende für Halle/Saalkreis/Merseburg und ab 1993 bis 2005 Stadtvorsitzende in

Halle/Saale gewählt, Bernd Voigtländer war viele Jahre mein Stellvertreter. “Theo“ Körner wurde Landrat in Mecklenburg, Siegfried Begenau war Geschäftsführer der SPD-Stadtratsfraktion, Helmut Becker wurde Pfarrer in Halle/Saale, Martin Kölz gab das Theologiestudium auf und studierte Jura. Beide sind Mitglieder der SPD, Ulrike Hamers trat nach einiger Zeit aus der SDP aus, zwei Gründungsmitglieder sind verstorben.

7. *Gab es Westkontakte und wenn ja - inwiefern waren diese bei der Gründung des Ortsvereins von Nutzen?*

Westkontakte gab es im Oktober keine. Nach der Gründung, ab Dezember hatten wir praktische Unterstützung durch die Karlsruher SPD. Wir bekamen PCs, Papier, Kopierer, politische Informationen, Unterstützung bei der Volkskammerwahl, nach der Kommunalwahl Training in Karlsruhe für unsere gewählten Beigeordneten und die Fraktion.

8. *Wie ging man mit ehemaligen SED-Mitgliedern um, die in die SDP eintreten wollten?*

SED-Mitglieder oder Inoffizielle Stasimitarbeiter wurden in der Anfangszeit nicht aufgenommen. Bei den Mitgliedern, deren IM-Tätigkeit nach dem Eintritt offenbar wurde, gab es im Ortvereinsvorstand Gespräche und die Erwartung, sich mit den bespitzelten Opfern zusammenzusetzen und die Vergangenheit zu klären. Wer dazu nicht bereit war, wurde ausgeschlossen bzw. bekam die Auflage, sich um keinerlei Ämter im Stadtverband und darüber hinaus zu bewerben. Die Entscheidung lag immer bei den Ortsvereinen.

9. *Welchen Einfluss hatte die Kirche (speziell in Halle) auf die Entstehung einer sozialdemokratischen Partei, wie gestaltete sich dieser?*

Die Institution Kirche hatte keinen Einfluss auf die Entstehung der SDP. Aber durch das starke Engagement verschiedener Pfarrerinnen und Pfarrer gab es natürlich einen christlichen Einfluss. Da die Themen des Konziliaren Prozesses der evangelischen Kirchen deckungsgleich waren mit den Hauptzielen der SPD der Bundesrepublik war es nicht verwunderlich, dass relativ viele Menschen aus den evangelischen Kirchen der SPD nahe waren bzw. die SDP in der DDR gründeten. Eine wichtige Grundlage war außerdem die synodale Verfasstheit der evangelischen Kirche. Damit waren viele Mitarbeitende und Gemeindeglieder mit den Prinzipien einer parlamentarischen Demokratie vertraut. Für mich zeigte sich das in Halle/S. bei der Einrichtung der Runden Tische für die Stadt und den Bezirk. Für die Moderation waren sowohl katholische wie evangelische Christen gefragt. Ich war Moderatorin des Runden Tisches der Stadt Halle. Ich war akzeptiert, obwohl ich im Oktober die SDP mit gegründet hatte und für das kommunale Parlament als SDP-Mitglied kandidierte.

Geführte Interviews – Magdeburg

Hans-Dieter Bromberg, Magdeburg 3. Mai 2010

1. *Stellen Sie sich bitte kurz vor und schildern Sie, wie Sie zur SPD gekommen sind.*

Hans-Dieter Bromberg, geb. 07.07.1948 in Oschersleben, Dipl.-Ing. (FH), verh., 2 Kinder, in der DDR leitender Angestellter und parteilos.

Seit 1987 war ich in der Umweltbewegung der evangelischen Kirche tätig. Es zeichnete sich eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation, Mangelverwaltung, zunehmende Umweltbelastungen ab. Es bestand keine Einflussmöglichkeit auf grundlegende wirtschaftliche und politische Veränderungen. Bereits im Frühjahr 1989 hatte ich Kontakte zu Markus Meckel. Parallel organisierte ich Umweltgruppen auf DDR-Ebene.
Im August 1989 gelang unserer Tochter die Flucht über Ungarn. Daraus resultierte sich für uns die Möglichkeit, dass entweder politische Veränderungen in der DDR einsetzen würden oder wir ebenfalls ausreisen würden.
Die Personen und Inhalte der Parteien der Grünen und der SPD im Westen waren für mich am überzeugendsten und stimmten mit meinen Vorstellungen überein.

2. *Welche Gründe führten dazu, eine Sozialdemokratische Partei in Magdeburg zu gründen? Gab es traditionelle Gründe, pragmatische Gründe, andere?*

Diese Antwort ergibt sich aus Frage 1.

3. *Wie kam es zur Gründung der SDP in Magdeburg und wie lief diese organisatorisch ab?*

Es gab ein Treffen bei Markus Meckel in Niederndodeleben. Dort wurde die Aussage getroffen, dass eine Initiativgruppe zur Gründung der SDP-DDR besteht, auch der Gründungstermin stand fest, drüber hinaus waren dezentrale Initiativen erforderlich.
Für mich hatte aber zunächst die Gründung einer Grünen Partei vorrang. Da eine Initiativgruppe in dieser Hinsicht ohne greifbare Ergebnisse blieb, kam für mich die Unterstützung der SDP in Frage. Dies tat ich gemeinsam mit Willi Polte, Holger Saffier, Eva Bromberg uns anderen. Es fanden regelmäßige Treffen bei Willi Polte zur Vorbereitung von Friedensgebeten, Montagsdemonstrationen statt. Unsere Namen und Adressen wurden im Magdeburger Dom veröffentlicht. Weiterhin fand eine Abstimmung mit der SDP-Gründergruppe in Berlin statt, dies passierte über Markus Meckel.
Im Oktober 1989 trat ich in die SDP ein. Es begannen die Vorbereitungen zur Gründung des Stadt- und Bezirksverbandes. Die Gründungsversammlung fand am 28. November 1989 in der Altstadtgemeinde der evangelischen Kirche in Magdeburg statt.

4. *Wer waren die Gründungsmitglieder?*

Die Gründungsmitglieder sind auf der Gründungsurkunde des Regional- als auch des Stadtverbandes Magdeburg zu ersehen.

5. *Wie entwickelte sich die SDP/SPD im Einheitsjahr 1990? Sind bis heute Kontinuitätslinien erhalten geblieben?*

Es gab große Differenzen über den zu wählenden Weg zur Deutschen Einheit. Etliche Teilnehmer aus der Gründungsversammlung traten bereits 1990 wieder aus (z.B. wegen Äußerungen/Vorbehalte von Oskar Lafontaine). Enttäuschungen ergaben sich auch über das schlechte Abschneiden bei der Volkskammer- und Kommunalwahl.

6. *Was wurde aus den Gründungsmitgliedern?*

Einige Mitglieder der Gründungsinitiative sind bis heute politisch aktiv, wenn auch nicht mehr alle Mitglieder der SPD sind. Die größte Veränderung trat bei den Mitgliedern ein, die am euphorischsten in die Wendezeit gegangen sind. Stabil geblieben sind hingegen die Mitgliederzahlen trotz aller Veränderungen in Zugängen und Abgängen.

7. *Gab es Westkontakte und wenn ja - inwiefern waren diese bei der Gründung des Ortsvereins von Nutzen?*

Ich selbst bin zum ersten Mal im Dezember 1989 in die Bundesrepublik gefahren. Westkontakte bestanden größtenteils zur Partnerstadt Braunschweig und wurden im Rahmen des Wahlkampfes intensiviert. Die Braunschweiger halfen in erster Linie mit materiellen Gütern.

8. *Wie ging man mit ehemaligen SED-Mitgliedern um, die in die SDP eintreten wollten?*

Die meisten von uns wollten nicht, dass ehemalige SED-Mitglieder aufgenommen wurden. Wenn doch, dann sollte für diese eine Wartezeit erfolgen. Ehemalige Funktionsträger sollte kein Eintritt gewährt werden.

9. *Welchen Einfluss hatte die Kirche (speziell in Magdeburg) auf die Entstehung einer sozialdemokratischen Partei, wie gestaltete sich dieser?*

Ich selbst war in Umweltgruppen der Kirche tätig. Die Kirche bot den Freiraum für oppositionelle Bewegungen. Als Institution hatte die Kirche aber keinen Einfluss.

Rainer und Cristel Löhr, Magdeburg 11. Februar 2010

1. *Stellen Sie sich bitte kurz vor und schildern Sie, wie Sie zur SPD gekommen sind.*

Rainer Löhr, geb. 25. November 1940, Lehrerausbildung Kl. 1- 12 für die Polytechnische Oberschule der DDR, Lehrer an der Erweiterten Oberschule bis zur friedlichen Revolution. Danach für die SPD in der ersten frei gewählten Stadtverordnetenversammlung der Stadt Magdeburg, für ein Jahr hauptamtlicher Stadtrat für Kultur, dann ehrenamtlich. Hauptamtlich Lehrer am Ökumenisches Domgymnasium Magdeburg (Schule in freier Trägerschaft) für Kunst, Geografie, Sozialkunde, 19 Jahre ehrenamtlicher Stadtrat. Zurzeit ehrenamtlich für die SPD in verschiedenen Arbeitsgemeinschaften aktiv tätig, auf Honorarbasis als Lehrer am Ökumenischen Domgymnasium tätig.

Christel Löhr, geb.: 14. April 1941, Ausbildung als Friseurin, danach Fachausbildung als Kindergärtnerin, Fachausbildung als Horterzieherin mit Lehrausbildung, bis zur friedlichen Revolution als Lehrerin an einer Polytechnischen Oberschule für die Klassen 1-10 tätig. Danach arbeitslos wegen nicht passender Ausbildung für das neue Schulsystem. Stadtverordnete für die SPD in der ersten frei gewählten Stadtverordnetenversammlung der Stadt Magdeburg, ehrenamtlich tätig für die SPD in verschiedenen Arbeitsgemeinschaften, von 1994 – 2002 als Mitarbeiterin eines Landtagsabgeordneten hauptamtlich tätig.

2. *Welche Gründe führten dazu, eine Sozialdemokratische Partei in Magdeburg zu gründen? Gab es traditionelle Gründe, pragmatische Gründe, andere?*

Als politisch sehr interessierte Bürger der DDR lebten wir wie viele Bürger in zwei Welten. Öffentlich taten wir pflichtgemäß das, was eine Lehrerpersönlichkeit in der DDR zu tun hatte. Wir blieben, trotz vielfacher Werbung, aus guten Gründen parteilos. Umso mehr lebten wir privat in der BRD mit ihrem politischen System. Auf natürliche Weise war die SPD von Willy Brandt, Helmut Schmidt, Herbert Wehner und anderen Sozialdemokraten unsere politische Heimat. Wir zitterten bei den Wahlen, als wenn wir dazu gehörten.

So war es ebenso natürlich, als uns die friedliche Revolution die Möglichkeit gab, Mitbegründer und Mitgestalter der SDP/SPD zu werden. Die Gebete im Dom, die Unruhe in der Bevölkerung, die Sehnsucht nach Veränderung, das Gefühl von Freiheit waren die Triebfeder für unsere Suche nach Gleichgesinnten. Magdeburg als eine stark sozialdemokratisch geprägte Stadt in der Vergangenheit hat es leichter gemacht, Sozialdemokraten zu finden.

Magdeburg hatte von 1919-1933 sozialdemokratische Oberbürgermeister (1919-31 Hermann Beims, 1931-33 Ernst Reuter). Die SPD war hier eine starke Kraft und Magdeburg wurde die „Rote Stadt im roten Land genannt“.

Willy Polte träumte seit den 1960er Jahren davon, diese Bürgermeistertradition fortsetzen zu dürfen und war durch Konrad Elmer, der am 09. Oktober 1989 in den Magdeburger Dom kam und Markus Meckel in Niederndodeleben als Ansprechpartner der SDP genannt. Willi Polte fuhr schon am 10. Oktober zu dieser ökumenischen Begegnungsstätte. Am 14. Oktober waren es schon etwa 25 Mitglieder. Im Keller seines Hauses bereitete er gemeinsam mit Mitstreitern die offizielle Gründung der SDP in Magdeburg vor. Auch wir gaben dann am 10. November unsere Mitgliedserklärung bei ihm ab. Dann ging alles sehr schnell und auch improvisiert vonstatten.

3. *Wie kam es zur Gründung der SDP in Magdeburg und wie lief diese organisatorisch ab?*

Seit dem 18. November gab es dann eine SDP in Magdeburg. Die Gründungsveranstaltung fand im Gemeinderaum der evangelischen Altstadtgemeinde in der Neustädter Straße statt. Sie begann um 14.00 Uhr und endete etwa um 18.00 Uhr. Die Gemeinde stellte uns freundlicherweise ihre Räume zur Verfügung. Noch war die Veranstaltung illegal und nicht ganz ungefährlich, schon deshalb nicht, weil es immer möglich war, dass ungebetene Gäste unter uns waren. Wir lernten eine wirklich demokratisch geführte Versammlung kennen. So gab es einen gewählten Versammlungsleiter, eine Satzung mit Regeln und Zuständigkeiten, geheime Vorstandswahlen, vor allem aber eine Diskussion über ein Papier, welches Markus Meckel verfasst hatte. Es waren Grundgedanken einer sozialdemokratischen Partei in ihrer Tradition und ihren Grundwerten.

Beschlossen wurde an diesem Tag auch, dass sich die SPD nun in der ganzen Stadt bemerkbar machen muss. So wurden Verantwortliche für die einzelnen Stadtgebiete benannt, deren Aufgabe es war, im Wohnbereich tätig zu werden.

4. *Wer waren die Gründungsmitglieder?*

Der Stadtverband Magdeburg verfügt über eine Gründungsurkunde. Sie ist als Kopie beim Stadtvorstand erhältlich. Von den 118 Gründungsmitgliedern sind jetzt nicht mehr alle noch immer Mitglied des Stadtverbandes. Teils gab es bald auch wieder Austritte, im Zuge der Wiedervereinigung auch Umzüge in andere Bundesländer und auch andere Gründe.

5. *Wie entwickelte sich die SDP/SPD im Einheitsjahr 1990? Sind bis heute Kontinuitätslinien erhalten geblieben?*

Wir organisierten uns im Ortsverein Sudenburg. Die erste Ortsvereinsversammlung fand am 22. November in der Privatwohnung der Familie Pasemann in der Braunschweiger Str. 103 um 19.30 Uhr statt. Anwesend nach unserer Kenntnis waren Uwe und Christine Pasemann, Rainer und Christel Löhr, Johanna Behrend, Rolf Lange, Thilo Anlauf, Hartmut Theilmann, Uwe Albert. Es wurde in erster Linie diskutiert, wie es weitergehen soll, auch die Werbung um Mitglieder wurde thematisiert. Wir gaben bekannt, um welche Politikfelder sich die Mitglieder kümmern sollten. Dabei ging es um Kontaktsuche. Unsere Mitgliederzahl wuchs um Peter Karbel, Siegfried Wagner, Michael Borchert, Rudolf Seger.

Inder Folgezeit trafen wir uns auch in unserer Wohnung am Ambrosiusplatz 5. Wir arbeiteten an einem Programm, aber noch ohne wirklichen Zusammenhalt mit anderen Ortsvereinen. Dieser Austausch fand mehr und mehr regelmäßig auch auf Stadtebene statt. Daneben gab es in privaten Räumen auch thematische Zusammenkünfte, bei uns fanden bildungspolitische und auch gelegentlich kulturpolitische Versammlungen statt.

6. *Was wurde aus den Gründungsmitgliedern?*

Von den Gründungsmitgliedern aus Magdeburg sind doch vergleichsweise viele auch heute noch dabei. Einige sind Berufspolitiker geworden (Willy Polte, Katrin Budde, Markus Meckel, Gerd Miesterfeldt). Ein größerer Kreis ist ehrenamtlich bis heute im Stadtrat tätig, in den Arbeitsgemeinschaften der SPD oder in Ortsvereinen.

7. *Gab es Westkontakte und wenn ja - inwiefern waren diese bei der Gründung des Ortsvereins von Nutzen?*

Zu Beginn des Jahres 1990 gab es erste Verbindungen zu westdeutschen SPD- Mitgliedern aus Braunschweig. Anfangs wurden diese Begegnungen regelmäßig geführt. Wir erhielten sowohl materielle als auch inhaltliche Unterstützung. Wahlkämpfe wurden in Braunschweig sowie in Magdeburg gemeinsam bestritten. Es gab auch gemeinsame Feiern in beiden Städten, die uns näher brachten. Wir beide haben in der Vorweihnachtszeit Ende 1990 an einem Kamingespräch in Wolfsburg teilgenommen. Dort wurden wir gebeten, ausführlich über das Leben in der DDR zu berichten. Das war ein sehr schöner Abend. Leider wurden diese Begegnungen immer seltener. Die letzte große gemeinsame Veranstaltung hatten wir beim Landtagswahlkampf in Niedersachsen, als Sigmar Gabriel gegen Christian Wulff angetreten war und verlor.

Private Kontakte gab es auch noch längere Zeit mit dem Ehepaar Zaddach in Wolfsburg, wo auch andere Mitglieder Kontakte geknüpft hatten. Leider sind diese Beziehungen zum Erliegen gekommen.

8. *Wie ging man mit ehemaligen SED-Mitgliedern um, die in die SDP eintreten wollten?*

Da in vielen Kampagnen gegen die neugegründete SPD, hauptsächlich geführt von der CDU, die uns mit SPD-PDS Vorwürfen attackierten, Propaganda gemacht wurde, mussten wir mit einer eventuellen Aufnahme ehemaliger SED- Mitglieder besonders sorgfältig umgehen. Wir haben uns darüber verständigt, bis zu den Kommunalwahlen am 6. Mai 1990 Neuaufnahmen dieser Personen grundsätzlich auszusetzen. Eine analoge Regelung sollte auch für ehemalige Mitglieder der Blockparteien gelten (Nichtaustritt vor dem 31. Juli 1989).

Nach diesem Termin galt folgende Regelung in den Ortsvereinen, die zuständig für Neuaufnahmen waren:

- Vorstellung allgemeiner Art
- Frage nach Mitgliedschaften in der SED, Stasi, Massenorganisationen der DDR
- Diskussion unter den Mitgliedern mit Nachfragen und Abstimmung.

9. *Welchen Einfluss hatte die Kirche (speziell in Magdeburg) auf die Entstehung einer sozialdemokratischen Partei, wie gestaltete sich dieser?*

Über die Rolle der evangelischen Kirche gibt es viel zu berichten, nicht nur hier in Magdeburg. Man könnte fast behaupten, nur durch die ordnende Hand der Kirche war die friedliche Revolution so möglich. Das ist ein sehr langes Kapitel. Die schützende Hand der Kirche, die Aufnahme in deren Räumen, die Organisation der Montagsgebete, das Verhandlungsgeschick und die Autorität der Kirchenleute waren die Garantie für das Gelingen der Sache. Innerhalb der Kirche gab und gibt es demokratische Strukturen, die wir gern annahmen. Der Dom in Magdeburg war die Zentrale.

Im Osten sprach und spricht man auch von der Pfarrerpartei. Es gibt viele ehemalige Pfarrer, die heute das Gesicht der Ostpartei mitprägen.

Wilhelm Polte: Mein Herbst 89! (bisher unveröffentlichtes Manuskript)

Dr. Willi Polte *September 2008*

Mein Herbst 89 !

Im Sommer 1989 erfasste eine ungeheure Erregung unser Land, der sich niemand entziehen konnte, zumal kein Bürger der DDR.
Eine schnell wachsende Bewegung strebte den Wandel der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse an, begleitet von einer Massenflucht von DDR-Bürgern, die die Hoffnung auf grundlegende Veränderungen der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse aufgegeben hatten.
Auch meine Hoffnungen auf gesellschaftlichen Wandel wurden immer wieder über die Jahrzehnte des Bestehens der DDR durch die Panzerketten einer kalten Machtpolitik zermalmt.
So beim Volksaufstand vom 17. Juni 1953, beim Ungarn-Aufstand von 1956, beim Prager Frühling 1968 und bei den Blutopfern der Danziger Leninwerft 1975. Keine der Erhebung brachte eine Überwindung des Kalten Krieges, noch den Sozialismus mit menschlichem Antlitz und erst recht nicht die Einheit Deutschlands.

Im Verlaufe des Sommers 1989 bildeten sich politische Gruppierungen in deutlicher Distanz zu den bestehenden Machtstrukturens, die unabhängige und eigenständige Beiträge zur schrittweisen Veränderung der gesellschaftlichen Wirklichkeit in der DDR leisten wollten. Das vorherrschende Gefühl lautete: So kann es nicht mehr weitergehen, jetzt muss sich was ändern.

Die Aktivitäten dieser alternativen politischen Reformkräfte mit ihrer Botschaft waren für mich ein elektrisierendes Aufbruchssignal, einen erneuten Versuch für einen Wandel zu wagen.

Am 26. August 1989 veröffentlichte eine Initiativgruppe in Ost-Berlin einen Aufruf zur Gründung einer sozialdemokratischen Partei in der

DDR (SDP in der DDR). Ein bewusst gewählter Termin, sollte er doch eine programmatischen Ansatz durch den Hinweis auf die Deklaration der Freiheits- und Menschenrechte durch die Französische Revolution vom 26. August 1789 liefern.
Mit diesem Aufruf wurde ein historischer Kontext hergestellt und eine klare Orientierung für grundlegende Veränderungen der gesellschaftlichen Verhältnisse im bisherigen Machtbereich der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) gegeben.
Dies war eine klare Kampfansage und ich wollte dabei sein.

Schon am 18. August 1960 hatte ich meine ablehnende Grundhaltung der kommunistischen Diktatur gegenüber und meine Sympathie für die deutsche Sozialdemokratie durch einen Besuch beim Ostbüro der SPD in West-Berlin dokumentiert.
Jetzt gab es den Aufruf zur Gründung einer sozialdemokratischen Partei in der DDR und damit das Angebot, durch verbindliches politisches Engagement mitzuwirken, die bestehenden Lebensverhältnisse zu „wandeln" oder wie man es später nannte zu „wenden".

In Magdeburg entwickelten und artikulierten sich die nach Veränderung drängenden gesellschaftlichen Kräfte im und rund um den Dom, also war dort zunächst mein Platz.
Die Montagsgebete für eine gesellschaftliche Erneuerung wurden zum Kristallisationskern, um den sich schließlich Tausende Menschen gruppierten.
Was wollten aber die Menschen genau und was ließ sie Montag für Montag im Dom und um den Dom herum zusammenkommen?
Darüber gibt ein Papier Auskunft, dass im Rahmen einer Domveranstaltung erarbeitet wurde. Die Teilnehmer fanden sich in vielen zufälligen Gruppen zusammen und jede Gruppe hatte die Aufgabe, ihre Forderungen in einer Reihenfolge entsprechend der erkannten Bedeutung aufzuschreiben.
Diese Forderungen wurden anschließend entsprechend der Häufigkeit ihrer Nennung in einer Prioritätenliste zusammengefasst.
Von insgesamt 22 formulierten Forderungen waren die ersten 10:

Pressefreiheit, Rede- Meinungs- und Glaubensfreiheit, Parlamentarische Mehrparteiendemokratie bei freien Wahlen mit getrennter Liste, Unabhängige, weltanschaulich neutrale Bildungs- und Kulturpolitik ohne Hass- und Feindbilderziehung, Ziviler Wehrersatzdienst, Wirtschaftsreform bei Abbau der Subventionen und marktgerechte Produktion, Arbeitsvergütung nach Leistung, Strenge Gewaltenteilung in Legislative, Exekutive und Jurisdiktion, Rechtstaatlichkeit und Unabhängigkeit der Richter, Ökologische Erneuerung bei voller Information der Öffentlichkeit.

Derweil traf sich konspirativ in Schwante bei Berlin die Initiativgruppe zur Gründung der „SDP in der DDR", um am 7. Oktober 1989 die Gründung der Partei zu vollziehen.
Die Wahl des 7. Oktober 1989, dem 40. Jahrestages der DDR, war wiederum ein bewusster gewählter Termin und sollte als Signal gegen den absoluten Machtanspruch der SED verstanden werden.

Die am folgenden 9. Oktober 1989 im Magdeburger Dom stattfindende Montagsveranstaltung war höchst brisant und spannungsgeladen, hatte doch die SED in allen Betrieben und Institutionen zuvor in Kurzversammlungen versucht, die Bürger von einer Teilnahme abzuhalten. Durch den Hinweis auf ein mögliches Blutvergießen wurde psychologischer Druck ausgeübt.
Jetzt aber war die Stunde die Angst zu überwinden und zur eigenen Überzeugung zu stehen. Dies sahen offenbar viel Menschen so, denn der Dom war am Abend brechend voll.
Die rund um den Dom gruppierten militärischen und paramilitärischen Kräfte einerseits und die nach Erneuerung und Veränderung strebenden Massen im Dom andererseits kennzeichneten die Situation. Das diese Veranstaltung dank des Einsatzes der Pastoren vom Dom sowie der Disziplin der Teilnehmer schließlich gewaltfrei verlief, war rückblickend gesehen wesentlich für den Fortgang des revolutionären Prozesses.
Die Staatsmacht war erkennbar in der Defensive geraten und die Kräfte der Erneuerung gewannen Selbstvertrauen und Selbstbewusstsein.

Im Rahmen der Montagsveranstaltung am 9. Oktober 1989 berichtete ein Mitbegründer von Schwante (Konrad Elmer) über die vollzogene Gründung der Partei. Er lud Interessenten zur Kontaktaufnahme in die Ökumenische Begegnungs- und Bildungsstätte für den folgenden Dienstag nach Niederndodeleben ein, ganz in der Nähe von Magdeburg.
Endlich ein Anknüpfungspunkt für mich, denn bisher hatte es nur die Medienberichte über eine sozialdemokratische Initiative in Berlin gegeben, aber es wurden keine Adressen zur Kontaktaufnahme benannt.
Schließlich fand sich am besagtem Dienstag, den 10.Oktober 1989, eine kleine Schar mir allesamt unbekannter Interessenten in Niederndodeleben zusammen. Der Chef des Hauses und Mitbegründer in Schwante, Pf. Markus Meckel,(er wurde wenige Monate später der letzte Außenminister der DDR) empfing uns und wir machten uns erst einmal miteinander bekannt.
Nach einem gegenseitigen „abtasten" mit der Frage im Hinterkopf: „wer von den Anwesenden wurde von der Staatssicherheit geschickt?" berieten wir erste Schritte der Bildung einer Initiativgruppe zur Gründung einer Struktureinheit der SDP für den Bezirk und die Stadt Magdeburg.

Damit war der Startschuss gefallen und in den folgenden Wochen und Monaten kamen ganz neue Herausforderungen und Aufgaben auf die „Männer und Frauen der ersten Stunde" zu ,wie man sie sich zu dem Zeitpunkt nicht vorstellen konnte.
Wir hatten uns zunächst auf zwei Hauptschwerpunkte verständigt:

1. *Werbung von Mitstreitern für die SDP und Vorbereitung einer Gründungsversammlung für die Magdeburger Region.*
   Wir wollten uns dauerhaft als politische Kraft etablieren und brauchten dafür Mitglieder, eine Struktur sowie eine inhaltliche Profilierung. Damit war klar; wir mussten in die Öffentlichkeit. So wurde eine DDR-weite Liste mit Kontaktadressen zusammengestellt, die in Magdeburg im Dom sowie im Schaufenster der Evangelischen Buchhandlung Holtermann aushing.

Für den Bereich Magdeburg stand mein Name auf dieser Liste, wobei ich mir des persönlichen Risikos zu diesem Zeitpunkt voll bewusst war und eine gewisse Bangigkeit nicht verhehle .Noch wusste niemand ob aus dem Aufbruch eine Umbruch wird.

2. *Aufrechterhaltung des revolutionären Veränderungsdruckes gegenüber der Staatsmacht durch enge Zusammenarbeit mit den anderen revolutionären Gruppierungen sowie Erbringung eigener Beiträge.*

Im praktischen Vollzug stellte sich sehr bald heraus, dass beide definierten Hauptaufgaben nur als Einheit durch eine Vielzahl von Aktivitäten und Maßnahmen schrittweise erfüllt werden konnten. Als Beispiele dafür seien genannt:

< *Mitarbeit von Vertretern der in Gründung befindlichen SDP in verschiedenen Gremien, so u.a. in der Beratergruppe „Dom". Sie koordinierte die inhaltliche und organisatorische Vorbereitung der Montagsveranstaltungen.*
Dazu gehörten die Diskussionsforen im Dom, die Kundgebungen auf dem Domplatz bzw. auf dem Alten Markt sowie die Demonstrationen in der Innenstadt.

< *Durch die Zurkenntnisnahme einer sozialdemokratischen Initiative erhielten wir aus dem Magdeburger Raum eine große Zahl von Einladungen zu Bürgerforen, die in vielen Dörfern und Städten von verunsicherten aber auch hoffnungsvollen Bürgern organisiert wurden.*
So war ich viele Abende mit meinen Trabant unterwegs, von Stendal bis Köthen, von Genthin bis Egeln, von Bösdorf bis Burg und an vielen anderen Orten.
Kirchgemeinden, Kulturschaffende, eine Polizeidienststelle, die Magdeburger Berufsfeuerwehr, bei Kohlearbeiter in Magdeburg, in Gewerkschaftsgruppen, bei Offizieren der Nationale Volksarmee – alles Stationen wo ich mich der Diskussion stellte im Werben um einen Wandel im Lande.

< *Für die Großveranstaltungen waren Transparente zu zimmern, Plakate anzufertigen, Rednerpodest und Lautsprecheranlage zu organisieren, Ordner zu gewinnen und einzuweisen u.v.a. Soweit ich einen Redebeitrag leistete galt es sich gedanklich vorzubereiten.*

< *Da ich als „Kontaktadresse" bekannt wurde suchten viele Bürger den persönlichen Kontakt zu mir oder schrieben einen Brief. Etliche vermittelten mir dabei eine Einschätzung der aktuellen politischen Lage, andere stellten ihre ganz persönlichen prinzipiellen Konflikt mit der Staatsmacht dar, aber manche suchten offenbar einen Seelsorger.*
Einige wurden Mitstreiter in unseren Reihen und im Interesse der Gewinnung von Mitgliedern war mir jedes Gespräch wichtig, und deshalb habe ich auch jeden Brief auf meiner klapprigen Vorkriegsschreibmaschine Marke „Olympia" beantwortet.

< *Nach Bildung des Bürgerkomitees, das sich die Enttarnung und Entmachtung der Dienststellen der Staatssicherheit zur Aufgabe gemacht hatte, galt es einen Vertreter unserer Initiativgruppe zur Mitarbeit zu entsenden. Er übernahm die Aufgabe des Vorsitzenden und hat später seine Erlebnisse und Erkenntniss in dem Buch „Magdeburg – Kroatenweg, Chronik des Bürgerkomitees zur Auflösung der Stasi" dokumentiert.*

< *Im Verlaufe des Herbstes `89 gründeten sich überall im Lande „Runde Tische" die den Versuch unternahmen, das infolge der Schwächung der Staatsmacht immer stärker werdende Machtvakuum zu kompensieren. Zwei Mitstreiter unserer Gruppe saßen am Runden Tisch des B e z i r k e s Magdeburg, ich war der Vertreter am Runden Tisch der S t a d t Magdeburg.*

Trotz all dieser Aktivitäten wurden parallel die Vorbereitungen zur Gründung der SDP in unserer Region voran getrieben.
So saßen wir auch am Abend des 9. November 1989 in einem Kellerraum unseres Hauses, um inhaltliche und organisatorische Fragen der geplanten Gründungsversammlung zu beraten.
Wie gründet man eigentlich eine Partei und was ist dabei alles zu berücksichtigen?
Wer erarbeitet eine Geschäftsordnung und die Wahlordnung?
Wer arbeitet in der zu bildenden Wahlkommission mit?
Wer hält das Grundsatzreferat?
Welche Informationen sollen in schriftlicher Form verteilt werden, wer erarbeitet sie und wie und wo können wir sie vervielfältigen?
Wie soll der Vorstand strukturiert sein?
Welche Arbeitsgruppen für die verschiedenen Themenfelder sollten wir bilden?
Woher bekommen wir Aufnahmeformulare und wer kann Papier besorgen?
Wo können wir die Gründungsversammlung durchführen und wer kann die Tontechnik beschaffen? - u.s.w.

Gegen 22.00 Uhr kam meine Frau aufgeregt zu uns in den Keller mit der Nachricht: „Die Mauer ist gefallen und die ersten Mitbürger sind in Richtung Westen unterwegs".
Mit einem freudigen Erstaunen nahmen wir diese Botschaft auf, hielten einen Moment inne, und wandten uns wieder unserer Gründungsversammlung zu. Natürlich freuten wir uns über die offensichtlich in Aussicht stehende Reisefreiheit, aber wir wollten die gesellschaftlichen Verhältnisse grundlegend reformieren und für dieses Ziel brauchten wir eine eigenständige, unabhängige Partei. Unvermindert setzten wir unsere Arbeit fort und fühlten uns durch die übermittelte Nachricht zusätzlich beflügelt.

Am 18. November 1989 war es schließlich soweit und über 100 Personen hatten sich im Gemeindesaal der Evangelischen Altstadtgemeinde Magdeburg zur Gründung des Regionalverbandes

Magdeburg der Sozialdemokratischen Partei(SDP) eingefunden.
Mir war die Aufgabe der Begrüßung der Anwesenden zugefallen und dabei führte ich u.a. aus:

„Ich begrüße Sie, liebe Freunde, die Sie in einer Zeit des erkennbaren und nachhaltigen Wunsches nach gesellschaftlichem Wandel mit dem Ziel einer radikalen Umgestaltung der politischen, wirtschaftlichen und rechtlichen Strukturen unseres Landes sich für ein gesellschaftliches Engagement in unseren Reihen bereit finden wollen. Angesichts des Scheiterns des realsozialistischen Modells in der DDR ist es ein hoffnungsvolles Zeichen, wenn sich neue, unverbrauchte und unbelastete Kräfte zusammenfinden und ihren konstruktiven Beitrag bei der Überwindung in allen Bereichen unseres Gemeinwesens erkennbaren Defizite und Deformationen zu leisten."

Die Gründungsversammlung verlief störungsfrei und 109 Personen unterschrieben die Gründungsurkunde, die heute im Haus des Landesverbandes der SPD Sachsen-Anhalts, im Ernst-Reuter-Haus in Magdeburg hängt.
Aus dem Kreis der gewählten Vorstandsmitglieder des Stadt- und Regionalverbandes Magdeburg der SDP (später dann SPD) wurde ich zum Vorsitzenden bestimmt.
Mit der Parteigründung wollten wir den Bürgerinnen und Bürgern die Botschaft übermitteln:

< *Die Mitglieder unserer neu gegründeten Partei stellen sich der Herausforderung, die von den Menschen im Dom artikulierten politischen Forderungen im Verbund mit anderen revolutionären Kräften schrittweise umzusetzen.*

< *Steht nicht länger abseits, stärkt unsere Reihen und bringt euch ein. Nutzt die Gunst der Stunde für einen grundlegenden Neuanfang.*
Die ihr unter der Bevormundung und politischen Ohnmacht gelitten habt, macht mit und helft dem revolutionären Schwung neue Impulse zu geben.

Die vollzogene Parteigründung stellte uns vor weiteren ganz praktischen Aufgaben.

Wo können wir ein Büro einrichten(bei Wohnungsbewirtschaftung), wie kommen wir zu einem Telefon, woher bekommen wir ein Papierkontingent und Büromöbel?
Wie organisieren wir die Öffentlichkeitsarbeit und wie können wir einen innerparteilichen Informationsfluss gewährleisten?
Aber auch Positionspapiere zu inhaltlichen Fragen waren zu erarbeiten und in die Öffentlichkeit zu tragen.

Die Montagsveranstaltungen im Dom zu Magdeburg gingen unvermindert weiter.
Kundgebungen auf dem Domplatz mit Bundespolitikern mobilisierten weitere Menschenmassen.
So fand am 19. Dezember 1989 eine Großkundgebung mit Willy Brandt statt, und ich hatte die Ehre ihn als SDP-Vorsitzender offiziell zu begrüßen.
Dem Antifaschisten und Kämpfer gegen Diktaturen, der als Bundeskanzler Anfang der siebziger Jahre mit seiner Ostpolitik den Weg entscheidend mitgeebnet hat für unsere aktuelle revolutionäre Situation, dem Friedensnobelpreisträger ein herzliches Willkommen sagen zu dürfen lag wenige Wochen zuvor außerhalb jeglichen Vorstellungsvermögens.
In seiner Kundgebungsrede traf er unter anderem die Feststellung:

> *„Der Zug in Richtung Einheit rollt, und wir müssen aufpassen das keiner unter die Räder kommt."*

Eine bis zum heutigen Tage aktuelle Aufgabe.

Mit dem Wandel der einprägsamen Hauptforderung der demonstrierenden Menschen von „Wir sind das Volk" in „Wir sind ein Volk" wurde eine Akzentverschiebung spürbar.
Der Kampf um eine grundlegende gesellschaftliche Erneuerung und der eigene Anspruch es selbst tun zu wollen wurde zunehmend als Auftrag an die Regierenden in Bonn angesehen.

Die nun anstehenden „Mühen der Ebene" mit einem verbindlichen und dauerhaften politischen Engagement wollten sich nur wenige(bis zum heutigen Tage für einen demokratischen Rechtsstaat viel zu wenige) zumuten.
Weil eben die Personaldecke so dünn war, brachte mich der Herbst '89 in eine langjährige hauptamtliche und ehrenamtliche politische Verantwortung.
Dies war zwar nicht mein Intention beim Auf- und Umbruch ` 89, aber schließlich für mich persönlich das Ergebnis

Rückblickend gehört „Mein Herbst' 89" zu der emotionalsten, spannendsten und hoffnungsvollsten Phase meines Lebens.
Er brachte mir eine totale Veränderung meines Arbeitsalltags und Privatlebens sowie die prinzipielle innere Übereinstimmung mit unserer heutigen Gesellschaftsordnung.

Matthias Ulrich, Magdeburg 1. März 2010

1. *Stellen Sie sich bitte kurz vor und schildern Sie, wie Sie zur SPD gekommen sind.*

Mein Name ist Matthias Ulrich, geboren am 12. April 1962 in Berlin-Köpenick. Nach Magdeburg kam ich im Jahr 1986 zum Abschluss meines Studiums an der Hochschule für Schauspielkunst Ernst Busch in Berlin. An den Bühnen der Stadt Magdeburg debütierte ich bereits im 4. Studienjahr und bekam dort auch mein erstes Engagement nach Abschluss des Studiums.

Mit meiner damaligen Frau Heike und unseren beiden Kindern Nadine und Jonas lebten wir von 1986-1994 zusammen in Magdeburg, gemeinsam mit unserem Sohn wohnte und arbeitete ich dann noch einmal von 1996-2000 dort. Seit Sommer 2000 lebe ich in Berlin.

Unsere Revolution im Herbst 1989 änderte zum Glück auch das Leben unserer Familie und mein Leben von Grund auf. Durch meine Mitarbeit beim Aufbau der SDP und im Rahmen des Kommunalwahlkampfes für die SDP/SPD und Willi Polte - aber vor allem auch durch den Großbrand im Magdeburger Theater im Frühjahr 1990 - der dessen Zukunft völlig in Frage stellte, freute ich mich umso mehr über die Bitte Willi Poltes, ihn auf seinem Weg in das Magdeburger Rathaus zu begleiten.

Dort hatte ich vom Sommer 1990 bis Anfang 1994 die Zeit, als Pressesprecher des Oberbürgermeisters Willi Polte zu arbeiten und dabei die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Magdeburger Stadtverwaltung völlig neu aufzubauen. Besonders erinnere ich mich dabei an die Zusammenarbeit mit Klaus Puchta (Referent des Oberbürgermeisters), Fred Wagner, Dieter Haas (beide Amt für Protokoll und Öffentlichkeitsarbeit) und mit den Dezernenten Bernhard Czogalla, Dieter Steinecke und Heinz-Carl Prottengeier.

Nach einem zweijährigen Aufenthalt in La Spezia/Italien kehrte ich nach Magdeburg zurück und war von Sommer 1996 – Sommer 1997 Pressesprecher des Bau- und Verkehrsministers Sachsen-Anhalts, Jürgen Heyer. Nach meiner Arbeit als Leiter der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit für die Bundesgartenschau Magdeburg 1999, machte ich mich ab 2000 selbständig und arbeite seitdem als freier Journalist, Öffentlichkeitsarbeiter und als Fachmann für touristisches Marketing.

Im Frühjahr 1989 war es endlich auch bei mir soweit – meine Unzufriedenheit mit der Situation in der DDR, in der Stadt Magdeburg und am Magdeburger Theater hatte einen Punkt innerer Unruhe erreicht, an dem Herz und Verstand signalisierten – bis hierhin und nicht mehr weiter so.

Das Kuriose im Frühjahr und Frühsommer 1989 war für mich, dass unsere Mitbürger zu tausenden aus dem Land flohen und wir zum Beispiel am Theater überlegen sollten, wie wir den 40. Jahrestag der DDR am 7. Oktober 1989 angemessen künstlerisch begleiten. Und zahlreiche Kollegen machten mit, wie sie schon immer mitmachten – es war halt schon immer so – man wusste zwar, dass vieles Budenzauber war, aber lieber mit klatschen, als eine persönliche Klatsche vom Staat bekommen.

2. *Welche Gründe führten dazu, eine Sozialdemokratische Partei in Magdeburg zu gründen? Gab es traditionelle Gründe, pragmatische Gründe, andere?*

Mir platzte damals der Kragen und ich verließ viele dieser Ensemblesitzungen im Streit. Obwohl durch Taufe Katholik seit dem 1. Lebensjahr und einziger „katholischer Schüler“ in meinem Schuljahrgang an der Polytechnischen Oberschule und kein Pionier – ich also Ärger und Anpassungsdruck gewohnt war – erreichten meine Auseinandersetzungen mit Vorgesetzten und Kollegen eine neue Qualität. Vor diesem Hintergrund waren die Schritte hinein in den Magdeburger Dom nur eine Frage der Zeit. Auch deshalb, weil in meiner katholischen Heimatgemeinde St. Sebastian Magdeburg die Friedensgebete im Dom zwar erwähnt wurden – eigene Aktivitäten zu diesem Zeitpunkt aber ausblieben.

So entstand auch ein erster Kontakt zum Neuen Forum und ich unterschrieb den Aufruf zur Legalisierung dieses neuen Bündnisses. Richtig Fahrt nahm meine Neugier aber erst auf, als ich im Dom zum ersten Mal von einer Kontaktadresse der neuen Sozialdemokratischen Partei der DDR in Magdeburg hörte. Warum das so war? Weil ich mir ganz sicher war, dass es ohne Willy Brandt und seine Politik der Annäherung an den Osten keine sich auflösende DDR 1989 gegeben hätte. Weil er sehr genau wusste und spürte, dass die alte Bundesrepublik einen neuen Schub an frischer Demokratie brauchte, um so noch attraktiver für die Bürger in West und Ost zu werden – Demokratie + Wohlstand = neue Lebensqualität. Weil sein Kniefall in Warschau DAS Symbol zur Aussöhnung mit Polen war und nicht die geheuchelte unverbrüchliche Freundschaft der DDR-Regierung mit dem polnischen Regime. Weil nur eine neue sozialdemokratische Partei in der DDR die Stärke und Präsenz entwickeln würde, mit der den alten Mächtigen, Mitläufern und Speichelleckern in SED, CDU, LDPD, NDPD usw. Paroli zu bieten war – davon war ich überzeugt.

So wichtig auch das Kanalisieren des Protestes durch das Neue Forum war - es entstand dabei ein großes Sammelbecken Unzufriedener aller Couleur, die sich in vielen Punkten einig waren, wogegen man ist. Aber wofür man ist – die Antworten darauf musste diese Bürgerbewegung in wichtigen Punkten schuldig bleiben. Aber: Ohne die Gründer des Neuen Forums und ihre ansteckende Begeisterung, ihren Mut und ihre Kommunikationskraft keine friedliche Revolution in der DDR!

So führte mich also mein Weg über den Magdeburger Dom nach Niederndodeleben zu Markus Meckel, der 1989 in der Evangelischen Bildungsstätte arbeitete und Kontakt zur Gründungsgruppe der SDP hatte. Bei den ersten Treffen dort (die wir versuchten noch geheim zu halten) ging uns sicher auch etwas Angst durch Sinn und Seele. Aber viel stärker war der Wille, jetzt den Augenblick zu nutzen und endlich das politische Engagement zu zeigen, für das man aus Überzeugung einstehen wollte – was für eine unglaubliche Chance, sich nicht mehr verbiegen oder still sein zu müssen.

In Niederndodeleben traf ich zum Beispiel Willi Polte, Hans-Dieter Bromberg, Bernhard Salow, Rainer Löhr und Holger Saffier zum ersten Mal.

3. *Wie kam es zur Gründung der SDP in Magdeburg und wie lief diese organisatorisch ab?*

An den genauen Ablauf der Gründung einer Magdeburger SDP-Gruppe habe ich leider nur noch blasse Erinnerungen. Klar war allen Beteiligten, dass wir – noch im Untergrund – Strukturen aufbauen mussten, die sich an den damals existierenden DDR-Verwaltungsstrukturen orientierten. Also – zunächst Orts- und Stadtverbände, in einer

späteren Stufe dann Kreis- und Bezirksverbände. Das Werben der SDP-Mitglieder lief in der ersten und spannendsten Phase ausschließlich durch leise Mund zu Mund-Propaganda. Logischerweise konnte eine Gründungsversammlung des Magdeburger Stadtverbands im Herbst 1989 nur in einem kirchlichen Raum stattfinden, was dann auch am 18. November 1989 in der Wallonerkirche geschah.

Mir sei an dieser Stelle die Bemerkung gestattet, dass auch an mir – wie an vielen anderen der SDP-Gründungsmitglieder – der Fall der Mauer am 9. November 1989 zunächst spurlos vorüber ging, da wir bis spät in die Nacht in Niederndodeleben die Gründung vorbereiteten und dann todmüde nach Magdeburg zurück fuhren. In der Nacht wurde ich dann durch den laufenden Fernseher meiner Frau wach und konnte meinen Augen nicht trauen, was in Berlin geschah. Mein/unser erstes Leben war zu Ende. Das Neue begann.

Wenn mich meine Rückschau nicht ganz täuscht, dann wurde dieser Gründungsprozess wesentlich durch evangelische Christen, wie z.B. Susanne Seils und Reinhard Höppner, voran gebracht, die durch ihre Erfahrungen mit der Vorbereitung und Durchführung von Kirchentagen, mit Geschäftsordnung und geheimen Wahlen dafür wohl am geeignetsten waren.

Parallel zu diesem Prozess trafen sich ebenfalls im kirchlichen Raum Arbeitskreise zur Vorbereitung der Montagsdemonstrationen, die - seit dem 9. Oktober 1989 in Leipzig - auch in Magdeburg eine solche Dynamik bekamen, dass alle oppositionellen Kräfte gut daran taten, ihre zunehmende Stärke und Präsenz koordinierend mit der Domgemeinde einzusetzen.

Die zunächst engagiertesten Mitglieder teilten ihre Arbeit nach Talent und tatsächlichen Möglichkeiten ein. So konnte Bernhard Salow auf einer ehrwürdigen Druckmaschine an seinem kirchlichen Arbeitsplatz z. B. Aufrufe und ähnliche Dokumente vervielfältigen - was in der DDR sonst unmöglich war.

Völlig unbedarft hatte ich mich bereit erklärt, die Öffentlichkeitsarbeit für den neuen Stadtverband zu übernehmen. So fing ich an, erste Mitteilungen an die Magdeburger Presse zu verteilen, was im Herbst 1989 noch immer halb illegal war. Die Presselandschaft in Magdeburg bestand damals aus Redaktionen der „Volksstimme“, des „Neuen Weg“, „Der Morgen“, der „Jungen Welt“, „National-Zeitung“, der Nachrichtenagentur ADN, der „Aktuellen Kamera“ des DDR-Fernsehens und des Studio Magdeburg von Radio DDR.

4. *Wer waren die Gründungsmitglieder?*

Meiner Erinnerung nach gehörten u.a. Markus Meckel, Reinhard Höppner, Willi Polte, Susanne Seils, Hans-Dieter Bromberg und Bernhard Salow zu den Gründungsmitgliedern.

5. *Wie entwickelte sich die SDP/SPD im Einheitsjahr 1990? Sind bis heute Kontinuitätslinien erhalten geblieben?*

Herbst und Winter 1989 sowie das Frühjahr 1990 waren eine noch nie erlebte und in meinem Leben sicher nie wiederkehrende Zeit der Veränderungen. Aus „Wir sind das Volk.“ wurde „Wir sind ein Volk“, aus der Mund zu Mund-Propaganda für die Montagsdemonstrationen wurden erste schüchterne Ankündigungen auf Flugblättern und in den ersten Zeitungen, zu den Infoständen der neuen Gruppen und Parteien gesellte sich bald der westdeutsche Wahlkampf mit Jägermeister und ADAC. Der Alltag der Bundesrepublik trat Schritt für Schritt in unser Leben.

In dieser Zeit absolvierte ich, wie viele andere Mitglieder der neuen SDP, mehrmals pro Woche Termine bei Podiumsdiskussionen, Talkshows, Pressegesprächen und immer wieder Demonstrationen – unvergesslich für mich: mit Willy Brandt am Magdeburger Dom, mit Egon Bahr auf dem Zerbster Markt und auch mit Oskar Lafontaine auf dem Magdeburger Domplatz, kurz vor den Volkskammer-Wahlen im März 1990. Gerade diese letzte Veranstaltung war für mich eine nachdenklich machende Erfahrung – Lafontaine sprach Klartext, in dem blühende Landschaften erst mal nicht vorkamen. Diese harte Vorausschau würde wohl der Wahrheit recht nahe kommen – das spürte man schon. Es wollten aber nur wenige der Tausend auf dem Domplatz so hören – trotz jahrzehntelangen Konsums westdeutscher Polit- und Wirtschaftsmagazine in Fernsehen und Radio über das Funktionieren der Marktwirtschaft setzte hier ein erstaunlicher Verdrängungsprozess ein. Noch heute für mich ein Mysterium.

Durch meine überaus intensive Arbeit im Rathaus ab Sommer 1990 war ich zwar weiter im Ortsverein Magdeburg-Mitte aktiv – der Schwerpunkt verlagerte sich aber deutlich in Richtung Rathaus. Als Kandidat für eine Wahlfunktion hatte ich mich nicht zur Verfügung gestellt. Ich hatte nur Kraft, um eine Sache so gut als möglich zu machen.

6. *Was wurde aus den Gründungsmitgliedern?*

Reinhard Höppner wurde nach drei CDU-Ministerpräsidenten der 1. SPD-Ministerpräsident Sachsen-Anhalts.
Willi Polte bekam mit dem Amt des Magdeburger Oberbürgermeisters seinen Traumberuf, den er über die Jahrtausendwende hinaus ausübte.
Hans-Dieter Bromberg und Rainer Löhr sind meines Wissens noch heute im Magdeburger Stadtrat bzw. in der Stadtverwaltung tätig.
Markus Meckel war viele Jahre Mitglied des Bundestages.
Holger Saffier ist Unternehmer und hat einen Betrieb für Service rund ums Haus.

7. *Gab es Westkontakte und wenn ja - inwiefern waren diese bei der Gründung des Ortsvereins von Nutzen?*

Magdeburg war aber trotz aller schon 1990 einsetzenden Schwierigkeiten des Maschinenbaus und der Schwerindustrie ein Glückskind – die Elbestadt hatte seit den 1980er Jahren eine Städtepartnerschaft mit Braunschweig. Die Entspannungspolitik und das Politbüro in Berlin ließen grüßen. Natürlich keine Partnerschaft für den normalen Bürger, verdiente Funktionäre der SED und staatlicher Organe machten sich bisher auf den Weg nach Niedersachsen. Jetzt aber zeigte sich der Wert dieser Partnerschaft, jetzt konnten die Bürger beider Städte tatsächlich Partner werden. Schon im Herbst 1989 gab es die ersten Kontakte zu SPD-Ortsvereinen in Braunschweig, die uns mit den damals begehrten SPD-Buttons, mit Luftballons, Infoständen, T-Shirts usw. ausstatteten. Vor allem konnten wir die Braunschweiger Freunde – um nichts in der Welt verwendeten wir damals den Begriff „Genossen“ – Löcher in den Bauch fragen, alle Erfahrungen aus ihnen heraus saugen und versuchen, ihre Fehler bei uns in Magdeburg erst gar nicht zu machen.

Für die Wahlkämpfe 1990 bekamen wir auch einen VW-Bus aus Braunschweig mit Lautsprecher auf dem Dach, aus dem auch ich die Vorzüge unserer SPD-Kandidaten verkünden durfte. Das war insofern nicht ohne Wirkung, da Magdeburg sowohl bei den Volkskammerwahlen als auch bei den Kommunalwahlen 1990 in Mehrheit SPD wählte.

In guter Erinnerung geblieben sind mir die ersten Begegnungen mit dem damaligen Braunschweiger Oberbürgermeister Gerd Glogowski, der später auch niedersächsischer Ministerpräsident wurde. Vor allem in der Zeit, als wir nach der Kommunalwahl 1990 ins Magdeburger Rathaus einzogen, gehörte Glogowski zu denen, die handelten. Er veranlasste, dass bewährte Fachleute der Braunschweiger Stadtverwaltung zeitweise auch in Magdeburg zum Einsatz kamen, um erste, neue und vor allem handlungsfähige Kommunalstrukturen aufzubauen. Na klar war nicht jeder „Gesandte“ ein Glücksgriff. Aber wir konnten auf die Braunschweiger zählen.

8. *Wie ging man mit ehemaligen SED-Mitgliedern um, die in die SDP eintreten wollten?*

Ehemalige SED-Mitglieder, die sich offen dazu bekannten, hatten keine Chance in Magdeburg in die SDP aufgenommen zu werden. Strategisch aus heutiger Sicht ein Fehler, der aber damals gemacht werden musste. Nur durch diese konsequente Haltung war der anfangs starke Mitgliederzuwachs möglich. Dadurch war die SDP die einzige tatsächlich neue Partei in der DDR – ohne Schleim- und Blutspuren in der Nationalen Front der Ex-DDR. Da man nachher ja manchmal schlauer ist, wäre eine Veränderung dieser rigorosen Praxis ab 1991 aus heutiger Sicht vielleicht sinnvoll, aber nicht möglich gewesen. Schließlich befanden wir uns mitten in der Phase des wirtschaftlichen Absturzes, in der von Aufbau Ost noch nichts Sichtbares zu vermelden war und viele Ostdeutsche zunehmend ihre Wut spürten, wenn ehemalige Direktoren oder Funktionäre an neuen leitenden Stellen bei öffentlicher Verwaltung, Politik oder Wirtschaft auftauchten. Und – mit ehemaligen SED-Mitgliedern gleichzeitig viele Stasi-Spitzel in die eigenen Reihen zu bekommen – diese Gefahr war nicht von der Hand zu weisen.

9. *Welchen Einfluss hatte die Kirche (speziell in Magdeburg) auf die Entstehung einer sozialdemokratischen Partei, wie gestaltete sich dieser?*

Einfluss auf die Gründung der SDP in Magdeburg nahm die evangelische Kirche durch die Tatsache, dass wir uns 1989 in ihren Räumen treffen und teilweise ihre technischen Mittel nutzen konnten und dass die damals wahrscheinlich engagiertesten Mitglieder dieser Kirche sich beim Aufbau der SDP massiv einsetzten. Sie gestalteten in den ersten Monaten und Jahren intellektuell und strategisch die Ausrichtung der Partei.

Geführte Interviews – Stendal

Rainer Instenberg, Stendal 6. Januar 2010

1. *Stellen Sie sich bitte kurz vor und schildern Sie, wie Sie zur SPD gekommen sind.*

Reiner Instenberg, geb. 1962, Beruf: Dipl.-Theologe, verheiratet, 2 Kinder, Konfession römisch katholisch.

Während meines Studiums trafen sich jeden Sonntag ca. 8-12 Studenten zur sog. „Fraktion". Es war eine Diskussionsrunde zur politischen Lage in der DDR und der Bundesrepublik. Insbesondere wurden die Papiere und Positionen der Westparteien im Verhältnis zur DDR/Wiedervereinigung ausgewertet und mit der „Ist-Situation" der DDR abgeglichen. Hier entstand eine erste Prägung zur Sozialdemokratie; Stichworte: Ostpolitik, Entspannungspolitik, Menschenwürde usw. Allerdings lehnten wir Thesen der West-SPD ab, die glaubte, mit Treffen zwischen Funktionären in der DDR einen Wandel herbeizuführen.

Als Katholik in der DDR kam für mich eine politische Betätigung vor der Wende nie in Frage. Ich hatte eine ablehnende Haltung zur SED, zur DDR und zu allen Blockparteien. Christ/Katholisch sein hieß: Weltkirche, christliches Menschenbild, Bewahrung der Schöpfung. Dennoch war ich immer politisch daran interessiert, ein demokratisches Land ohne Herrschaft der SED zu erreichen.
Im Herbst 1989 haben meine Frau und ich im Neuen Forum mitgearbeitet. Bei Treffen in der Wohnung von Frau Erika Drees in Stendal wurde mir sehr schnell klar, dass ohne klare Strukturen eine politische Arbeit nicht möglich ist (im Neuen Forum wurde viel diskutiert, allerdings ohne klare und verbindliche Ergebnisse, die dann in der Praxis umzusetzen wären, es herrschte eine grundsätzliche Ablehnung gegen alle staatlichen Institutionen – dies lag wahrscheinlich auch an den handelnden Personen).

2. *Welche Gründe führten dazu, eine Sozialdemokratische Partei in Stendal zu gründen? Gab es traditionelle Gründe, pragmatische Gründe, andere?*

Ich habe mich über alle neu entstanden Gruppierungen in der DDR über kirchliche Kontakte informiert, z.B. Demokratie Jetzt, Demokratischer Aufbruch usw. Die Positionen der SDP sagten mir am meisten zu (Blockparteien kamen für mich wegen DDR-Geschichte grundsätzlich nicht in Frage). In einem Brief an Markus Meckel habe ich mein Interesse und meine Mitarbeit in der SDP angeboten. So wurde ich auf einer ersten Kontaktliste der SDP für die Region Stendal genannt und geführt. Diese Liste wurde im Bezirk Magdeburg veröffentlicht. Martin Busch las meine Stendaler Adresse im Magdeburger Dom (dort war sie auch veröffentlicht). Er wohnte in Stendal in derselben Straße wie ich, arbeitete aber in Magdeburg. Er kam mich eines Abends in Stendal besuchen und wir diskutierten unsere Ideen und Absichten. Die „Mischung, Chemie" stimmte. Wir vereinbarten regelmäßige Treffen mit dem Ziel: Gründung einer SDP in Stendal, wir mussten weitere Mitstreiter finden.

3. *Wie kam es zur Gründung der SDP in Stendal und wie lief diese organisatorisch ab?*

In der katholischen Gemeinde Stendal wurde ein politischer Abend organisiert, auf dem sich alle politischen Organisationen/Parteien vorstellten. Ich hatte die Aufgabe, die Ziele und Positionen der SDP vorzustellen. An diesem Abend habe ich auch bekannt gegeben, dass Martin Busch und ich eine SDP- Gründung in Stendal planen. Nach der Veranstaltung sprach mich Reinhard Weis aus der katholischen Gemeinde an, dass er gerne in der SDP mitarbeiten

möchte. Meine Vorstellung und die Positionen der SDP haben ihm am besten gefallen. Reinhard Weis hatte über den Stendaler Domchor Kontakt zu Dr. Volker Stephan. Dieser hatte ebenfalls Interesse an der Gründung einer SDP in Stendal. So trafen wir vier (Martin Busch, Reinhard Weis, Dr. Volker Stephan und ich) uns in regelmäßigen Abständen in den Privatwohnungen zur Vorbereitung einer Gründungsveranstaltung der SDP in Stendal. Wir nannten uns Vorbereitungsteam.
Es galt Folgendes zu organisieren: wie gewinnen wir weitere Interessenten, welche Räumlichkeiten kommen für eine Gründung in Frage, wann sollte die Gründung erfolgen, wie können wir die Gründung bekannt geben usw.
Als Raum verabredeten und organisierten wir mit Unterstützung des katholischen Propstes Walter Wöstmann den Gemeinderaum der katholischen Kirche, Mönchkirchhof 4. In Geschäften und bei allen Veranstaltungen z.B. Montagsdemos, Gottesdiensten und in der Volksstimme veröffentlichten wir mit selbst angefertigten Flugblättern den Termin 4. Dezember 1989.
Wir mussten zwei Dinge beachten und planen:

1. Da nicht klar war, wie viele Teilnehmer überhaupt kommen würden, war die Einladung als Informationsveranstaltung angekündigt. Als Vorbereitungsteam hatten wir uns aber vorgenommen, bei einer entsprechenden Teilnehmerzahl (min. 7 – Vereinsgründung) und Interesse eine Gründung vorzunehmen. Dies sollte von der Situation am Abend abhängig sein.
2. Da uns klar war, dass alle möglichen Interessenten sich fremd sein würden, würden wir der Versammlung gleich Vorschläge für Funktionen unterbreiten, damit keine „Zufallsentscheidungen“ einen geordneten Aufbau verhindern. Es sollte auch eine Unterwanderung durch Stasi im Vorstand verhindert werden. So gab es unter uns folgenden Vorschlag: 1. Vorsitzender Reinhard Weis, 2. Stellv. Vorsitzender Reiner Instenberg, Martin Busch Schatzmeister und Dr. Volker Stephan Pressesprecher. Weitere Vorstandsmitglieder als Beisitzer sollten dann aus der Runde erfolgen.

Die Gründungsversammlung am 4. Dezember 1989 war ein voller Erfolg! Es kamen ca. 100 Interessierte, 52 Teilnehmer unterschrieben die Gründungsurkunde und der Vorstand wurde entsprechend gewählt.

4. *Wer waren die Gründungsmitglieder?*

Gründungsmitglieder waren das Vorbereitungsteam und alle Unterzeichner der Gründungsurkunde. Namentlich müssten die Unterzeichner auf der Urkunde ermittelt werden. In Vorbereitung der 20-jährigen Jubiläumsfeier 2009 habe ich eine Liste der Namen recherchiert. Diese handschriftliche Liste hat Reinhard Weis von mir erhalten. Ebenso gibt es ein Protokoll über den gesamten namentlichen ersten SDP Vorstand.

5. *Wie entwickelte sich die SDP/SPD im Einheitsjahr 1990? Sind bis heute Kontinuitätslinien erhalten geblieben?*

Trotz vieler neuer Mitglieder und Sympathisanten waren die Wahlen für die SPD 1990 enttäuschend.
Am Runden Tisch der Stadt und des Kreises war die SPD neben dem Neuen Forum die entscheidende Kraft. Beim Übergang zur Demokratie und der geordneten Übergabe von Behörden und Ämtern war die SPD an entscheidender Stelle Vorreiter (Reinhard Weis beim Kreis und ich in der Stadt).
Kontinuitätslinien gab es insbesondere in der SPD-Stadtratsfraktion (ich war seit 1990 Fraktionsvorsitzender, Manfred Vogel ebenfalls seit dieser Zeit Stadtrat).

Als SPD Stendal begannen wir mit der Recherche über mögliches Eigentum der SPD in Stendal (z.B. Anteile an der Volksstimme). Allerdings gab es in den örtlichen Archiven wenig Information zur SPD vor 1933. Vermutlich ist das SPD Archiv im SED Archiv zentral gelagert. Es konnten lediglich Arbeitersportvereine und die SPD Vereinskneipe an Hand von Polizeiberichten ausfindig gemacht werden. Restitutionsansprüche konnten daraus nicht abgeleitet werden.
Im Vorfeld der Wahlen 1990 hatten wir sehr viel prominente SPD Unterstützung z.B. Johannes Rau – voller Marktplatz. Sehr viele neue SPD Mitglieder und Kandidaten für den Stadtrat (Stadtverordnetenversammlung) und den Kreistag.

6. *Was wurde aus den Gründungsmitgliedern?*

Mir sind nur die vier aus dem Initiativteam und wenige in der Stadtratsfraktion Stendal bekannt:
Reinhard Weis – Mitglied der ersten freigewählten Volkskammer in der noch DDR, in den Deutschen Bundestag bis zur ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl kooptiert, war von 1990 bis 2005 Mitglied des Bundestages.
Dr. Volker Stephan – 1. Beigeordneter der Stadt Stendal von 1990 – 1994, Oberbürgermeister der Stadt Stendal von 1994 bis 2001.
Reiner Instenberg – seit 1990 Fraktionsvorsitzender der SPD im Stadtrat Stendal.
Martin Busch – ist nach Hermsdorf bei Magdeburg gezogen, wurde dort stellv. Ortsbürgermeister und Gemeinderatsmitglied.

7. *Gab es Westkontakte und wenn ja - inwiefern waren diese bei der Gründung des Ortsvereins von Nutzen?*

Ja – verschiedene und unterschiedliche:

1. Lemgo – Partnerstadt der Stadt Stendal bereits vor der Wende.
2. Innerhalb der SPD West wurden Kontakte zu SDP-Ortsvereinen Ost gebietsabhängig aufgeteilt (z.B. Niedersachen zu Sachsen-Anhalt).
3. Kirchliche Kontakte zur Gemeinde in Frankfurt am Main, diese waren z.B. auch Mitglieder im Römer (weitere und bessere Infos dazu über Dr. Volker Stephan).
4. Persönliche Kontakte zur SPD in Rothenburg/Wümme.

Die Kontakte wurden aber vorwiegend erst nach der Gründung des SDP-Ortsvereins Stendal intensiviert. Für die Gründung waren die Kontakte nicht entscheidend.

8. *Wie ging man mit ehemaligen SED-Mitgliedern um, die in die SDP eintreten wollten?*

Die Kampagnen der konservativen Parteien (Allianz für Deutschland unter Führung der West-CDU) zielten darauf ab, die SDP/SPD als Vaterlandsverräter an der Deutschen Einheit hinzustellen. Ziel der Kampagnen waren Wahlsiege bei den Kommunalwahlen und der Bundestagswahl 1990. Ein Bestandteil dieser Kampagne war es, die SDP/SPD in die Nähe der SED hinzustellen. Jedes ehemaliges SED Mitglied, dass nun in der SPD Mitglied gewesen ist oder geworden wäre, wurde öffentlich als Beispiel für die o.g. Kampagne herangezogen. Mit Blick auf diese Wahlen, musste deshalb eine starke Abgrenzung zu SED Mitgliedern erfolgen. Da uns im OV Stendal aber klar war, dass es in der SED auch Sympathisanten (wären unter demokratischen Verhältnissen sicher Sozialdemokraten) der SPD gab, gab es kein generelles Aufnahmeverbot in Stendal. Beim Aufnahmeantrag wurde die vorherige Parteizugehörigkeit (nicht nur SED, sondern alle Parteien) abgefragt, genauso eine

Stasimitarbeit. Bei Beantwortung mit Ja, gab es ein Gespräch mit dem Vorstand über persönliche Situation und Motivation. Danach entschied der Vorstand über Aufnahme oder Ablehnung.

Innerhalb der SPD gab es auch die Auffassung, dass ehemalige SED-Mitglieder eine gewisse „Wartezeit“ bräuchten, also nicht sofort in eine neue, andere Partei eintreten sollten. Es bestünde sonst der Eindruck, die wollten nur eine neue Karriere in und mit der SPD. Auch deshalb gab es eine gewisse Abwehr gegen ehemalige SED-Mitglieder. Aber das oben beschriebene Verfahren war bindend.

9. *Welchen Einfluss hatte die Kirche (speziell in Stendal) auf die Entstehung einer sozialdemokratischen Partei, wie gestaltete sich dieser?*

Die Kirchen an sich hatten wenig Einfluss (als Institution) – aber die handelnden Personen waren fast alle kirchlich engagiert.

Das Engagement von Christen in der Wende war dadurch geprägt, dass sie schon immer eine zumindest innere Abwehr gegen das Unterdrückungssystem der SED hatten. An drei Beispielen möchte ich das verdeutlichen:

Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit
Für Christen sind Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit zentrale Werte. Für Christen war es unerträglich, dass die SED Propaganda von Frieden sprach, aber bereits im Kindergarten und in der Schule vormilitärische Ausbildung verpflichtend anbot. Freiheit – hier nur Stichworte: Reisefreiheit, Pressefreiheit, Meinungsfreiheit usw. Frieden und Freiheit ist nur mit Gerechtigkeit möglich. Die Widersprüche zum realexistierenden Sozialismus in der DDR waren unüberwindbar (trifft auf alle 3 Beispiele zu).

Bewahrung der Schöpfung
Die ökologischen Folgen des wirtschaftlichen Handelns in der DDR hatten gravierende Auswirkungen auf die Natur und die Menschen. Z.B. sei hier nur genannt: Chemie Bitterfeld-Wolfen, Gewässerverschmutzung (Elbe), Kohletagebau, Uran-Wismut usw.

Menschenwürde
Zur Menschenwürde gehört auch die Religionsfreiheit. Wer ohne Kompromisse sein Christsein in der DDR gelebt hat, hatte überall Nachteile: Schule, Studium, Beruf.
Die einzelne Person war entscheidend für Christen und Kirchen und nicht das sozialistische Kollektiv, dass alles bestimmte.

Diese drei Beispiele zeigen, dass Christen und Kirche ein fundamental anderes Gesellschafts- und Menschenbild hatten. Insofern war es nur logisch, dass Christen (Kirche) sich an der Gründung von freiheitlichen Parteien beteiligten – z.B. auch der SDP/SPD.
Friedensgebete (siehe Beispiel 1 – Frieden) in den Kirchen hatten eine politische Dimension.
Kirchenvertreter waren auch an den Runden Tischen beteiligt und stellten Versammlungsräume zur Verfügung (andere Möglichkeiten waren vor und zur Wende nicht vorhanden).

Volker Stephan, Stendal 8. Januar 2010

1. *Stellen Sie sich bitte kurz vor und schildern Sie, wie Sie zur SPD gekommen sind.*

Dr. Volker Stephan, geb.: 1. August 1938, verh., 3 Kinder, Beruf: Tierarzt.
Ich habe gemeinsam mit Reinhard Weis, Martin Busch und Reiner Instenberg die Gründungsversammlung der SDP im November 1989 vorbereitet, die am 4. Dezember 1989 stattfand. Dabei habe ich die Hauptansprache gehalten. Im Januar 1990 hatte unser Ortsverein über 200 Mitglieder.

2. *Welche Gründe führten dazu, eine Sozialdemokratische Partei in Stendal zu gründen? Gab es traditionelle Gründe, pragmatische Gründe, andere?*

Bereits im September 1989 bekam ich den Aufruf zur Gründung der SDP (Markus Meckel, Martin Gutzeit u.a.) in die Hand. Mir ging es darum, in der DDR demokratische Strukturen möglich zu machen. Dazu bedurfte es neuer Parteien. Im Unterschied zum Neuen Forum bekannte sich der Aufruf von Meckel dazu, eine politische Partei sein zu wollen. Die SDP war die einzige neue Partei, sowohl CDU als auch Liberale, Bauern usw., waren Blockparteien der SED und deshalb völlig indiskutabel, wenn es eine neue politische Ordnung geben sollte. Deshalb stand für mich bereits im September 1989 fest, dass ich an der Gründung der SDP mitarbeiten wollte.

3. *Wie kam es zur Gründung der SDP in Stendal und wie lief diese organisatorisch ab?*

Die unter 1 genannten vier Personen trafen sich in der privaten Wohnung von Reiner Instenberg, um eine Gründungsversammlung vorzubereiten. Mit Reinhard Weis war ich schon seit Jahren befreundet, wir sangen zusammen im Domchor bei St. Nikolaus. Reiner Instenberg und Reinhard Weis kannten sich aus der katholischen St.-Annen-Gemeinde. Martin Busch war mit Reiner Instenberg befreundet.
Die Einladung zur Gründungsversammlung im November ging in die Hose. Es waren nur sieben Einwohner erschienen. Daraufhin wurde vertagt und zum 4. Dezember 1989 neu eingeladen. An diesem Tag war der Saal voll. Reinhard leitete die Versammlung, ich hielt die Rede, am Ende hatten wir unter der vorbereiteten Satzung die Unterschriften von 59 Gründungsmitgliedern.

4. *Wer waren die Gründungsmitglieder?*

Reinhard Weis, Martin Busch, Reiner Instenberg und Volker Stephan.

5. *Wie entwickelte sich die SDP/SPD im Einheitsjahr 1990? Sind bis heute Kontinuitätslinien erhalten geblieben?*

Im Jahr 1990 wuchs die Partei. Wir hatten enormen Zuspruch. Am 14. Januar war Parteitag in Berlin in der Kongresshalle am Alexanderplatz. Für Anfang Februar hatten wir zu einer Versammlung in das Haus der Bauarbeiter eingeladen. Der Saal war überfüllt, mehrere Hundert Menschen waren gekommen. Aber schon im Verlauf des Jahres 1990 war zu erkennen, dass die Bereitschaft zur Mitgliedschaft in der Partei abnahm. Bereits ab Februar 1990 machte die CDU unter Kanzler Kohl mit ihren Sprüchen von den "Blühenden Landschaften" der jungen Sozialdemokratie das Leben schwer. Dazu kam die These "Wir sind ein Volk", die von uns als Sozialdemokraten nie so in den Vordergrund gerückt worden ist.

Das politische Interesse der Menschen lies spürbar nach, nachdem mehr oder weniger schnell jeder seinen VW, Opel oder Ford usw., neu oder gebraucht, gekauft hatte.
Diese Tendenz war auch deutlich zu erkennen an der Beteiligung an den Friedensgebeten, die von der evangelischen Kirche kontinuierlich vom Herbst 1989 bis weit in das Jahr 1990 fortgeführt worden sind. Im Sommer 1990 hörten sie dann auf.
Die Mitgliederzahlen im Ortsverein gingen kontinuierlich zurück. Heute hat die SPD in Stendal noch ca. 80 Mitglieder.

6. *Was wurde aus den Gründungsmitgliedern?*

Reinhard Weis und ich wurden mit den ersten demokratischen Wahlen am 18. März 1990 in die Volkskammer der DDR gewählt. Nach dem Beitritt zur Bundesrepublik am 3. Oktober 1990 waren wir Mitglieder des Deutschen Bundestages. Nach Neuwahl war ab 2. Dezember war Reinhard Weis unser Kandidat und auch gewähltes Mitglied im Bundestag und blieb es bis 2005. Reiner Instenberg wurde Mitarbeiter von Reinhard Weis im Wahlkreisbüro. Martin Busch ist schon 1990 nach Magdeburg verzogen. Ich wurde im Februar 1991 zum ersten Beigeordneten in der Stadt Stendal gewählt. Bei der Kommunalwahl 1994 habe ich für das Amt des Oberbürgermeisters kandidiert und die Wahl gewonnen. Aus Altersgründen ging ich 2001 in den Ruhestand.

7. *Gab es Westkontakte und wenn ja - inwiefern waren diese bei der Gründung des Ortsvereins von Nutzen?*

Stendal gehörte zu den wenigen Städten, die schon seit 1988 eine Partnerschaft mit einer bundesdeutschen Stadt hatten. Lemgo im Lipperland hatte einen SPD Bürgermeister und eine SPD Mehrheit im Stadtrat. Die Kontakte, die vorhanden waren, waren auch für unsere junge SDP sehr hilfreich.
Darüber hinaus gab es Westkontakte über die Kirchen. Der evangelische Propst der Altmark, Herr Dr. Schmidt, Vorsitzender des Runden Tisches, vermittelte Kontakte nach Frankfurt/M., die allerdings nicht speziell parteilich orientiert waren.
Über persönliche Kontakte, die wiederum auf den Domchor zurückgehen, hatten wir Hilfe bei der Gründung des Ortsvereins aus Rotenburg/Wümme.

8. *Wie ging man mit ehemaligen SED-Mitgliedern um, die in die SDP eintreten wollten?*

Die SDP (und auch die spätere SPD) hat sich streng gegenüber der SED abgegrenzt. Ehemalige Mitglieder der SED wurden nicht aufgenommen. Wir wollten einen Neuanfang, waren dabei sehr konsequent. Die CDU hat das anders gehandhabt. Parteitaktisch war unsere Haltung aus heutiger Sicht falsch. Die Parteigrößen der SED, Kombinatsdirektoren und auch hauptamtliche und inoffizielle Stasi-Mitarbeiter haben sich 1990 in die alten Bundesländer abgesetzt und wurden dort sehr häufig und auch ganz offiziell als "Leistungsträger" gern aufgenommen und in gut dotierten Positionen der privaten Wirtschaft eingestellt. Trotzdem bin ich noch heute stolz auf unsere eindeutige, moralisch saubere Haltung.

9. *Welchen Einfluss hatte die Kirche (speziell in Stendal) auf die Entstehung einer sozialdemokratischen Partei, wie gestaltete sich dieser?*

Keine Antwort.

Tilman Tögel, Stendal/Uchtspringe 8. Januar 2010

1. *Stellen Sie sich bitte kurz vor und schildern Sie, wie Sie zur SPD gekommen sind.*

Tilman Tögel, geb. 12. März 1960, verh., 2 Kinder, Beruf: Elektroinstallateur und Fernstudium zum Automatisierungstechniker.
Ich kann zur Gründung des Ortsvereins in Stendal zwar Einiges sagen, aber ich war nicht dabei, da ich bis 1993 in Uchtspringe gewohnt habe, dort einen eigen Ortsverein geleitet habe, bis ich 1993 nach Stendal gezogen bin und dort Vorsitzender wurde. Allerdings ist Uchtspringe insofern erwähnenswert, da durch mich dort die ersten Treffen altmärkischer SPD/SDP-Interessenten und Mitglieder in meinem damaligen Büro gab. Wir haben dort am 10. November 1989 eine Initiativgruppe zur Gründung einer SDP in der Altmark gegründet. Das war die erste derartige Aktivität in der Altmark. Ich war dann auch derjenige, der als Mitglied im dann bald gegründeten Bezirksverband Magdeburg Vorstandsmitglied war und die "Kreisgeschäfte" für die Altmark geführt hat. Relativ schnell gründeten sich dann jedoch einzelne Ortsvereine, so auch in Stendal am 4. Dezember 1989. In Uchtspringe fanden dann ebenfalls die SDP-Kreisparteitage für den damaligen Landkreis Stendal statt. Ich bin dann zur Organisation der Parteiarbeit von meinem damaligen Betrieb, dem Krankenhaus in Uchtspringe für einige Monate bezahlt freigestellt worden und habe den Aufbau der Partei mit organisiert.
Ich habe Ende August den Gründungsaufruf der SDP erhalten und mit Markus Meckel in Niederndodeleben im September 1989 Kontakt aufgenommen. Ich war dann bei einigen DDR-weiten SDP-Treffen dabei und habe danach mit Willi Polte usw. den Bezirksverband aufgebaut.

2. *Welche Gründe führten dazu, eine Sozialdemokratische Partei in Stendal zu gründen? Gab es traditionelle Gründe, pragmatische Gründe, andere?*

Grund für mein Engagement und das Anderer war natürlich der Wunsch, etwas zu verändern. Für mich kam da eigentlich nur ein parteiähnliche Struktur in frage.

3. *Wie kam es zur Gründung der SDP in Stendal und wie lief diese organisatorisch ab?*

Die Gründung der SDP in Stendal fand am 4. Dezember 1989 in Räumen der katholischen Gemeinde statt. Es wurde öffentlich dazu eingeladen.

4. *Wer waren die Gründungsmitglieder?*

Initiatoren in Stendal waren: Reinhard Weis, Reiner Instenberg, Dr. Volker Stephan, Martin Busch.

5. *Wie entwickelte sich die SDP/SPD im Einheitsjahr 1990? Sind bis heute Kontinuitätslinien erhalten geblieben?*

Nach anfänglich fast 250 Gründungsmitgliedern schmolz der OV Stendal nach den Wahlniederlagen Anfang 1999 auf ca. 100 Mitglieder ab. Viele der damaligen Aktiven sind es bis heute noch.

6. *Was wurde aus den Gründungsmitgliedern?*

Reinhard Weis: 1990 Wahl in die Volkskammer, dann bis 2005 Mitglied des Bundestages, seit 2009 Stadtrat in Stendal.

Reiner Instenberg: von 1990 bis 2009 Mitarbeiter der MdBs Reinhard Weis und Marko Mühlstein, seit 1990 Vorsitzender der SPD-Stadtratsfraktion.

Dr. Volker Stephan: 1990 Wahl in die Volkskammer, 1994-2001 Oberbürgermeister der Stadt Stendal, 2002-2009 Kreistagsmitglied.

7. *Gab es Westkontakte und wenn ja - inwiefern waren diese bei der Gründung des Ortsvereins von Nutzen?*

Unterstützung erhielt der OV Stendal aus der Partnerstadt Lemgo und Rothenburg/Wümme. Der KV-Stendal wurde auf Grund einer privaten Aktivität aus der Stadt Frankfurt/Main unterstützt.

8. *Wie ging man mit ehemaligen SED-Mitgliedern um, die in die SDP eintreten wollten?*

Im OV Stendal gab es kein generelles "Verbot" der Aufnahme ehemaliger SED-Mitglieder. Bei Interesse wurden sehr offen Gespräche geführt. In den meisten Fällen (es waren aber nicht allzu viele) wurden die Interessenten aufgenommen. Mir ist nur ein Fall bekannt, wo der OV die mehrmaligen Versuche einer allseits als "sehr" DDR-systemnahen Frau ablehnte.

9. *Welchen Einfluss hatte die Kirche (speziell in Stendal) auf die Entstehung einer sozialdemokratischen Partei, wie gestaltete sich dieser?*

Unterscheiden muss man natürlich die katholische und die evangelische Kirche. Die katholische Kirche war eher zurückhaltend, auch was Räumlichkeiten betraf. Ich bin über Markus Meckel (damals evangelischer Pfarrer) zur SDP gekommen. In Stendal hatte die evangelische Kirche bei den Montagsgebeten einen wichtigen Anteil. Viele Leute sind darüber zur SPD/SDP gekommen. Im Stendaler Domchor (evangelisch) waren und sind noch viele Sozialdemokraten. Der evangelische Stendaler Superintendent Carstens hat sich in der Wende sehr engagiert, aber sich nicht direkt parteipolitisch eingebracht. Die Gründung der Stendaler SDP erfolgte am 4. Dezember 1989 in den Räumen der katholischen Gemeinde.

Fazit: Die Kirchen in Stendal unterstützten in der Wende alle oppositionellen Gruppierungen, aber wirkten nicht direkt an der Bildung von Organisationen mit.

Reinhard Weis, Stendal 2. November 2009

1. *Stellen Sie sich bitte kurz vor und schildern Sie, wie Sie zur SPD gekommen sind.*

Reinhard Weis, geb. 12.03.1949, verh., zwei Kinder.

1974 Dipl.-Ing. für Elektroingenieurwesen (Ilmenau), postgraduales Studium Kernenergetik (Zittau).

Berufserfahrung in Kernkraftwerken und konventionellen Kraftwerken, sowie Energieversorgung von Industriebetrieben.

Mein familiärer Hintergrund mit der Eifeler Verwandtschaft väterlicherseits hat mich den Mauerbau mit der rigorosen Trennung von Verwandten und Erlebnisbereichen als persönlichen Verlust erfahren lassen. Dazu kommt, dass auch durch die katholische Kirche, die in den Bistumsgrenzen nie die Teilung Deutschlands nachvollzogen hat, das Bewusstsein des Abgeschnittenseins wachgehalten wurde.
Schon als Jugendlicher wurde mir die Verlogenheit des DDR-Regimes bewusst. Eigene Bewertungen wurden nicht akzeptiert und unterdrückt. Wer sich eine eigene Position erlaubte, z.B. als Christ die Jugendweihe verweigerte, war Außenseiter und von bestimmten Entwicklungen ausgeschlossen. Vor allem in den Jahren meiner Berufstätigkeit nach den Prestigeobjekten Kernkraftwerk habe ich zunehmend erkannt, dass die Verweigerung kritischer Diskussionen um wirtschaftliche Verhältnisse den tatsächlich erkennbaren Niedergang verschleierte und die DDR in eine Katastrophe zu rutschen drohte. Die verlogenen, offiziellen Scheinwelten standen den objektiven, eigenen Beobachtungen entgegen.

Der Teufelskreis war nach meiner Überzeugung nur zu durchbrechen, wenn ein anderes politisches System die bedingungslose Führungsrolle „der Partei“ legal in Frage stellen konnte. Wir brauchten also demokratische Strukturen, in denen Personen und Programme sich am Erfolg messen lassen müssen und abgewählt werden können. 1989/90 eröffnete sich dafür ein Weg, aber das Neue Forum war nicht der letzte Schritt, der gegangen werden musste. Deshalb war ich Mitbegründer einer neuen Partei, der SDP. Dass es die Sozialdemokraten waren, lag vor allem an Willy Brandt und seiner Ostpolitik.

2. *Welche Gründe führten dazu, eine Sozialdemokratische Partei in Stendal zu gründen? Gab es traditionelle Gründe, pragmatische Gründe, andere?*

Es bestand ein verbreitetes Bedürfnis, der SED nach demokratischen Prinzipien eine Alternative gegenüber zu stellen. Die SED war in ihrer verlogenen Politik und durch die Ignoranz, mit den mündigen Bürgern Probleme zu besprechen, auch Fehler einzugestehen, als politische Kraft nicht mehr akzeptiert. Der Anspruch auf eine Führungsrolle war nur mit Repressalien und dem Unterdrückungsapparat der Stasi aufrechtzuerhalten. Das konnte nur mit weiteren und möglichst neuen Parteien erreicht werden. Die Blockparteien waren wie die SED keine akzeptierte Alternative.

Das Neue Forum wollte keine Partei sein und werden, sondern nur eine legale Plattform für Parteigründungen bieten. Da war das Angebot einer neu gegründeten sozialdemokratischen Partei in der DDR (SDP) hochwillkommen. Die Ostpolitik der SPD in der Bundesrepublik hatte viele Sympathisanten, weshalb der Zustrom von Mitgliedern für die neue SDP vielversprechend war.

3. *Wie kam es zur Gründung der SDP in Stendal und wie lief diese organisatorisch ab?*

Das Neue Forum in Stendal war sehr aktiv. Mit Dr. Erika Drees gab es ein Gründungsmitglied in Stendal und die Spitze des NF in Stendal war mit angesehenen Bürgern besetzt. Aus meinem Freundeskreis waren ebenfalls einige unter den Aktiven, die wie ich mehr als das NF wollten: Nämlich eine Partei im demokratischen System.

Ich erfuhr aus dem Bildungshaus des Bistums Magdeburg (damals noch nicht eigenständig sondern Bischöfliches Kommissariat Magdeburg und dem Erzbistum Paderborn unterstellt), dem Roncalli-Haus, von dem Gründungsaufruf für die SDP und beteiligte mich an der Gründungsveranstaltung des Bezirksverbandes Magdeburg der SDP. Dort entdeckte ich als Kontaktadressen für eine SDP-Gründung in Stendal zwei Namen von „Nicht-Stendalern“ und ich sprach meine Freunde aus dem Domchor an, dass wir es doch nicht zulassen sollten, Ortsfremden die Initiative allein zu überlassen.

Deshalb trafen sich Dr. Volker Stephan und ich mit Reiner Instenberg und Martin Busch, die als Kontaktpersonen in Magdeburg bekannt waren und besprachen eine gemeinsame Gründungsinitiative.

Reiner Instenberg und ich, beide Mitglieder der katholischen Gemeinde St. Anna, bekamen vom damaligen Propst Wöstmann die Erlaubnis, den Gemeindesaal im „Alten Kloster“ als Gründungsort auf den handgemalten Plakaten anzugeben. Die Gründung fand dann im vollen Gemeindesaal am 4. Dezember 1989 statt. 52 Personen entschlossen sich spontan, Mitglied der SDP zu werden.

4. *Wer waren die Gründungsmitglieder?*

Martin Busch, Reiner Instenberg, Dr. Volker Stephan und Reinhard Weis, der auch am 4. Dezember 1989 zum ersten Vorsitzenden gewählt wurde.

5. *Wie entwickelte sich die SDP/SPD im Einheitsjahr 1990? Sind bis heute Kontinuitätslinien erhalten geblieben?*

Der Ortsverein wuchs bis ins Frühjahr 1990 auf gut 150 Mitglieder an, so dass wir uns vorstellten, auf die Größenordnung unseres Partner-Ortsvereines Lemgo zu kommen, der knapp 300 Mitglieder hatte (Lemgo war und ist die Partnerstadt Stendals). Nach der verlorenen Volkskammerwahl, wo die Hoffnung auf einen sozialdemokratischen Ministerpräsidenten nicht aufging, weiteren Parteigründungen (z.B. Demokratischer Aufbruch und Grüne) und der „Verschonung der Blockparteien“, denen man die Kumpanei mit der SED nicht mehr vorwarf, sank aber unsere Mitgliederzahl auf rund 100, weil sich die politischen Interessen immer weiter ausdifferenzierten und Parteiwechsel stattfanden. Außerdem gab es von der SDP/SPD Enttäuschte, weil die SPD nicht stärkste politische Kraft in der DDR wurde.

Im Ortsverein Stendal sind kontinuierliche Entwicklungen zu verzeichnen. Wir sind nach wie vor der größte Ortsverein in der Altmark. Auch gibt es noch einen Mitgliederstamm aus der Gründungszeit, obwohl sich natürlich innerhalb von 20 Jahren personell einiges verschoben hat. Leider bleiben die jungen Mitglieder nicht am Ort, sonder ziehen verständlicherweise der Arbeit hinterher. Aber es gibt auch Mitgliederzuwachs durch Zuzug.

6. *Was wurde aus den Gründungsmitgliedern?*

Dr. Volker Stephan, Reiner Instenberg und Reinhard Weis sind noch SPD-Ortsvereinsmitglieder.

Dr. Volker Stephan ist heute Pensionär, nachdem er Oberbürgermeister von Stendal wurde und aus Altersgründen sein Amt abgab.

Reiner Instenberg ist seit der Kommunalwahl im Mai 1990 Mitglied im Stadtrat und Fraktionsvorsitzender der SPD-Ratsfraktion.

Reinhard Weis war vom 18. März bis zum 3. Oktober 1990 Abgeordneter der frei gewählten Volkskammer, gehörte zu den 144 Volkskammerabgeordneten, die in den Bundestag übernommen wurden und war bis zu seinem selbstbestimmten Ausscheiden 2005 Mitglied des Deutschen Bundestages und als solcher auch verkehrspolitischer Sprecher der SPD Bundestagsfraktion und Vorsitzender der Arbeitsgruppe für Verkehr, Bau und Wohnungswesen. Seit 2005 arbeitet er freiberuflich als Berater im Verkehrsbereich.

Martin Busch ist arbeitsbedingt aus Stendal verzogen. Er arbeitete bei der Reichsbahn und heute bei der DB AG. Wohnt in Hermsdorf und ist aktives SPD-Mitglied

7. *Gab es Westkontakte und wenn ja - inwiefern waren diese bei der Gründung des Ortsvereins von Nutzen?*

Westkontakte hatte ich verwandtschaftlich bedingt und neue Freundschaften entstanden durch den Domchor Stendal und seine Kontakte, weil wir "Ehrenmitglieder" aus der Bundesrepublik hatten, die den kleinen Grenzverkehr zu Konzertbesuchen, aber auch zum Mitsingen nutzten. So vor allem Pastor Feldkamp aus Fintel bei Rotenburg/Wümme. Er organisierte mit unserem Kantor Lehmann ein gemeinsames Konzert der Rotenburger Kantorei und unseres Domchores völlig an der staatlichen Kulturarbeit vorbei. Die hätte uns so ein Projekt auch nie genehmigt. Die bei uns einquartierte Chorsängerin und ihr Ehemann wurden unsere Freunde. Ihnen verdanke ich weitere Kontakte und weitere abenteuerliche Aktionen. So organisierte ich z.B. im Frühsommer 1989 für einen Gesellschaftskunde-Leistungskurs des Scheeßeler Privatgymnasiums (Eichenschule) eine Woche live in der DDR - auch an allen staatlichen Stellen vorbei. Vor der Wende gelangen mir zwei Privatbesuche mit erschwindelten Verwandtschaftsverhältnissen, die 1989 aufflogen. Jedenfalls lernte ich bei diesen Besuchen auch den Bürgermeister von Rotenburg/Wümme Bodo Räkje kennen, der uns mit seinem Ortsverein 1989 sehr unterstützte. So erhielten wir unseren ersten PC und Drucker von den Rotenburger Genossen geschenkt. Danach konnte ich meine Mitgliederlisten und Unterlagen zur Vorbereitung der Kommunalwahl 1990 endlich vom Firmencomputer des Dauermilchwerkes entfernen. Klar, dass wir auch Tipps zur praktischen Ortsvereinsarbeit und vor allem für die Wahlkämpfe 1990 von unseren Partnern gern annahmen. Übrigens hatten wir auch von unserem Ortsverein aus der Partnerstadt Lemgo erhebliche Unterstützung, der uns z.B. einen leistungsfähigen Kopierer für A3-Formate schenkte. Damit konnten wir eigene Wahlkampfmaterialien erstellen. Die Partnergemeinde der Domgemeinde Stendal aus Frankfurt/M. hat das Neue Forum und uns mit Referenten in einer langfristig angelegten komplexen Schulungsreihe zu kommunalpolitischen Themen und Aufgabenstellungen fit für die Kommunalpolitik und für Grundlagen der Kommunalverwaltung gemacht.

8. *Wie ging man mit ehemaligen SED-Mitgliedern um, die in die SDP eintreten wollten?*

Ich erzählte schon, dass wir als Selbstschutz und aus Angst vor Überfremdung durch zahlreiche "konvertierte" SED-Kader keine SED-Mitglieder aufnahmen. Stichwort "Wendehälse". Es gab dazu Ortsvereins- und Kreisverbandsbeschlüsse. Die Entscheidung darüber wurde von der SDP-Führung der Ortsvereinsebene überlassen. Aus heutiger Sicht war die Entscheidung machtpolitisch sicher falsch. Aber es ist mir auch heute noch unvorstellbar, dass die Akteure, die noch in der Illegalität die SDP gegründet haben, denn es gab noch keine Gesetzgebung, die Parteineugründungen regelte, in der eine von der SED überschwemmten Partei politisch arbeiten könnten. Das ergab dann allerdings einen Knick in der Mitgliederentwicklung, denn nachdem die SED-PDS sich im Mehrparteinsystem eingefügt hatte, gab es für die, die weiter politisch arbeiten wollten, keinen Grund mehr, in die SPD einzutreten. Und die anderen, die aus der SED austraten, hatten wir mit unseren Beschlüssen und Verhalten dauerhaft verprellt. Die Beitrittsverbote wurden mehr oder weniger fallen gelassen, weil es den Druck der Suche einer neuen politischen Heimat für SED-Genossen dann nicht mehr gab. Aber noch heute haben einzelne Mitglieder Probleme mit einer SED-Vergangenheit verschiedener Mitglieder. Die Zahl solcher Mitglieder in unserem Ortsverein ist sehr gering. Die Gründe, die meiner Meinung nach dafür gelten, habe ich anfangs beschrieben.

9. *Welchen Einfluss hatte die Kirche (speziell in Stendal) auf die Entstehung einer sozialdemokratischen Partei, wie gestaltete sich dieser?*

Natürlich haben durch die Vorgeschichte der Wende die Kirchen einen Einfluss auf die Gründung der Parteien allgemein und auch der SDP gehabt. Indirekt dadurch, dass im Vorfeld der Wende die sog. ökumenische Versammlung in der damaligen DDR ein besonderes Problembewusstsein für Umwelt- und Menschenrechtsdefizite in der DDR geweckt hat und erstmals öffentlich darüber debattiert wurde.
Zur Erläuterung: Die ökumenische Versammlung der Kirchen war ein europäischer Prozess und Termin, der durch nationale Veranstaltungen – so auch in der DDR – vorbereitet wurde. Die Abschlusstagung in der DDR fand in Dresden statt.
Da dies im Rahmen der Kirchen stattfand, sind sicher vor allem kirchlich gebundene Menschen in diesem Prozess „politisiert“ worden. Die Umweltgruppen und Menschenrechtsgruppen, die dann mit gestärktem Selbstbewusstsein weiterarbeiteten (z. B. die Umweltbibliothek in Berlin) nutzten das schützende Dach der Kirchen. Das hatte zur Folge, dass 1989 im Neuen Forum auch die kirchlich gebundenen Aktivisten zahlenmäßig stark vertreten waren. Und wenn ich jetzt aus eigenen Erfahrung auf die Neugründung der Parteien 1989 und 1990 gucke, dann waren viele Initiatoren aus dem Neuen Forum hervorgegangen, die mehr als nur eine politische Plattform für demokratische Prozesse sein wollten.
Meine Erfahrungen mit der katholischen Kirche im Bistum Magdeburg und die Hilfestellungen bzw. Anregungen zum politischen Engagement hatte ich Ihnen ja schon geschildert. Für die SDP-Gründung in Stendal hat die kath. Kirche ganz konkret in einer Zeit, als die Parteiengründung noch ungesetzlich war, ihr Gemeindehaus und damit auch ihren Schutz angeboten.
Inhaltliche Einflussnahme durch die Amtskirche auf Parteiprogramme oder Personalpolitik in der SDP habe ich damals persönlich nicht erfahren und das ist mir auch nicht bekannt. Das durch den individuellen Glauben eines Menschen geprägte Verantwortungsgefühl in der Gesellschaft war und ist für Katholiken (und Christen allgemein) eine Motivation für politische Arbeit. Heute gibt es natürlich auch offizielle Kontakte zwischen Einzelvertretern der Amtskirche und der Politik, so dass Einflussnahmen offizieller Art oder unterschwelliger Art auf Politik gegeben sind. Da sehe ich aber, wenn z.B. unter dem Gebot der Nächstenliebe

(Solidarität) für mehr Menschlichkeit in der Gesellschaft gesorgt werden soll oder die Rechte der Schwachen im Blick sind, keine Probleme. Machtfragen, parteipolitische Einflussnahmen, also eine organisatorische Verquickung von Staat und Kirche lehne ich dagegen ab.

Eidesstattliche Erklärung

Ich erkläre:

dass ich die Magisterarbeit selbstständig verfasst, andere als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel nicht benutzt und mich auch sonst keiner unerlaubten Hilfe bedient habe.

dass ich dieses Magisterarbeitsthema bisher weder im In- noch im Ausland (einer Gutachterin/einem Gutachter zur Begutachtung) in irgendeiner Form als Prüfungsarbeit vorgelegt habe.

dass diese Arbeit mit der vom Gutachter beurteilten Arbeit übereinstimmt.

_____ _____

Datum Unterschrift